

Nr. 4/94 + 1/95

# CUBA LIBRE

Februar '95

DM 5,-

Weltkonferenz der  
Cuba-Solidarität

StudentInnen-Brigade



Veranstaltung im  
Kommunikationszentrum  
des Lateinamerika  
in Mannheim  
Freitag, 10. Februar 1995  
19.00 Uhr



Foto: M. Meyborg/Signum



### Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**An die AbonnentInnen und Mitglieder der FG:**  
Bitte teilt uns beim Umzug Eure neuen Adressen mit, da sich die Post nach sechs Wochen nicht mehr an Euch erinnern kann.

Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA  
Theodor-Heuss-Ring 26  
50668 Köln

### CUBA LIBRE Impressum:

#### Herausgeber:

Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V. in Zusammenarbeit mit der Freundschaftsgesellschaft Berlin-Cuba  
Theodor-Heuss-Ring 26  
50668 Köln

Tel.: 0221/ 13 18 36

#### Konten:

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn,  
BLZ 380 101 11  
Kto.-Nr.: 120 299 990 0

Postgiro Köln  
BLZ 370 100 0  
Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507

#### Redaktion:

Heinz W. Hammer, Harry Hoppe, Stelios Pavlidis, Manfred Sill, Marianne Schweinesbein, Gaby Ströhlein  
ViSdP: Marianne Schweinesbein

#### Druck:

Drucktechnik Odenthal,  
Zeißstraße 66a, 22765 Hamburg,  
Tel.: 040/ 393 201

#### Gestaltung, Satz, EBV:

schriftbild,  
Zeißstraße 66a,  
22765 Hamburg, fon 040/ 390 06 40

CUBA LIBRE erscheint vier mal im Jahr  
Jahresabo: DM 20,-  
Einzelheft: DM 6,-  
Abo-Preis pro Ausgabe:  
DM 5,- + Porto  
Kündigung des Abonnements bis 6  
Wochen vor Jahresende zum  
Jahresende

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



## aktuell

### Welttreffen der Solidarität mit Cuba

Bericht . . . . .	10
...und die BRD-Presse . . . . .	14
Sergio Corrieri . . . . .	15
Fidel Castro . . . . .	17
Carlos Lage . . . . .	19
Shafik Handal . . . . .	20
Ricardo Alarcon . . . . .	21
Abschlußerklärung . . . . .	23
...und die BRD-Presse . . . . .	14

### Karawane

BRD . . . . .	5
USA . . . . .	8

### Ospaaal-Kongreß

Das Recht der Völker auf soziale Entwicklung . . . . .	24
Abschlußerklärung . . . . .	26
Interview mit Remigio Ruíz . . . . .	28

## bericht

### Im Zeitvergleich

Reisebericht (Fortsetzung) . . . . .	31
--------------------------------------	----

### StudentInnenbrigade

Ein Solidaritätsflugzeug . . . . .	35
------------------------------------	----

## projekte

Busse und Ersatzteile für Cuba . . . . .	53
--	----

## rezension

Die Wut des Panthers . . . . .	62
Der dritte Sendero . . . . .	63



## solidarität

### Asthma

tötet auch heute schon .....50

### ACLIFIM

Hilfe für Behinderte .....50

### Taller de Solidaridad

Antrag abgelehnt .....52

### Repression

gegen FG Mitglied .....60

### Newroz 1995

Aufruf .....69

## o-ton

Aleida Guevara .....41

UNO gegen die Blockade .....53

Konvertibler Peso .....54

Carlos Lage zur Ökonomie .....55

Die cubanische Ökonomie .....65

Rückkehr über Minenfelder .....67

Balseros in Panama .....68

## rubriken

Impressum .....3

LeserInnenbriefe .....57

### aus der FG

20. Bundesdelegiertenkonferenz .....63

Grußworte .....44

Pressemitteilung  
der Gruppe Esslingen .....65

kuba kurz .....70

## lateinamerika

Mythos Wahlen .....43

Noam Chomsky zu Haiti .....46



Foto: S. Wollscheid



Foto: M. Meyer, Würzburg



Foto: M. Meyer, Würzburg



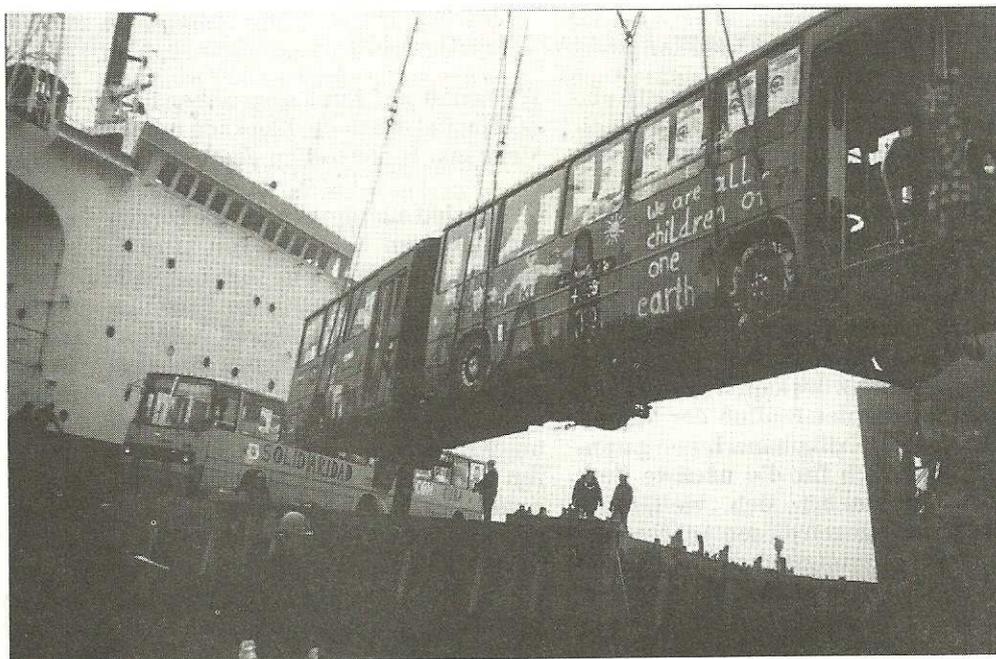
### Letzte Meldung vor Redaktionsschluß!

(Blödsinn, lange nach Redaktionsschluß. d.S.)

Erstes Schiff mit Sendengütern der BRD-Karawane 94 in Havanna eingetroffen.

Am 5. Dezember, steuerte das erste der beiden Schiffe, die die Spenden aus der gesamten BRD in Bremen an Bord genommen hatten, den Hafen von Havanna an. Am nächsten Tag fand im Hafen eine Veranstaltung unter Anteilnahme von über 3.000 Menschen statt, wo die VertreterInnen des ICAP und der Cubanischen Regierung ihren Dank richteten an alle Solidaritätsgruppen, die in der BRD zu dieser erfolgreichen Aktion beigetragen hatten. Gegenüber der Vorsitzenden der FG BRD-Cuba, Gabi Ströhlein, und den ebenfalls anwesenden Repräsentanten von Netzwerk Cuba und Cuba sí wurde die große Hilfe gewürdigt, die diese Spenden materiell und ideell für das Cubanische Volk bedeuten. Unmittelbar danach wurde mit der Entladung der Spenden begonnen.

Foto: S. Wollscheid



## Mit Zapatista durch die USA



Lucius Walker im Hafen von Montreal

Foto:U. Rzadzowski

„Zapatista 50 km vor Buffalo“, tönt eine heisere Stimme aus dem CB-Funk-Geräten. Aber es sind nicht die Guerillas aus dem süd-mexikanischen Chiapas, die sich heimlich durch die USA schleichen. „Zapatista ist der Codename eines Busses, der sich mit über 60 anderen Fahrzeugen von Washington zur kanadischen Grenze bewegt. Alle Vehikel werden von über 200 Personen begleitet und sind vollbeladen mit Medikamenten, Computern, Rollstühlen und anderen lebenswichtigen Gütern.

Das Ziel des bunten Trecks ist Kuba und das macht das Ganze zum Politikum. Die erst im letzten Sommer verschärften US-Ausfuhrbestimmungen stellen die Einfuhr all dieser Gegenstände unter hohe Strafe und drohen den Zuwiderhandelnden mit hohen Strafen. Auch 5 Jahre nach dem Verschwinden des Warschauer Pakts setzt die US-Administration gegenüber Kuba die Politik des kalten Krieges fort, nicht zuletzt der Einfluß der Miami-Fraktion der ExilkubanerInnen garantiert das auch für die nächste Zeit. Trotzdem mehrt sich vielfältiger Widerstand gegen diesen Anachronismus. In regierungsnahen Medien und Denkfabriken wurden in letzter Zeit Befürchtungen geäußert, daß die US-

Wirtschaft auf Kuba gegenüber dem EG-Kapital durch die Blockade immer Mehr ins Hintertreffen geraten würde.

Das sind allerdings nicht die Sorgen jener breiten Koalition von kirchlichen, sozialistischen, kommunistischen und humanistischen Personen und Einzelpersonen, die mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit das Embargo politisch angreifen und mit der Karawane die bestehenden Gesetze gezielt brechen wollen. In den letzten 2 Jahren konnte die Schirmorganisation der Aktionen, die seit Jahren in der Internationalismusbearbeitung engagierte ökumenische „Pastoren für den Frieden“ genügend Erfahrungen in der Organisation der Karawane und dem Reak-

tion der US-Behörden sammeln, die bisher beim Passieren der US-Grenze Wagen und Ladung konfiszierten und einige OrganisatorInnen festnahmen. Die wehrten sich mit Aktionen des zivilen Ungehorsams, Hungerstreiks und Grenzblockaden, z.B. im letzten Frühjahr an der US-mexikanischen Grenze. Die meisten AktivistInnen hatten in den 80er Jahren Solidaritätsarbeit im sandinistischen Nicaragua oder in den von der FMLN befreiten Gebieten El Salvadors geleistet. Der Mitbegründer und Vorsitzende der „Pastoren für den Frieden“ Lucie Walker wurde 1985 bei einem Contraüberfall in Nicaragua schwer verletzt. Viele der TeilnehmerInnen haben seit Jahrzehnten in Solidaritätsinitiativen und nicht wenige in sozialistischen und kommunistischen Organisationen Erfahrungen gesammelt, Erfahrung auch mit der Repression im 'Land der Menschenrechte', die ja für Linke nicht gelten. Auffallend war die Beteiligung vieler älterer Menschen, die die Mühen der Karawane auf sich nahmen.

Mit ihrer Mischung aus Öffentlichkeitsarbeit und zivilen Ungehorsam gelang es den Friedenspastoren trotz

deren geringer Mitgliederzahl, eine für US-Verhältnisse breite Koalition unter der Forderung zusammenzubringen, die Blockade gegen Kuba sofort zu beenden. Anfang November wurden regionalen Aktionen in zahlreichen US-Städten vorbereitet, wo die Spenden gesammelt worden. Schon in dieser Phase der Öffentlichkeitsarbeit konnte in der Contra-Hochburg Miami ein Bombenschlag dreier Rechtsextremisten gegen ein mit Spendengütern vollbepacktes Lager gerade noch in letzter Minute verhindert werden. Allerdings wurden die laut Polizeiangaben profimäßig arbeitenden und schwerbewaffneten Attentäter gegen eine geringe Kaution sogleich wieder auf freien Fuß gesetzt. Kein Wunder, schließlich predigen die einflussreichen Zeitungen und Radiostationen der ExilkubanerInnen ständig Haß und Gewalt gegen alle, die es wagen, Kuba nicht als das Reich des Bösen zu betrachten.

Ob diese Attacken eher zur Mobilisierung oder zur Einschüchterung für die erste US-weite Demonstration zur Kuba-Solidarität am 12. November in Washington beigetragen haben, ist schwer zu beantworten. Die OrganisatorInnen sehen in der Teilnahme von über 5000 Menschen jedenfalls einen erfolgreichen Auftakt. Angesichts der Größe des Landes werden an diesen Teilnahmezahlen auch die Schwierigkeiten deutlich, die die Solidaritätsbewegung überwinden muß: die dort noch weiter als hier verbreitete Apathie, die Abneigung an politischen Aktionen teilzunehmen, außerdem Schranken, die durch die rassistische Spaltung der Gesellschaft verstärkt werden.

Den Demonstrationsaufruf haben jedenfalls eine erkleckliche Zahl von Gruppen und Parteien unterzeichnet, von der KPUSA bis hin zu ökologischen und Umweltgruppen.

Die Verlautbarungen der US-Behörden wenige Tage später zeigten aber, daß die sich nicht sehr beeindruckt von der Kubasolidarität zeigten. Sie kündigten an, daß sie genauestens prüfen wollten, ob mit der Karawane gegen US-Bestimmungen verstoßen werde.

Daß verhiß für den Grenzübertritt nichts Gutes und die Carawanistas bereiteten sich mit gewaltfreien Training auf eine Konfrontation vor.

Der Morgen des Grenzübertritt brachte strahlende Sonne und eine für die Jahreszeit außergewöhnliche Milde. Nach nur wenigen Stunden Schlaf und einer 12-stündigen Busfahrt am Vortag wurde die Stimmung schnell

lebhafter, als eine Menschen vom regionalen Solikomitee aus Buffalo mit Kaffee und Kuchen eintrafen. Allerdings höchstens ein Dutzend, die meisten StudentInnen der örtlichen Universität. Ein Student sah den Grund in der bescheidenen Zahl der TeilnehmerInnen vor allem in verbreiteten Vorurteilen, die von den Medien noch geschürt. So liest die überwiegende Mehrheit der StadtbewohnerInnen eine Zeitung, die für Außenpolitik gerade mal eine Spalte auf der letzten Seite reserviert hat. Mittlerweile waren kanadische Kubafreundinnen zugestoßen. Im Gänsemarsch traten Hunderte Menschen mit Computern und Kartons in den Händen den langen Marsch über die 1 km lange Friedensbrücke an, die an dieser Stelle über den Eriesee führt und Kanada und die USA trennt. Zunächst schien wider Erwarten alles problemlos zu laufen. Ohne weitere Formalitäten konnten die TeilnehmerInnen die Grenze passieren. Als nur noch ein VW-Bus mit Computern vollgeladen übrig war, zeigten die Grenzer ihre Macht. Sie beschlagnahmten Wagen samt Ladung. Dem Fahrer drohte Arrest. Mittlerweile hatte es sich die Mehrzahl der TeilnehmerInnen auf einer sonnigen Wiese gemütlich gemacht. Nach mehrstündigen Warten wurde mehrheitlich beschlossen, zur Unterstützung der Festgehaltenen wieder in die USA einzureisen. Das war allerdings nur US-BürgerInnen möglich. Für die anderen, auch für den Autor galt die Devise: Eine Einreise nicht hier und nicht jetzt!

Mittlerweile hatten sich einige Menschen an beschlagnahmten Fahrzeug angekettet, umgeben von einer singenden, tanzenden und Parolenrufenden Menge. Nach einigen Stunden und zähen Verhandlungen zwischen Lucie Walker und den Grenzern wurde der Wagen freigegeben. Die Insassen blieben ohne ein Verfahren. Allerdings wollte die Behörde nicht ganz nachgeben. Einige Computer mußten zurückbleiben.

Für den durch die kanadische Karawane vergrößerte Solidaritätstreck war es ein großer Erfolg und entsprechend gelassen wurde die 10-stündige Busfahrt nach Montreal angegangen. Die geplante Rallye durch die Innenstadt mußte wegen Verspätung leider ausfallen. Im Hafengelände, wo die Güter gemeinsam in die Schiffscontainer gepackt wurden, wurde auf einer improvisierten Bühne die Abschlußveranstaltung abgespult. Das Wort paßt. Das ganze war relativ lust-

los und wirkte eher wie eine Pflichtübung. Die Reden waren alle nicht falsch, wiederholten aber längst Bekanntes.

Die etwa Hundert Interessierten aus Montreal hatten auch bald mehr Interesse am schnell herbeigerufenen Imbißstand.

Ein kanadischer Teilnehmer brachte die Schwierigkeiten der dortigen Solidaritätsszene so auf dem Punkt: Da es in Kanada kein Embargo und keine antikubanische Stimmung gibt, sagen viele, warum soll ich mich dann für Kuba einsetzen. Für KanadierInnen ist Kuba ein beliebtes und preisgünstiges Urlaubsland, wie für die BRD-TouristInnen Spanien.

Den Stellenwert, den die kubanische Regierung der Karawane beimißt, zeigte sich während des internationalen Solidaritätstreffens. Eine Ansprache von Lucie Walker, wo er sich auch zum Erstaunen mancher Karawanistas für eine sozialistische Weltordnung aussprach, erfolgte schon am ersten Tag. Es gab Auszeichnungen für die Jugendlichen und über 85jährigen TeilnehmerInnen. Im auf der Abschlußveranstaltung der Konferenz beschlossene Maßnahmeplan griff Anregungen von Lucie Walker ausdrücklich auf, die Karawane im nächsten Jahr mit größerer Beteiligung zu wiederholen.

Es wäre verfehlt, wie in einem Artikel in der konkret 10/94 geschehen, die US-Cuba-Freundschaftskarawane als einen Haufen christlicher Missionare darzustellen, die der kubanischen Bevölkerung die Bibel bringen. Gerade die im gleichen Artikel angesprochene Politisierung der Solidaritätsbewegung, die auch sehr wünschenswert ist, wird in den USA in Bezug auf Kuba fast ausschließlich von der Karawane geleistet. Das sagt auch einiges über den desolaten Zustand der US-Linken.

©Peter Nowak

# Welttreffen der Solidarität in Cuba



**W**eltumspannende Solidarität mit dem Cubanischen Volk, mit der Cubanischen Revolution und der Cubanischen Regierung mit Fidel Castro an der Spitze - das brachte diese historisch einzigartige Konferenz in Havanna mit Delegierten aus 5 Kontinenten, insgesamt 109 Ländern zum Ausdruck.

Politische VertreterInnen aus allen Kontinenten neben VertreterInnen der internationalen Solidaritätsbewegung waren im Theater „Karl Marx“ vereint, insgesamt 3.072 Delegierte hatten sich bis zum 25. November akkreditiert, darunter viele so bekannte Namen wie Rigoberta Menchu, Daniel Ortega, Shafik Handal, Frei Betto, C. Cardenas.

Das enorme politische Signal dieser Weltkonferenz läßt sich vielleicht veranschaulichen durch die Vielfältigkeit der beteiligten Delegationen hinsichtlich ihrer Herkunftsländer, politischen oder weltanschaulichen Richtungen und die entschlossene und klare Haltung, die alle diese so unterschiedli-

chen Kräfte zum Ausdruck brachten. So waren auf dem Abschlußplenum beispielsweise zu hören: Amapalagana, Vizepräsident des Buddhistischen Kongreß Asiens, die Vorsitzende des Interparlamentarischen Ausschusses zwischen der Dominikanischen Republik und Cuba, sowie ein Vertreter der Demokratischen Volksfront Oman. Es folgte ein Redner aus Bangladesh, der daran erinnerte, wie die Massenvernichtungswaffe Blockade 1973 in seinem Land 6.000 Hungertote gebracht hatte; er regte eine Solidaritätskonferenz in Asien an. Darauf folgend ein ukrainischer Beitrag, in dem ausgeführt wurde, daß durch die teilweise

aufwendige medizinische Behandlung von bisher 14.000 strahlengeschädigten Kindern in Cuba, etwa 10% aller ukrainischen Kinder geholfen wurde. Gegenwärtig gebe es kaum ein gesundes Kind in der ganzen Ukraine, die Sterberate der Kinder ist höher als die Geburtenrate. Der sich anschließende Außenminister Chiles, Almeira, würdigte die bedingungslose Hilfe Cubas für das chilenische Volk. Er betonte: In Demokratie und Humanismus hat niemand das Recht, Cuba Lektionen zu erteilen!

Insdesamt wurden im Plenum und den drei Kommissionen - Aktionen gegen die Blockade, Verleumdungskampagnen und Wahrheit über Cuba, Ideen- und Erfahrungsaustausch der Solidarität mit Cuba - mehrere Hundert Beiträge gehalten. Die VertreterInnen sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte kamen zu Wort: Eine Fülle von Informationen über die Situation in deren Ländern, bisher

# Welttreffen der Solidarität in Cuba



**W**eltumspannende Solidarität mit dem Cubanischen Volk, mit der Cubanischen Revolution und der Cubanischen Regierung mit Fidel Castro an der Spitze - das brachte diese historisch einzigartige Konferenz in Havanna mit Delegierten aus 5 Kontinenten, insgesamt 109 Ländern zum Ausdruck.

Politische VertreterInnen aus allen Kontinenten neben VertreterInnen der internationalen Solidaritätsbewegung waren im Theater „Karl Marx“ vereint, insgesamt 3.072 Delegierte hatten sich bis zum 25. November akkreditiert, darunter viele so bekannte Namen wie Rigoberta Menchu, Daniel Ortega, Shafik Handal, Frei Betto, C. Cardenas.

Das enorme politische Signal dieser Weltkonferenz läßt sich vielleicht veranschaulichen durch die Vielfältigkeit der beteiligten Delegationen hinsichtlich ihrer Herkunftsländer, politischen oder weltanschaulichen Richtungen und die entschlossene und klare Haltung, die alle diese so unterschiedli-

chen Kräfte zum Ausdruck brachten. So waren auf dem Abschlußplenum beispielsweise zu hören: Amapalagana, Vizepräsident des Buddhistischen Kongreß Asiens, die Vorsitzende des Interparlamentarischen Ausschusses zwischen der Dominikanischen Republik und Cuba, sowie ein Vertreter der Demokratischen Volksfront Oman. Es folgte ein Redner aus Bangladesh, der daran erinnerte, wie die Massenvernichtungswaffe Blockade 1973 in seinem Land 6.000 Hungertote gebracht hatte; er regte eine Solidaritätskonferenz in Asien an. Darauf folgend ein ukrainischer Beitrag, in dem ausgeführt wurde, daß durch die teilweise

aufwendige medizinische Behandlung von bisher 14.000 strahlengeschädigten Kindern in Cuba, etwa 10% aller ukrainischen Kinder geholfen wurde. Gegenwärtig gebe es kaum ein gesundes Kind in der ganzen Ukraine, die Sterberate der Kinder ist höher als die Geburtenrate. Der sich anschließende Außenminister Chiles, Almeira, würdigte die bedingungslose Hilfe Cubas für das chilenische Volk. Er betonte: In Demokratie und Humanismus hat niemand das Recht, Cuba Lektionen zu erteilen!

Insdesamt wurden im Plenum und den drei Kommissionen - Aktionen gegen die Blockade, Verleumdungskampagnen und Wahrheit über Cuba, Ideen- und Erfahrungsaustausch der Solidarität mit Cuba - mehrere Hundert Beiträge gehalten. Die VertreterInnen sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte kamen zu Wort: Eine Fülle von Informationen über die Situation in deren Ländern, bisher

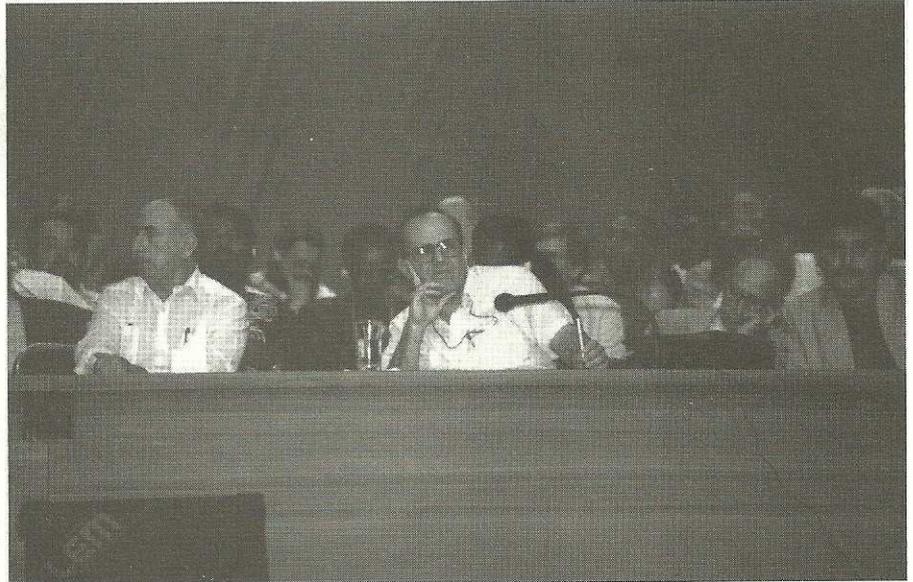
Große Anerkennung und Bewunderung ist den cubanischen GastgeberInnen zu zollen, die diese Weltkonferenz trotz periodo especial hervorragend organisiert hatten. Es war schon ein historisches Ereignis, an dem wir teilhaben durften.

## ★ Was nehmen wir mit nach Hause?

In erster Linie viel Kraft und Stärke, die uns durch die cubanischen Companeros vermittelt wurden, die selber so unverzagt und standhaft weiterhin zu ihrer Geschichte stehen, die Errungenschaften ihrer Revolution verteidigen.

In gewisser Weise sollte uns das Erlebnis dieser Weltkonferenz aber auch Bescheidenheit lehren in der Richtung, daß die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung, als kleiner Teil dieser weltumspannenden Solidaritätsbewegung sicherlich niemandem „gute Ratschläge“ erteilen braucht. Am allerwenigsten den CubanerInnen selber. Das sollte allerdings auch jenen frustrierten Altlinken klarwerden, die den heutigen Kampf Cubas am liebsten sofort beendet sehen möchten, und sei es nur um ihrer eigenen Hoffnungslosigkeit eine nachträgliche Bestätigung andeihen zu lassen. Die sich oft genug so äußern, als würden sie ihre ärgsten Feinde in denjenigen sehen, die sich nicht die Hoffnung rauben lassen.

Das heißt für mich aber nicht mehr, vorrangig mit diesen hoffnungslos Verbitterten zu ringen um ihre neuerliche Einbindung, ihr Verständnis. Auch



Ricardo Alarcon

Foto: W. Peter

wenn sie zu einer Zeit Hervorragendes geleistet haben für Cuba, so ist es eine schmerzliche aber nicht allzu neue, zu akzeptierende Erfahrung, daß immer wieder MitkämpferInnen zurückbleiben aus unterschiedlichsten Gründen. Wichtig ist, es gibt so viele Menschen, die für Cuba, für die Verteidigung seiner Revolution gerade in dieser neuen Weltordnung, neu zu gewinnen sind, die eine Hoffnung neu entwickeln können, an die sollten wir uns vor allem wenden.

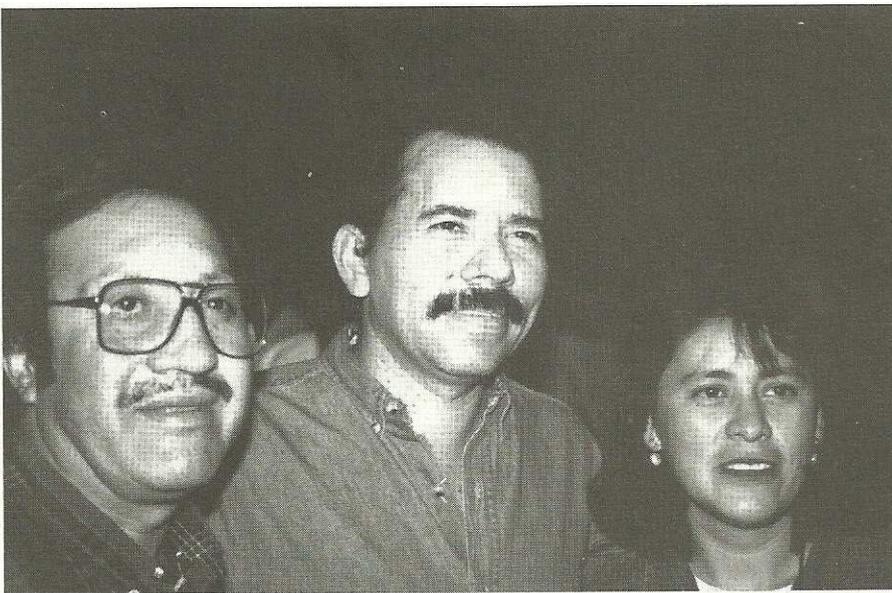
Der Kampf um Würde und Stolz und Selbstbestimmungsrecht für Cuba färbt ab. Läßt uns Würde, Stolz und selbstbestimmtes Leben auch für uns, in unserem eigenen Staat einfordern, den Kampf für unsere eigenen Rechte gegen alle Unterdrückung selbst in die Hand nehmen.

Dieses Welttreffen der Cubasolidarität bot überaus vielschichtige Anregungen auch für uns. Eine davon kam vom Cubanischen Jugendverband: unsere Aktionen, unseren Kampf nicht verbittert auszufeuchten sondern bei alledem auch die Lebensfreude zu verteidigen - „Defendemos la Alegria!“ Denn das macht unseren Kampf um ein lebenswertes Leben für alle in allen Ländern nur glaubwürdiger. Daß wir auch in dieser Hinsicht von den CubanerInnen eine ganze Menge lernen können, das zeigte sich bei einer Vorführung des UJC, die unter dem obengenannten Motto mit Akrobatik, Musik und Tanz die KongreßteilnehmerInnen in ihren Bann zog. Mehr Sinn für Musik und Tanz, Freude und Freunde macht unseren Kampf nicht notwendigerweise weniger konsequent, im Gegenteil. Für die letzte Konsequenz müssen alle unsere Gefühle mit eingebunden sein.

Was die weltweite Solidarität nicht nur in und für Cuba bewirkt, sondern auch in denen, die sie üben, das wird weiterwirken. Hasta la victoria siempre.

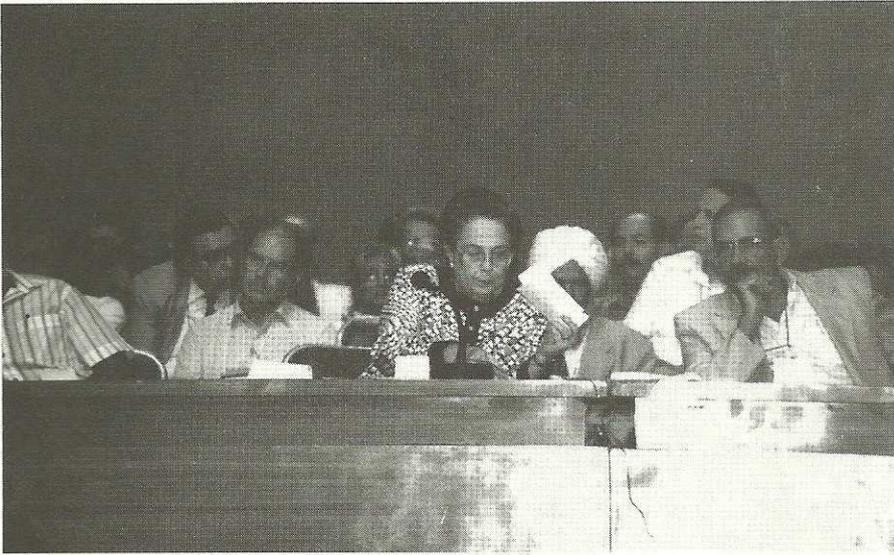
Womit aber beginnen bei der Realisierung so vieler Pläne, wie sie zum Ende der Konferenz dargestellt wurden? Rahmenbedingungen sind gemeinsam beschlossen: Das José-Martí-Gedenkjahr 1995 soll einem verstärkten Kampf gegen die Blockade gewidmet werden. Am 19. Mai, dem Todestag des cubanischen Nationalhelden, sollen dazu in aller Welt Aktionen stattfinden.

Sicherlich können diejenigen, die, aus vielfältigen Spektren der BRD kommend, an diesem Weltkongreß teilnehmen konnten, noch nicht - glück-



Daniel Ortega

Foto: W. Peter



Vilma Espin, FMC

Foto: W. Peter

licherweise - mit detaillierten Maßnahmeplänen aufwarten. Es ist jetzt Sache der einzelnen Organisationen und Gruppe, sich möglichst schnell darüber zu beraten, mit welchen konkreten Mitteln die politischen Ziele, die sich die weltweite Solidaritätsbewegung auf dem Kongreß gestellt hat, von uns umgesetzt werden sollen. Ausgehend von den verschiedenen Einschätzungen an der Basis, wie wir möglichst viele weitere Menschen für eine aktive Unterstützung des Cubanischen Kampfes gewinnen können, wie politische und materielle Hilfen verstärkt werden können, wie wir effektiv die - gerade in der Nicht-Berichterstattung über den Kongreß wieder deutlich gewordene - Medienblockade durchbrechen können, usf., kommt dann dem Netzwerk Cuba Informationsbüro die wichtige Aufgabe einer Koordinierung innerhalb der BRD, wie einer möglichen Einbindung in europaweite Aktionen zu. Denn Voraussetzung einer wirkungsvollen Verstärkung unserer Solidaritätsarbeit für Cuba ist gemeinsames Handeln.

Da ist es allerdings schade, daß das jährliche Bundestreffen der Cubasolidarität 1995 erst für den Mai geplant ist. Vielleicht können vom Netzwerk Cuba ja vielleicht noch andere Impulse für einen gemeinsamen Ratschlag der Solidaritätsgruppen ausgehen, damit wir möglichst frühzeitig auch mit zentralen Planungen beginnen können.

Proteste gegen den Ausschluß Cubas aus dem kontinentalen Gipfel in Miami, der ja schon im Dezember stattfand - von den TeilnehmerInnen der Weltkonferenz schärfstens verurteilt - konnten wegen der Kürze der Zeit nur

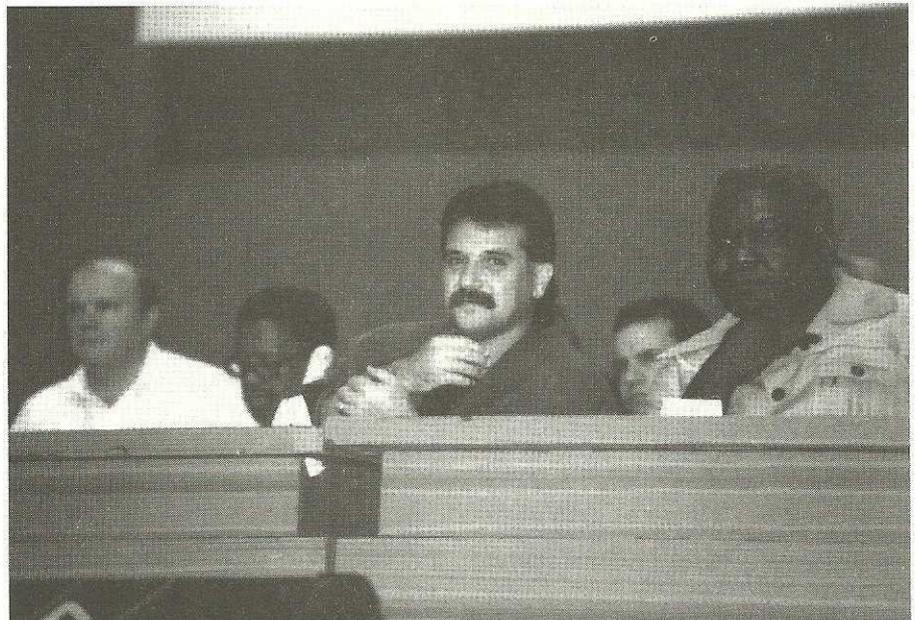
von einzelnen Gruppen auf den Weg gebracht werden.

Die Aktionen zum 19. Mai, und erst recht natürlich zum 10. Oktober, der, als Jahrestag des Beginns des revolutionären Kampfes des Cubanischen Volkes, als Weltweiter Tag der Solidarität mit Cuba proklamiert wurde, müssen da schon von anderer Qualität sein!

Neue Gesichtspunkte, die auf die Rolle Cubas als weltweites Symbol für den Kampf eines weniger entwickelten Landes um seine nationale Souveränität, sein Selbstbestimmungsrecht verweisen, werden in zwei Punkten aufgegriffen, die erst während der Debatte um das Abschlußdokument mit in den Katalog der Grundvereinbarungen aufgenommen wurden:

- Der Kampf gegen Verleumdungskampagnen, die ähnlich wie im Falle Cuba auch gegen die übrigen weniger entwickelten Länder gerichtet sind, indem ständig ausschließlich über Negatives (wahr und unwahr) berichtet wird, alle positiven Entwicklungen unterschlagen werden und ein Bild der Rückständigkeit, der Unfähigkeit und des Chaos entworfen wird. So wird eine „öffentliche Meinung“ erzeugt, die militärisches Eingreifen jederzeit rechtfertigt - aus welchen machtpolitischen Ursachen heraus es welchen Mächten gerade opportun erscheinen mag, das wird dann gar nicht mehr hinterfragt.
- Die Ächtung aller Blockaden, die im Interesse der politischen und wirtschaftlichen Machtzentren als Erpressungswerkzeug gegen Länder in der Entwicklung eingesetzt werden. Konkret betrifft das beispielsweise die Blockade gegen das libysche und das irakische Volk, denen wie im Falle Cuba aus bestimmten politischen Gründen Nahrung und Medikamente verweigert werden.

MS



Roberto Robaina

Foto: W. Peter

# Internationale Solidaritätskonferenz mit Kuba - kein Thema in der hiesigen Presse



Foto: M. Schweinesbein

Vom 21.- 25.11.94 trafen sich über 3000 Menschen in Havanna, um auf der ersten internationalen Solidaritätskonferenz ihre Solidarität mit der kubanischen Revolution auszudrücken und Maßnahmen zu beraten, wie das Jahr 1995, zum internationalen Jahr des Kampfes gegen die Blockade gemacht werden kann.

Vertreten waren auf dieser Konferenz neben Persönlichkeiten wie die guatemaltekeische Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu, der ehemalige sandinistische Präsident von Nicaragua Daniel Ortega, der FMLN-Vorsitzende von El Salvador Shafik Handal zahlreiche VertreterInnen aus Volksbewegungen Afrikas, Asiens, Latein- und Zentralamerikas. Auf den ersten Blick erstaunlich war die starke Präsenz von Regierungsdelegationen aus afrikanischen und asiatischen Ländern. Nicht nur die südafrikanische Regierung von Nelson Mandela und der Präsident Robert Mugabe von Simbabwe schickten Solidaritätsgrüße. Auch eher konservative Präsidenten, wie z.B. der von Sambia zeigten ihre Solidarität. Das ist nur in dem Kontext zu verstehen, daß sie ihre Wurzeln im antikolonialen Kampf hatten und nur zu gut wissen, daß Kuba diese Kämpfe immer unterstützt hat. Aus Europa und den USA allerdings waren keine RegierungsvertreterInnen anwesend, nur VertreterInnen von linken Parteien oder Solidaritätsbewegungen. Aus der BRD kamen immerhin über 80 Delegierte.

Zurück in der BRD war es natürlich interessant zu lesen, wie die 'freie Pres-

se' dieses Landes ihrer so häufig propagierte Informationspflicht nachkam.

Ausgerechnet die konservative FAZ berichtete in einem kleinen Bericht relativ neutral über die Eröffnungsveranstaltung der Konferenz. Die FR brachte in derselben Woche einen langen Artikel über die Bestrebungen von exilkubanischen KonterrevolutionärInnen, das Gipfeltreffen der lateinamerikanischen Staats- und Regierungschef in der zweiten Dezemberwoche in Miami für ihre Anti-Castro-Kampagne zu nutzen, obwohl Kuba das einzige Land ist, daß auf Druck der USA nicht zu dieser Konferenz eingeladen wurde. Über die US-Cuba-Freundschaftskarawane und deren zentralen Demonstration am 12.11.94 in Washington war in der FR kein Wort zu lesen. TAZ-Mitarbeiter Marko Martin läßt sich keine Gelegenheit entgehen, seine Hetze gegen Linke im Allgemeinen und gegen Kuba im Speziellen zu verbreiten. So nutzte er einen kurzen Bericht über eine Veranstaltung der Literaturwerkstatt Pankow in Berlin, um dem dort anwesenden exilkubanischen Schriftsteller Jorge Pomar das Zitat in den Mund zu legen; nirgendwo habe er so dummdreiste Rechtfertigungen des Castro-Regimes gehört wie in Deutschland aus dem Munde braver Linker.

Würde die TAZ ihre LeserInnen darüber informieren, wie viele GewerkschaftlerInnen und Campesinos/as in Trikontländern auf der internationalen Konferenz ihre Verbundenheit mit der kubanischen Revolution und mit Fidel Castro zeigten, wäre diese Martin/Pomar-Hetze schnell als Lachnummer erkannt.

Das Neue Deutschland brachte zwar mehrere nicht uninteressante Beiträge über verschiedene Aspekte des kubanischen Alltags. Allerdings scheinen Leo Burghardt, dem ständigen ND-Mitarbeiter in Kuba, diese Artikel wenig Zeit gelassen haben, regelmäßig und ausführlich über die Konferenz zu berichten. Auch hier hat sich laut Eigenwerbung einzige sozialistische Tageszeitung, die Chance entgehen lassen, diesen Anspruch in die Praxis umzusetzen. Die junge Welt hingegen war im ganzen Medienreigen die positive Ausnahme. Mehrere ausführliche Artikel, einen auf der Titelseite, widmete sie diesen internationalen Meilenstein der Solidarität.

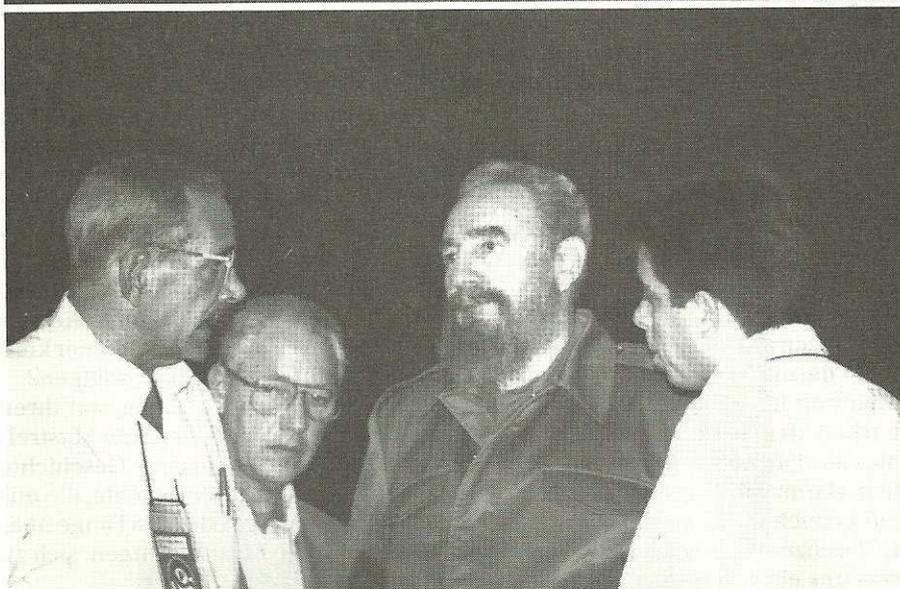
Auf der Konferenz erklärten mehrere SprecherInnen, daß sich in Havanna jene versammelt haben, die von der Neuen Weltordnung dazu gezwungen werden sollen, als die Verdammten dieser Erde zu vegetieren, als BilliglohnarbeiterInnen, als Versuchskaninchen für Waffen, Medikamente und in zunehmenden Maße für den giftigen Abfall aus den Metropolen. Sie haben sich deshalb dort versammelt, weil seit Anbeginn die kubanische Revolution die Kämpfe genau dieser Menschen weltweit unterstützt hat. Ihre Solidarität mit Kuba ist so gleichzeitig ein Eintreten für ihren Kampf.

Genauso ist das Totschweigen dieser Solidaritätsaktionen vom überwiegenden Teil auch der linken bzw. linksliberalen Presse eine Parteinahme gegen die Verdammten dieser Erde, für die herrschende Weltordnung.

Genauso ist das Totschweigen dieser Solidaritätsaktionen vom überwiegenden Teil auch der linken bzw. linksliberalen Presse eine Parteinahme gegen die Verdammten dieser Erde, für die herrschende Weltordnung.

Peter Nowak

## Sergio Corrieri, ICAP:



Sergio Corrieri mit Fidel

Foto: W. Peter

### Freunde aus aller Welt,

#### Genossinnen und Genossen,

Wenn ein Traum Wirklichkeit wird, freuen wir uns alle, die wir die Fähigkeit nicht verloren haben, für unsere Träume zu kämpfen. Dieses Treffen ist ein Traum, der in Erfüllung gegangen ist. Für das Vorbereitungskomitee, für die 52 Organisationen und Institutionen, die im Namen unseres Volkes zu diesem Treffen aufgerufen haben, ist Ihre Anwesenheit, die es ermöglicht, eine große Genugtuung und Ansporn zugleich.

Dieses Treffen hat für unsere Heimat vielfältige, ermutigende Bedeutungen: Die erste, ist das Treffen an sich, ein unwiderlegbarer Beweis für die Mobilisierungskraft der Solidarität mit Cuba. Man könnte sich fragen, ob vielleicht unsere Not, unsere wirtschaftliche und materielle Not, die auf allgemein bekannte Gründe zurückzuführen sind, diese wachsende Solidarität hervorruft, die sich innerhalb eines breiten, verschiedenartigen und ideologisch heterogenen Spektrums vervielfacht, das jedoch in dem einheitlichen Willen vereint ist, unserem Land in diesen schweren Jahren zu helfen. Nein, die Antwort liegt auf der Hand. Mit Bedauern stellen wir fest, daß es in dieser ungerechten und ungleichen Welt, in der wir leben, viel ärmere Länder als Cuba gibt, die viel schutzloser in vielen Aspekten des Wohlergehens ihrer eigenen Völker

dastehen und sehr ungewisse Entwicklungsaussichten haben.

Die Gründe sind anderer Art, es sind grundsätzliche Ursachen. Die Zwangslage, die in Cuba debattiert wird, dringt über unsere Grenzen hinaus und ist nicht nur von nationalem Interesse.

Cuba ist ein belagertes Land, willkürlich und unmenschlich belagert, wie die Städte im Mittelalter belagert wurden, bis sich deren Bewohner vor Hunger, Krankheit und Erschöpfung ergeben haben.

Natürlich haben sich die Zeiten und damit auch die Belagerungsmethoden geändert. Das Ziel ist jedoch das gleiche.

Was bedeutet diese seit über 30 Jahren andauernde Blockade, die sich in dem Maße verschärft, wie sich die Weltöffentlichkeit dagegen wehrt, und sie auf hunderten von Foren zurückweist, wie sie auch in drei aufeinanderfolgenden Jahren von der UNO-Vollversammlung verurteilt wurde? Die Anmaßung und die Unversöhnlichkeit der Belagerer haben ihre Gründe und die dürfen wir nicht vergessen.

Die US-Politik gegenüber Cuba, und ihr grausames Schaustück, die Blockade, hat ihren Ursprung nämlich nicht in dem sogenannten Kalten Krieg. Wenn es so wäre, gebe es nun, da der Kalte Krieg vorüber ist, keinerlei Gründe mehr für ihre Aufrechterhaltung. Der Kalte Krieg hat lediglich die bereits bestehende Auseinandersetzung verschärft. Die Hauptursache liegt zeitlich

viel weiter zurück, als die USA wenige Jahre nach der Festigung ihrer Unabhängigkeit, ihre kolonialistischen Ansprüche gegenüber Cuba anmeldeten. Sie haben uns stets als ihren Besitz betrachtet, und so haben sie uns auch immer behandelt. Sie haben unseren letzten Unabhängigkeitskrieg torpediert, und in der Tat wurden wir ihr Eigentum bis zum 1. Januar 1959. Es sieht so aus, als würden sie sich immer noch nicht damit abfinden, daß wir das sind, was wir jetzt sind und immer sein werden - eine unabhängige Nation. ★

Darüberhinaus war Cuba in all diesen Jahren kein gutes Vorbild. Die Wahl eines anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems, die Beseitigung des Analphabetismus, der Diskriminierung nach Rassen oder Geschlechtern, gleichmäßige Umverteilung des Reichtums, gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle, die Vergesellschaftung des Bildungs- und Gesundheitswesens, die erfolgreiche Entwicklung der Kultur, der Wissenschaft, des Sports und anderer Bereiche, die Wiedererlangung des Bewußtseins und des Stolzes auf die eigene Identität unseres Volkes, das sind keine guten Beispiele für die alten Herrschaftsansprüche der USA.

Diejenigen, die 1989 gedacht haben, daß der Untergang des Sozialistischen Lagers und der folgende Zusammenbruch der Sowjetunion für uns das Ende bedeuten würde, warten immer noch, schieben ihre zeitlichen Vorhersagen immer wieder hinaus, und werden alt dabei.

Ohne seine Prinzipien aufzugeben, hat Cuba gigantische Anstrengungen unternommen und unternimmt sie noch, sich auf der Grundlage der Gleichberechtigung in die Welt in der wir leben zu integrieren. Wir wissen, es geht nicht darum, die Welt an uns anzupassen, sondern vielmehr darum, daß wir uns durch Anstrengungen, mit Schöpferkraft und Willensstärke der Welt anpassen, um zu überleben und uns entwickeln. Wir sind sicher, daß wir das schaffen können. Die Blockade ist nicht das einzige, jedoch das Haupthindernis auf diesem Weg, und obwohl sie das Opfer und das Leid unseres Volkes verlängert, wird sie uns nicht davon abhalten.

Schließlich möchte ich zu diesem Thema hinzufügen, daß durch die besondere Situation in den USA, die Cubafrage dort zu einem innenpoliti-

schen Thema geworden ist. Es werden Stimmen und Dollar berechnet, zugunsten des Kontos skrupelloser Politiker, die sich auf das Interessenspiel der in Florida ansässigen Mafia einlassen, die sich mit Gewalt als Sprecher aller Exilcubaner darstellen. Das ist dieselbe Mafia, die die Verschärfung der Blockade, die direkte militärische Aggression und für drei Tage die Erlaubnis fordert, in Cuba alle diejenigen umzubringen, die mit der Revolution in Verbindung stehen. Eine schöne Arbeit!

Kurzum, die USA erhalten die Blockade aufrecht, weil sie stark und mächtig sind, und es sich leisten können, die wachsende Ablehnung der Blockade durch die Weltöffentlichkeit zu überhören.

Wer behauptet, daß Cuba keinen tiefgreifenden Reformprozeß auf allen Gebieten eingeleitet hat, um sich den neuen internationalen Realitäten anzupassen, der ist entweder ein Dummkopf, oder ein Opfer der gewaltigen Propagandamaschine, die gegen uns eingesetzt wird, oder er lügt absichtlich. Die Aufzählung all dieser Reformen und Maßnahmen wäre mehrere Seiten lang. Es ist aber so, daß bei der Verbreitung unseres Bildes folgende unheimliche Logik angewandt wird: leiten wir keine Reformen ein, dann sind wir starr, orthodox, und vorsintflutlich; leiten wir sie ein, dann verleugnen wir unsere Prinzipien und laufen direkt in den wilden Kapitalismus. So oder so werden wir verurteilt.

Zu diesem Thema muß meines Erachtens unbedingt bekräftigt werden, daß alle unsere Reformen und Anpassungen darauf gerichtet sind, gerade die bekanntesten sozialen Errungenschaften unseres Volkes im Gesundheits- und im Bildungswesen, in der sozialen Sicherheit, der Kultur und zahlreichen anderen Bereichen aufrechtzuerhalten und zu festigen, und nicht zuletzt unseren eigenen intensiven Sinn für Unabhängigkeit und nationale Identität zu stärken. Darauf können Sie sich verlassen.

Es geht einfach um die Tatsache, daß wir Cubaner das elementare Recht auf Selbstbestimmung haben, ohne Gewalt, Druck oder Drohungen ausgesetzt zu sein. Cuba wäre ein schlimmer Präzedenzfall, wenn in den internationalen Beziehungen das Aufzwingen wirtschaftlicher und politischer Modelle zur Praxis wird. Heute sind es wir, morgen könnte ein anderes Land, ein anderes Volk an der Reihe sein.

Ich glaube, dies sind die Hauptgründe für Ihre Anwesenheit hier bei uns, Ihre entschlossene Haltung gegen die Blockade und die Achtung vor unserer Souveränität und Selbstbestimmung.

Das ist für uns genug. Wir verlangen von niemanden eine bedingungslose Zustimmung angesichts der Schwierigkeiten im Verlauf unserer Geschichte, oder eine Billigung jeder einzelnen unserer Entscheidungen, weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart. Deshalb geht es auch nicht darum, nach einer einheitlichen Meinung hinsichtlich der Durchführbarkeit des Sozialismus zu streben, dies ist nicht nötig und auch nicht möglich. Damit würde man nur das Gegenteil erreichen. Es geht darum, unsere Differenzen zu respektieren, und das was uns eint, zu festigen.

Die Solidaritätsbewegung mit Cuba ist mehr als eine wunderbare und edle Wirklichkeit. Sie ist ein wesentlicher Hebel, um den Felsen abzuwälzen, der so schwer auf uns lastet, um die Wahrheit über Cuba zu verbreiten, mit allen ihren Vorzügen und Fehlern, um die Weltöffentlichkeit zu informieren und zu beeinflussen, je nach den individuellen Möglichkeiten. Für unser Volk ist sie eine Belohnung für seine Bemühungen und Hingabe, wie frisches Wasser inmitten der Hitze dieser harten Jahre.

Wir unterschätzen nicht den Wert der Solidaritätsbewegung mit Cuba, die unzähligen Beweise der politischen Unterstützung und der materiellen Hilfe, die uns im Laufe der letzten Jahren erreichten, ermutigen uns und spornen uns an.

Die Kraft der Bewegung liegt gerade in ihrer Vielfalt. Dogmatismus, Sek-

tierertum, Individualismus, alles, was mehr spaltet als vereint, würde ihr nur schaden. Es wird daher von niemandem verlangt, daß er auf seine eigenen Standpunkte verzichtet, sondern daß man Verständnis dafür hat, daß wir jetzt in diesen Momenten anwachsen müssen. Wir müssen alle vereinen und gemeinsam zusammenarbeiten, alle, die die Pflicht und den Willen dazu verspüren. Die Solidarität ist nicht nur jenen nützlich, denen sie entgegengebracht wird, sie erhöht auch diejenigen, die sie ausüben. Wir Cubaner können dies aus Erfahrung bestätigen.

Die Solidarität mit Cuba, mit ihren bekannten und unbekanntem Mitstreitern, ist bereits in unsere Geschichte eingegangen, eine Geschichte, die uns mahnt, daß oft die edelsten Dinge über die geringsten Mittel verfügen, sich zu verteidigen.

Aber dies soll bei uns nicht der Fall sein.

1995 werden wir den 100. Jahrestag des Beginns unseres letzten Unabhängigkeitskrieges feiern und damit auch den 100. Todestag des im Kampf gefallenen Patrioten José Martí, der niemals sterben wird. Wir rechnen mit ihm, mit seinen dramatisch lebendigen und lehrreichen Gedanken, wir bauen auf unsere Geschichte, unsere Kampftradition und auf unser großartiges Volk, welches entschlossen ist, weder sein Vaterland, noch seine Identität zu verlieren.

Und wir rechnen mit Ihnen, unseren Freunden aus aller Welt, die wir herzlich zu diesem Kongreß willkommen heißen, das bereits einen neuen Sieg auf diesem langen Weg zu Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit darstellt.

Vielen Dank!



Foto: M. Schweinesbein

# Abschlußrede von Fidel Castro Ruz

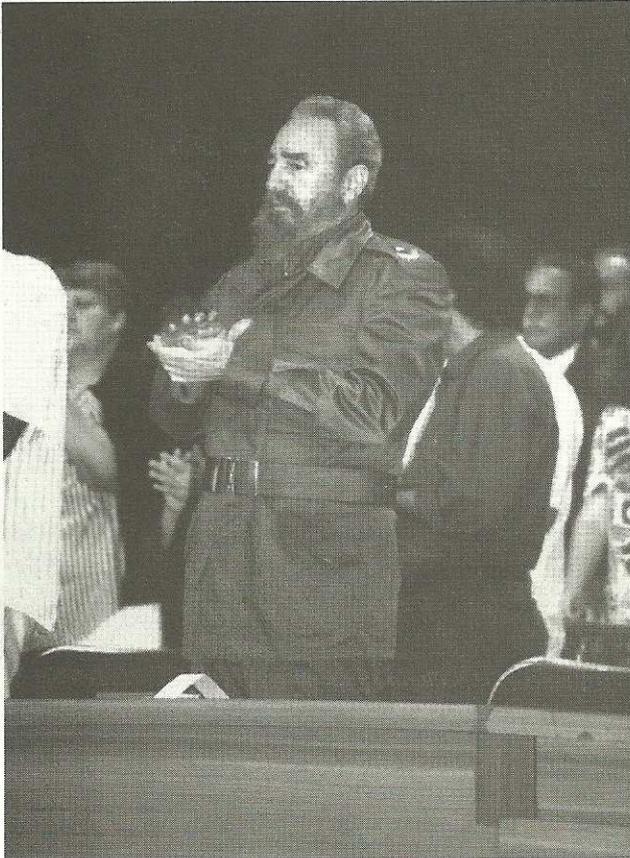


Foto: W. Peter

Liebe Freunde,  
und mit welchem Gefühl sage ich - liebe Freunde - für mich ist es schwierig, eine Zusammenfassung zu geben. Eine Synthese dessen, was sich ereignete in diesen Tagen des Kongresses. Ich kann jedoch einige Überlegungen darstellen: Hier auf dem Podium sind in einer Ordnung wie in der Front der Schlacht, die besten Gefühle, die besten Ideen unseres Jahrhunderts vertreten. Es wurde gesprochen über viele Dinge als Ausdruck von Sorge um die Menschheit während einer langen Periode. Die Werte, für die die Menschheit gekämpft hat, im Laufe dieses sich zu Ende neigenden Jahrhunderts, sie sind hier auf die eine und die andere Weise von Ihnen zum Ausdruck gebracht worden, die großen Sorgen, die es gegeben hat, in diesem langen Kampf um die Unabhängigkeit, gegen den Kolonialismus, den Neokolonialismus, den Imperialismus, dem Kampf der Völker für die Gleichheit, für die Gerechtigkeit, um die Souveränität, die niemals so bedroht war wie heute, der Kampf für die soziale Gerechtigkeit, der Kampf gegen die Ausbeutung, gegen das Elend, gegen die Unwissen-

heit, die Krankheiten, der Kampf für alle, die nichts haben, die obdachlos sind, der Kampf für die Gleichberechtigung, die Würde der Frau, den Respekt vor ihr, für die Brüderlichkeit von Männern und Frauen aller Rassen, der Kampf für den Frieden, alle diese Werte, und viele andere mehr, sind hier, im Verlauf dieses Kongresses zum Ausdruck gekommen. Daher können wir sagen, es ist nicht nur ein Treffen der Solidarität mit Cuba gewesen, und wir sind darauf stolz, daß die Solidarität die Anregung war, denn hier haben die Wertvollsten unserer Epoche gesprochen. Es sind von diesen hier nicht alle anwesend gewesen, weil es deren so viele gibt, und die würden nicht einmal in Tausende, in Hunderttausende solcher Theater hineinpassen. Menschen, edle Menschen, selbstlose Menschen, ehrliche Menschen, die das Beste der Menschheit verkörpern. Wenn wir ein Treffen von wertvollen Menschen haben wollen, von Menschen mit einer hohen Sensibilität und Moral, so sind diese Menschen hier gewesen. Eine Fähigkeit des Menschen ist zu bewundern: die Opferbereitschaft zugunsten anderer Men-

schen. Immer wenn wir hier Gäste aufnehmen, beobachte ich sie, analysiere ich sie, ich versuche zu verstehen, wie sie denken und wie sie fühlen, und diese meine Bewunderung ist unendlich, weil ich so viele menschliche Werte hier gesehen habe. Und dabei sind nicht wenige abwesend, sondern viele, viele von denen wir wissen, daß sie Freunde Cubas sind, daß sie solidarisch mit Cuba sind und beispielhaft in Sensibilität und Solidarität. Das ist mein Eindruck, mein unauslöschlicher Eindruck, den wir von dieser Zusammenkunft an erster Stelle in unserem Gedächtnis bewahren werden. Wie war der Verlauf des Treffens? Alle, mit denen ich mich unterhalten konnte, die ich dazu gehört habe, haben positiv über den Verlauf des Treffens gesprochen. Es unterschied sich von anderen Treffen, die wir früher organisiert hatten, wo alle gesprochen hatten, die sprechen wollten und es gab eine Reihe von Reden bei anderen Treffen.

Hier sind auch Reden gehalten worden, ausgezeichnete, brillante und tiefgreifende Reden, es war ein Treffen von mehreren Tagen, im Rahmen des Treffens gab es Reden, andere Beiträge, Fragen, Antworten, es haben die Kommissionen zu verschiedenen Themenbereichen getagt. Viele die nicht im Plenum gesprochen haben, sind in den Kommissionen zu Wort gekommen.

Es ist ein Wunder erreicht damit, daß hunderte von Menschen sprechen konnten, obwohl es unmöglich war, daß alle sprechen konnten. Bei den vielen, die das Wort ergriffen haben, denke ich, daß mehr oder weniger das Gefühl aller erfaßt worden ist, daher muß man diejenigen, die dieses Treffen organisiert und daran mitgewirkt haben, beglückwünschen. Trotz aller Unterschiede hat es nicht so ausgesehen, wie am Turm von Babylon, denn obwohl die Sprachen unterschiedlich sind, und es hier Menschen gibt aus 109 Ländern, haben wir uns sehr gut verstanden. Denn bei allen Unterschieden in den Sprachen und auch in den verschiedenartigen politischen Meinungen, die geäußert wurden, gab es Einstimmigkeit in der edlen Idee der Solidarität mit unserem Volk.

Die Blockade wurde zu einem zentralen Punkt dieses Treffens, über die Blockade ist viel gesagt worden, über die Blockade haben die unterschiedlichen Genossen gesprochen. Es gab nicht viel hinzuzufügen. Aber im

wesentlichen ist es die Blockade, die Blockade ist nicht nur das Verbot seitens der USA zur Durchführung von Handelsgeschäften, von jeglichem Handel mit unserem Land, sei es Technologie, Nahrungsmittel, Medikamente.

Die Blockade bedeutet auch, daß man den USA nicht einmal ein Aspirin verkaufen kann gegen Kopfschmerzen, Oder ein Mittel gegen Krebs, das ein Menschenleben retten, oder dieses Leiden mildern kann, um das Leben besser zu gestalten. Man kann Cuba nichts verkaufen. Die Blockade ist nicht nur das Verbot, daß Kredite gewährt werden, von Finanzierungsmöglichkeiten, nicht nur das Verbot von kommerziellen, finanziellen Aktivitäten seitens der USA in bezug auf anderen Ländern der Welt. Also diese größte Macht der Welt, wirtschaftlich und militärisch gesehen, 90 Meilen von unserer Küste entfernt, sondern ein paar Zentimeter von unserer Grenze entfernt im besetzten Territorium des Militärstützpunkt von Guantanamo. Das mächtige Imperium ist nicht nur in unserer Nähe, es ist mitten in uns, und es ist nicht nur nah von uns mit seinen Ideen, und seinen Philosophien, sondern es ist mitten in diesem Land, und jene die sich daran beteiligen, diese Minderheit, die zum Glück eine Minderheit ist, die sich an diesen Philosophien und Konzeptionen beteiligen, die so viele Jahre solche Ideen in der ganzen Welt verbreiten, das Imperium will keinen Warenhandel mit Cuba betreiben, aber sie wollen Ideen exportieren. dieses Imperium will die schlimmsten Ideen exportieren, sie exportieren keine Nahrungsmittel, keine Medikamente, keine Technologie, keine Maschinen sondern sie exportieren Ideen in großer Zahl. Was passiert ist, ist, daß der Markt früher größer war und sie exportierten Ideen auch in andere Länder, sie exportierten viele Ideen in das sozialistische Lager, in die Sowjetunion und andere Länder, hat das Imperium hat nur konterrevolutionäre Ideen für uns, die sie uns exportieren wollen. Es hat einen großer Bestand, mächtig, unendliche Mittel, Massenmedien, dieser Handel - aber nur in eine Richtung - weil wir über diese Mittel, diese Medien nicht verfügen, diese enormen Kommunikationssysteme, die tausende zehntausende, milliardenden Dollar jährlich kosten. Wir werden verurteilt, und sollen diese Dinge empfangen und dürfen keinen Austausch gestalten. Aber es ist nicht nur das, die Blockade umfaßt nicht nur das, es han-

delt sich um einen Wirtschaftskrieg gegen Cuba. Einen Krieg, einen ökonomischen Krieg. Es ist die hartnäckige, die kontinuierliche Verfolgung von jeder ökonomischen Tätigkeit Cubas in der Welt. Die USA wirken aktiv über ihre diplomatischen Kanäle, über die diplomatischen Botschaften, um auf jedes Land Druck auszuüben, das vorhat, mit Cuba Handel zu treiben. Um Druck auszuüben auf jedes Unternehmens, das sich wünscht, mit Cuba Handel zu treiben oder in Cuba zu investieren. um Druck auszuüben wird auch jedes Schiff bestraft, das Waren nach Cba transportiert. Es ist ja unser Seekrieg. Mit dieser Macht die sie haben gegen die Wirtschaft unseres Landes, das ist so extrem, daß sie auch das mit persönlichen Individuen punktuell diese Arbeit machen, wenn diese Vorhaben in Cuba zu investieren oder Handel mit uns treiben zu wollen. Sie nennen es, euphemistisch gesehen Embargo, wir nennen es Blockade. Das ist kein Embargo, und es ist auch keine Blockade. Es ist ein Krieg, ein Krieg, der heute nicht mit keinem anderen Land geführt wird, nur ausschließlich gegen Cuba.

Aber wir mußten nicht nur in diesen Jahren der Revolution uns damit auseinandersetzen, darunter leiden, wir waren auch Opfer der kontinuierlichen Feinseligkeit im politischen Bereich. Seien es die Versuche, die Führung der Revolution zu beseitigen, zu vernichten, bis hin zu allen möglichen Formen von Subversion, Destabilisierungsmethoden, bis hin zu Sabotageakten gegen unsere Wirtschaft. In diesen 35 Jahren sind wir Opfer gewesen, von Sabotageaktionen jeglicher

Art. Ich werde jetzt nicht sprechen von Piratenangriffen, von Sondenangriffen, schmutzige Kriege, in den Bergen, in der Ebene, kontinuierliche Versuche, der Destabilisierung in allen Bereichen. Wir waren auch Opfer von direkten Sabotagen, mit Sprengstoffen, mit Brandsätzen, unser Land war auch Opfer von chemischen Kriegen, der Einführung von toxischen Mitteln, biologische Kriege, mit der Einschmuggelung von Plagen für die Pflanzen, für die Tiere und auch für die Menschen bedrohlich. Es gibt keine Waffe, kein Mittel, die sie nicht gegen unser Land und unsere Revolution von seiten der Regierung der USA eingesetzt haben. Es ist nicht das ich das sage, ab und zu gibt es Dokumente, Dokumente, die Sie jetzt nach 25 Jahren freigeben und veröffentlichen und man findet diese Dokumente. Einige sage, daß diese Dokumente 100 Jahre, einige 200 Jahre werden sie aufbewahrt. Das wird von den Enkeln, von den Ururenkeln unserer Generationen werden es erfahren.

...

(deutsch entsprechend der Simultanübersetzung)



Foto: W. Peter

# Rede von Dr. Carlos Lage

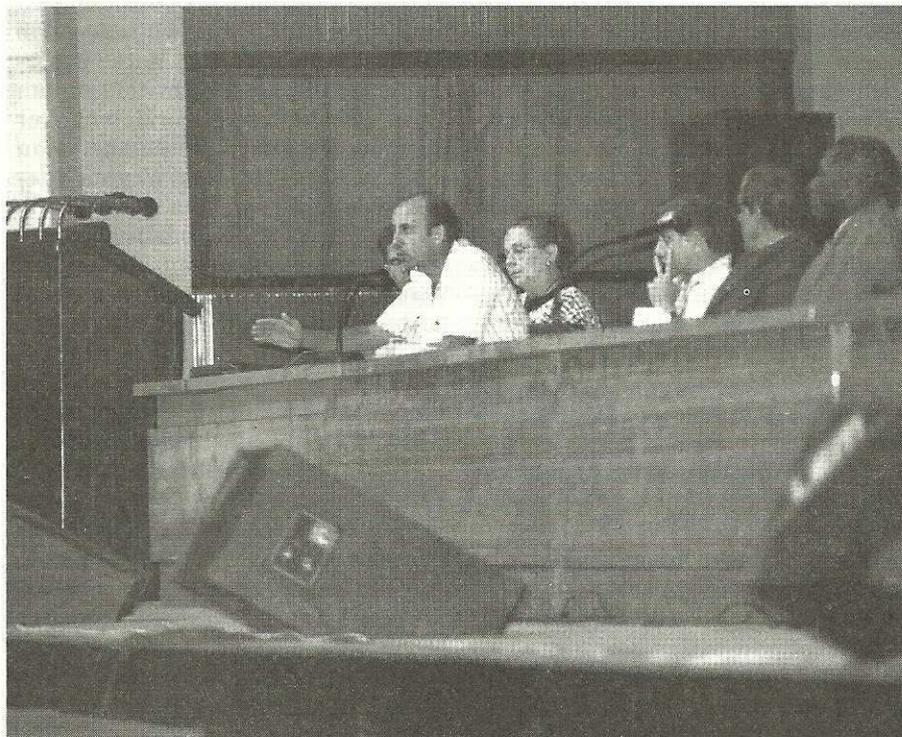


Foto: M.Sill

dem es dem Land gelungen ist, sich mit dieser ökonomischen Lage auseinanderzusetzen. Wir tun dies heute, nachdem wir zusammen diese Schwierigkeiten geteilt haben. Wir tun das heute, nachdem unser Volk gespürt hat, daß kein Cubaner seinem Schicksal überlassen wird. Wir tun das heute, wo einige der Anstrengungen zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Früchte zu tragen beginnen. und wir hoffen diesen Prozeß beizubehalten unter einem gewissen Wachstum, einer bestimmten Belebung der Wirtschaft, allmählich zumindest in einigen Bereichen, vielleicht in etwas langsamerem Tempo aber unter anderen Bedingungen. Wie bereits erläutert, nach einem Prozeß der Absprache mit der Bevölkerung, mit den Werktätigen und unter Berücksichtigung der Meinung unseres Volkes. ★

So haben wir Maßnahmen getroffen: wir haben Preise erhöht, einige unentgeltliche Dienstleistungen beseitigt, ein Steuersystem eingeführt und eine neue Arbeitsgesetzgebung mit einer höheren Autorität für die Verwaltungen um die Disziplin durchzusetzen. Eine gewisse Rationalisierung des Arbeitskräfteinsatzes vor allem in jenen Bereichen der Wirtschaft, in denen wir bereits Bedingungen und Ressourcen haben um zu produzieren und allmählicher weiter voranzukommen. Wo der Werktätige, der Arbeiter, der nicht an seinem Arbeitsplatz bleiben kann Alternativen und andere Möglichkeiten bekommt. Wer diese Möglichkeiten nicht annehmen will, bekommt trotzdem 60% seines bisherigen Arbeitslohnes; genügend, um zu kaufen, was der Staat zentral für die Bevölkerung verteilt. Er wird lange Zeit in diesem Status gehalten, entsprechend den Jahren die er gearbeitet hat.

Wir können sagen, daß diese Maßnahmen die dieses finanzielle Gleichgewicht anstreben, das für den wirtschaftlichen Erfolg notwendig ist, für die wirtschaftliche Wiederbelebung des Landes, daß sie jetzt zu guten Ergebnissen führen.

In den letzten fünf Monaten nach der Durchsetzung dieser Maßnahmen im Monat Juni hat sich die Tendenz umgekehrt. Zum ersten Mal wird in diesen Jahren der periodo especial das Geld im Umlauf reduziert, 1,3 Mrd. Peso. Und jeden Monat wir mehr Geld aus dem Umlauf herausgeholt. Diese Maßnahmen die weiterhin allmählich umgesetzt werden, werden trotzdem

...  
Wir haben Maßnahmen getroffen zur Schaffung eines Landwirtschaftlichen Marktes, nicht nur der Kooperativen und der Staatlichen Betriebe, man kann dort frei verkaufen und auch kaufen, das ist ein Stimulus der Produktion. Wir haben Maßnahmen getroffen für eine Sanierung der Finanzen und hier möchte ich einen Augenblick darauf zurückkommen, was die Führung unserer Revolution unterstrich, in dem Moment in dem wir uns gemeinsam in dieser Situation sahen.

Die Entscheidung lautete: man mußte sich dieser Situation solidarisch herangehen. Man mußte sozialistisch herangehen. Diese Einschränkungen und Begrenzungen mußten von allen getragen werden. Daher wurden bei allem Mangel die Preise nicht freigegeben, auch nicht der Verkauf von Erzeugnissen. Es wurden keine Fabriken geschlossen, niemand blieb ohne Arbeit, keine Klinik wurde geschlossen, keine Schule. Der Staat hat die Kosten dieser Politik übernommen, damit alle diese Schwierigkeiten in Angriff nehmen, und nicht über ökonomische Anpassung sich von der

Bevölkerung nicht nur ein Teil sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen hätte.  
Man entschloß sich an die Schwierigkeiten so heranzugehen, ohne daß man die Folgen dieses Weges und dieser Maßnahmen vorher kennen konnte. Wir wußten, daß logischerweise die Beschäftigung und die Löhne beibehalten werden sollen und die Kaufkraft der Bevölkerung. Wobei aber die Produktion der Erzeugnisse zurückging und es zu einem Schwarzmarkt, einem Sekundären Markt kommen konnte, zu einer Anhäufung von Geldmitteln bei der Bevölkerung.

Wir kannten die Konsequenzen dieses Beschlusses. Heute sind wir uns bewußt, daß diese Entscheidung gerecht und richtig war. Es konnte innerhalb der Philosophie und Auffassung, der Natur und des sozialistischen Wesens unseres Revolutionären Prozesses nicht anders sein.

(Applaus)

Nun, in einem bestimmten Moment dieser periodo especial haben wir es für notwendig gehalten, Maßnahmen zu treffen um das Gleichgewicht der internen Finanzen wiederherzustellen. Wir tun das heute, nach-

immer garantieren die Möglichkeiten des Zugangs zu den Konsumgütern für die Bereiche, die das niedrigste Einkommen haben, damit die Bevölkerung diese Konsumgüter bekommen können, trotz der Maßnahmen.

Der Prozeß hat das als Bedingung, als Ziel, das man erreichen muß, simultan zu dem Gleichgewicht der Finanzen. Wir können sagen, daß man in diesem Bereich bereits einige positive Ergebnisse spüren kann. Im allgemeinen in der wirtschaftlichen Organisation des Landes werden Anstrengungen zu einer Umstrukturierung des Staatlichen Apparates unternommen. Nicht nur die Reduzierung von Ministerien und Arbeitskräften in den Ministerien, sondern das umfaßt auch eine größere Autorität für die Unternehmen hinsichtlich ihrer Leitung, bestimmte Verwaltungsaufgaben werden von den zentralen Behörden auf die Unternehmen übertragen. Sie erhalten größere Befugnisse, damit die Unternehmen auch Außenhandel betreiben können, um ihre Finanzen sanieren zu können.

Etwas was unternommen worden ist nicht als Kampagne, nicht als kurzfristiger Prozeß nicht als ein

in wenigen Tagen erreichbares Ziel, sondern ein geordneter Prozeß. Von Fall zu Fall werden die Maßnahmen getroffen, die notwendig sind, damit diese Maßnahmen Erfolg haben und ein Entwicklungsfaktor sind, und die Entwicklungen nicht zu einem Chaos führen.

Darüberhinaus sind unsere eigenen Kaderstrukturen auch vorbereitet sind, diesen Prozeß durchzuführen. In dieser Hinsicht wird auch hier eine wichtige permanente Arbeit geleistet

und wir werden diese Arbeit weiterhin leisten.

Wir können heute sagen, daß es in einigen wichtigen Bereichen der Wirtschaft, wie dem Tourismus, der Erdölförderung, auch insgesamt in der Industrieproduktion des Landes eine Wiederbelebung im Vergleich zum vergangenen Jahr gibt. Wir können jedoch nicht sagen, daß wir uns in einem Moment der Wiederbelebung unserer Wirtschaft befinden, wir sind in einem Moment der Überwindung von Hindernissen und Schwierigkeiten, so können wir sagen, davon können wir heute sprechen. Zwei unserer wichtigsten Einnahmebereiche, die Zucker- und die Nickelproduktion haben große Schläge erlitten und konnten bisher nicht wiederbelebt werden. Man arbeitet intensiv daran, heute sind die Perspektiven in der Nickelindustrie ganz anders, wir haben die Produktion noch nicht wieder aufgenommen. Wir haben trotzdem einen Markt, heute haben wir Investitionen in dieser Industrie, haben Wirtschaftsvereinigungen in der Nickelindustrie mit genügenden Garantien der Stabilität für diese Entwicklung. Für diesen wichtigen Bereich der Wirtschaft des Landes eröffnen sich Zukunftsperspektiven.

Einige weitere wichtige Produktionen wie Tabak, Zitrusfrüchte haben auch Investitionen bekommen, haben auch in wichtigen Beschlüssen Finanzierungen bekommen, die die Bedingungen für die weitere Entwicklung und Belebung schaffen. Wir hatten mehr als 300.000 t Zitrusfrüchte in die Sowjetunion exportiert, und das wurde reduziert auf praktisch null. Mit diesen Produkten jetzt auf den internationalen Markt zu gelangen, war nicht

leicht. Nicht nur aufgrund der Konkurrenz, sondern weil die Anforderungen für den Export auf den sozialistischen Markt niedriger waren. Jetzt sind die Anforderungen höher und darauf waren wir nicht vorbereitet, um diese Produkte auf den Weltmarkt zu bringen. Heute können wir sagen, daß wir 80.000 t auf diesen Markt exportieren, wir müssen noch viel tun, um diese Produktion zu erzielen. Der Zustand der Plantagen ... Aber man sieht auch einen offenen Weg zur Wiederbelebung.

So können wir sagen, daß neben den konkreten Ergebnissen in einigen Wirtschaftsbereichen, auch insgesamt in den letzten Jahren Bedingungen geschaffen worden sind, die es uns gestatten, optimistisch zu sein in bezug auf die Entwicklung anderer wichtiger Bereiche des Landes.

Es muß uns natürlich dabei immer bewußt sein, daß alle diese Anstrengungen dem Druck der USA ausgesetzt sind, unter den gegenwärtigen Bedingungen, unter denen sich unser Handel entwickelt und in dem sich auch die Investitionen im Lande entwickeln.

Ich will meinen Beitrag bei diesen beiden Themen belassen und ich möchte Ihnen unsere größte Genugung zum Ausdruck bringen unsere größte Freude, mit Ihnen diese Tage der Weltkonferenz der Solidarität zu teilen, diese Tage der Hoffnung, in dem Bewußtsein, daß Ihre Solidarität nicht nur eine Stimulierung der Revolution, sondern die Basis der Revolution, und daß diese Solidarität niemals untergehen wird.

(deutsche Fassung entsprechend Simultanübersetzung in Havanna)

## Shafik Handal, FMLN, El Salvador:

Genosse Fidel,  
Genossen des Präsidiums,  
Freunde aller hier auf diesem  
Treffen vertretenen Länder,

Cuba hat uns, den salvadorianischen Revolutionären ständige und integrale Solidarität geleistet, 12 Jahre lang revolutionäre Hilfe geleistet und auch vordem schon; wir haben weiterhin, auch nach Abschluß des Krieges, Tag für Tag Solidarität erhalten, heute noch gibt es Kriegsverletzte, die in Cuba den Beitrag der

Cubanischen Revolution für ihre Gesundheit spüren. Cuba hat uns geholfen,

es wäre bequemer gewesen für Cuba, diese Solidarität nicht zu üben sie hätten da weniger Probleme gehabt. Die Solidarität mit unserer Revolution ist eine sehr schwierige, die ihnen vom Imperium nicht verziehen werden.

Wir sind jetzt hierhergekommen, um unsere Solidarität mit Cuba auszudrücken, aber vor allem um für die Cubanische Solidarität vor

aller Welt zu danken. Auch uns wird jetzt angeraten, es nicht zu tun, es heißt, es ist besser für uns, das nicht zu tun, aber wir wollen es! Wir ziehen die Freundschaft zur Cubanischen Revolution vor und die Solidarität mit dieser Revolution. Wir wollen weiterhin Freud und Leid mit der Cubanischen Revolution teilen, alle Anstrengungen, alle Errungenschaften. Diese Tage hier in Havanna haben wir mit den uns bekannten führenden Genossen auf allen Ebenen gesprochen und uns begeistert ganz stark, wenn wir die große kreative Aktivität hier in Cuba feststellen können: in Cuba denkt jeder, wie

## Rede von Ricardo Alarcon de Quesada,

### Präsident der Nationalversammlung der Volksmacht, auf dem Welttreffen der Solidarität in Havanna

Genosse Fidel Castro,  
Genossinnen und Genossen,  
Freunde aus der ganzen Welt,

im September 1928 in der Bilanz des ersten Jahres der Zeitschrift „bauta“, warnte José Carlos Mariategui davor, daß der Sozialismus in Amerika eine Kopie, eine Nachahmung wird. Wir wollen, daß er ein heldenhaftes Schöpfer-tum entwickelt, wir müssen den Sozialismus in Amerika mit unserer eigenen Realität, in unserer eigenen Sprache lieben. Im einer Zeit, da alle aufrechten Lateinamerikaner, die ein freies, unabhängiges Indoamerika erhoffen, in dem die Gerechtigkeit herrscht, den 100. Geburtstag von Mariategui begehen, erinnern auch die Cubaner daran, daß wir all das in die Praxis umzusetzen, zu verwirklichen und zu verteidigen versuchen, was er vor mehreren Jahrzehnten uns, den lateinamerikanischen Revolutionären empfohlen hatte. Darüberhinaus erleben wir, wie er es voraus-sagte, eine Periode des Schöpfer-tums, des Heldentums, eine entscheidende Phase in der Geschichte unseres Volkes. Wir entscheiden nun über die Möglichkeit, daß der Sozialismus, indoamerikanischer Sozialismus - um diese Worte von ihm zu verwenden -, cubanischer Sozialismus, daß er nicht nur überlebt, nicht nur in dieser schwierigen Stunde gerettet werden kann, sondern daß wir mit dem Hel-dentum des ganzen Volkes unsere

schöpferische Fähigkeit unter Beweis stellen, um dieses Ziel im Verlauf der Geschichte zu gewährleisten.

Ich will meinen Beitrag an diesem Vormittag auf einen Punkt konzentrieren, auf bestimmte Aspekte der politischen Organisation der cubanischen Gesellschaft. Mit der Institutionalisierung unseres Landes oder, anders ausgedrückt, mit dem Thema der Demokratie unter Berücksichtigung, daß die Genossen Robaina und Lage in späteren Beiträgen weitere wichtige Punkte hinsichtlich der Lage in Cuba und seine Beziehungen mit der heutigen Welt ansprechen werden. Daher werde ich mich am besten auf dieses besondere Thema Demokratie beschränken.

Demokratie bedeutet, nach dem Wörterbuch unserer spanischen Sprache, ein politisches System, in dem sich das Volk an der Regierung beteiligt. Demokratie heißt, nach dem Ursprung des griechischen Wortes, die Autorität des Volkes. Die Machtausübung durch das Volk, die reale Beteiligung des Volkes an der Regierung, das ist im Verlauf der Menschheitsgeschichte ein Ziel für das gekämpft wurde und wird von Frauen und Männern dieser Erde. Das ist auch in neueren Zeiten ein Begriff, der benutzt, verfälscht und manipuliert wird, bestimmt nicht von jenen, die sich tatsächlich für die Demokratie interessieren, damit das Volk seine Autorität ausübt, nicht von jenen, die sich dafür einsetzen, daß das

Volk mitregiert und sich an der Regierung beteiligt.

Aus früheren geschichtlichen Etappen, ist deutlich geworden, daß diese Hoffnung auf eine Beteiligung aller an der Regierung, die Lösung der wichtigsten Frage der Ungleichheit von Männern und Frauen erfordert. Wahre Demokraten haben sich im Laufe der Geschichte der Menschheit vor allem um die Emanzipation des Menschen gekümmert, um die Beseitigung von Ungleichheiten, die verhindern, daß Autorität von allen ausgeübt wird. Mit dem Sieg der Revolution 1959 ist in Cuba unter anderem ein tiefgreifendes Abenteuer, ein ebenso lateinamerikanisches wie cubanisches Werk der Demokratie vollbracht worden. Dieser revolutionäre Prozeß ist seit seinem Beginn insbesondere gekennzeichnet durch die unmittelbare Beteiligung des Volkes in allen Kapiteln der Geschichte unserer Revolution. Es begann damit, daß dieses Volk, geführt von der Avantgarde, von dem Genossen Fidel Castro, aus der Sierra Maestra heraus dahingehend mobilisiert, geführt und organisiert wurde, Widerstand gegen Batista zu leisten, und schließlich mit der Ausrufung eines Generalstreiks, das ganze Land zum Stillstand brachte, um zu verhindern, daß diese Tyrannei nicht durch eine formaldemokratische Regierung ersetzt wurde, sondern von einer wahren, einer revolutionären Demokratie ersetzt werden sollte, von einem Volk, das zum ersten Mal in der Geschichte, und für immer eine Vorreiterrolle einnehmen konnte. Vom ersten Tag an, wenn wir diese 35 Jahre Revue passieren lassen, mit den wichtigsten Kapiteln des veränderten gesellschaftlichen und politischen

man weiter in die Zukunft schreiten kann.

Es stimmt daß die Cubanische Revolution schwere Augenblicke durchlebt, es ist auch wahr, daß die revolutionäre Linke Lateinamerikas und der ganzen Welt, auch eine schwere Zeit durchlebt. Aber wir fragen uns, wann sind die Zeiten denn für uns Revolutionäre leicht gewesen?

Es sind all die Hindernisse gewesen, die uns entwickelt haben; auch die Cubanische Revolution, die zu zweiten Mal, mit ihrer Kreativität, ohne den Weg zu verlassen, ihre Orientierung zu verlassen, ohne vom Sozialismus abzukommen, ihn statt-

dessen noch stärkt und weiterführt. Das ist ein Solidaritätsbeweis der Cubanischen Revolution uns allen gegenüber.

In dem Augenblick, in dem es schien, daß die Revolutionäre Linke glauben würde, hat die Cubanische Revolution erneut gesagt: Wir sind da!

Sie kämpft für uns alle auch! Und wir wollen, um d K zu bekräftigen, zu kämpfen für die Cubanische Revolution wie es sowohl unsere Pflicht ist, wie auch unser Recht, was noch wichtiger ist. Das bedeutet sie zu verteidigen in der heutigen Welt.

Die Zeit ist kurz und ich wurde gebeten, anderen Rednern nicht die Zeit zu stehlen und ich möchte zum

Schluß kommen mit den Worten, daß wir Genossen, die wir zum Generalstab der FMLN gehören - es sind fast alle hier - wir wollen von diesem Podium aus einen Gruß übermitteln zur Bekräftigung unserer Freundschaft, einen revolutionären Gruß. Im Namen von Lionel Gonzales, Roberto Llorca, Fernando Cienfuegos, Joaquin Villalobos und mir selbst.

Vielen Dank Fidel!  
Vielen Dank Genossen!  
Das ist unsere Stimme.

Werkes unseres Landes, mit den wichtigsten und großartigsten Seiten der Solidarität, den internationalistischen Aktionen der Cubanischen Revolution, werden wir feststellen können, wie in allen diesen Bereichen ausnahmslos die emanzipierten Massen, das emanzipierte Volk, das ganze Volk, eine Vorreiterrolle ausübte.

Seit dem ersten Tag des Sieges der Revolution hat sie es vermocht, die Bevölkerung zu organisieren, von Dorf zu Dorf, Stadtviertel zu Stadtviertel, Ecke zu Ecke, Haus zu Haus, um sich zu verteidigen gegen die Aggressionen, die Sabotageakte, die seit den ersten Tagen nach 1959 verübt wurden, und dieses heldenhafte Volk hat alles tapfer ertragen. Die Komitees zur Verteidigung der Revolution haben dabei eine entscheidende Rolle gespielt, eine wichtige Aufgabe in der Verteidigung, aber auch im Aufbau und der Entwicklung unserer Gesellschaft. Sie sind entstanden, als Ausdruck eines Volkes, das organisiert ist, um sich selbst zu verteidigen gegenüber denjenigen, die seit der ersten Stunde versuchten, den Cubanern diesen Sieg wegzunehmen, und uns die Formen der politischen und ökonomischen Vorherrschaft aufzuzwingen, die sie in der ganzen Welt anwenden wollen: die sogenannte „Demokratie“.

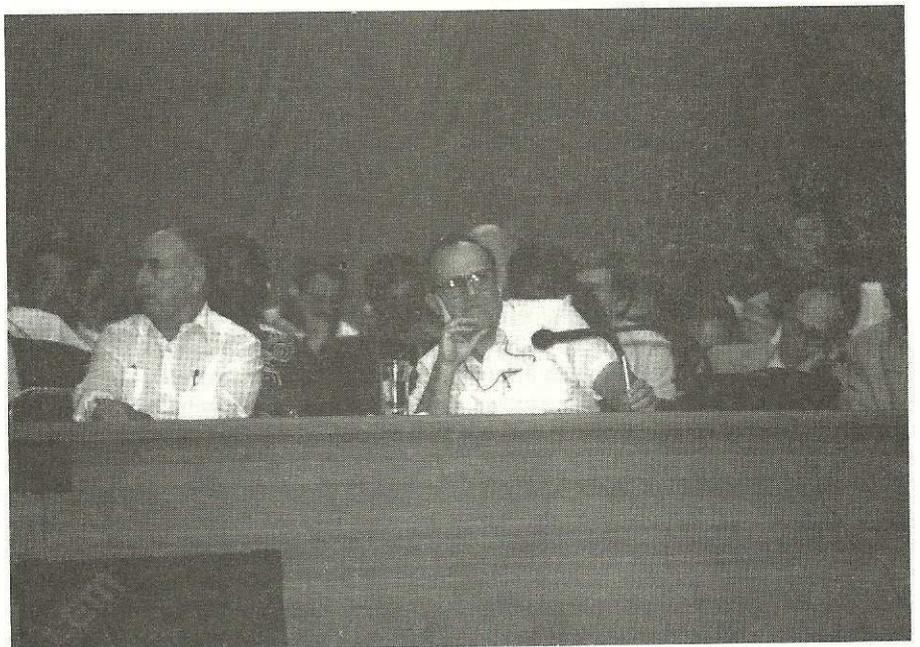
Aber seit den frühen Zeiten der Revolution bestehen die Cubaner bis heute auf diesen sozialen Errungenschaften. Wir sind bereit und entschlossen, diese Errungenschaften um jeden Preis zu retten. Das sind Errungenschaften, die das Volk mit seinen Händen geschaffen und aufgebaut hat. Wir erinnern an die tiefgreifende Revolution im Bildungswesen, die mit der Alphabetisierungskampagne begann, bei der unsere Jugendlichen, unsere Arbeiter, alle Bürger, sich in Lehrer verwandelten und tausenden unserer Landsleute das Lesen und Schreiben beibrachten, die aufgrund der Unterentwicklung Analphabeten waren. Wenn wir an die großen Errungenschaften unseres Landes im Gesundheitswesen denken, so sind wir ein Land das heute behaupten kann, daß trotz aller Schwierigkeiten, obwohl dieser Bereich auch bedroht und beeinträchtigt wird durch die kriminelle Blockade, die jetzt verschärft wird, trotz aller dieser Schwierigkeiten und Hindernisse können die Cubaner heute sagen: Wir haben einen Traum verwirklicht, ein für viele Menschen unerreichbares Ziel, die in dem Land,

das uns blockiert, schlechter als wir leben. Trotz all unserer Schwierigkeiten verteidigen die Cubaner ihr Recht, auch was das System des Gesundheitswesens anbelangt, das unentgeltlich ist, und von dem niemand ausgeschlossen wird. Es erfaßt die alle Einwohner dieses Landes, seien sie seine Bürger oder Brüder und Schwestern aus anderen Ländern, die unter uns leben, Ausländer genannt. Ein System das auch deren Kindern nicht bekämpft, indem man die Türen der Krankenhäuser vor ihnen verschließt. Ein System, das nicht für Millionen von Menschen die Versorgung mit den grundlegendsten Medikamenten verhindert, abgeschafft hat. (Anspielungen auf das dementsprechende neue Gesetz in Californien. MS) Aber das sind Errungenschaften der Cubanischen Revolution. So auch die umfassende Durchführung von landesweiten Impfkampagnen, die es ermöglicht haben, daß bei uns seit einiger Zeit mehrere schwere Krankheiten nicht mehr auftreten, die in vielen der sogenannten „demokratischen“ Gesellschaften den Tod für viele Kinder bringen. Diese massiven Impfkampagnen machten jeden daran Beteiligten zu einem Hilfswerkzeug für andere und wir halfen uns gegenseitig, um diese Errungenschaften über das ganze Land zu verbreiten.

Wenn wir an die Entwicklung einer neuen Volkskultur denken, die sich widerspiegelt in den Millionen von Büchern, die in Cuba publiziert worden sind, die es nicht nur in den Buchhandlungen, den Bibliotheken der Hauptstadt gab und gibt, sondern die bis in den letzten Winkel unserer Ber-

ge und Täler gelangt sind, denken wir auch an die künstlerischen Bewegungen, Laienkünstler, Kursleiter und Kunstlehrer, die dazu beigetragen haben. Unser Land, das belagert ist, wie Genosse Corrieri in seinem Beitrag sagte, hat gerade das 14. Ballettfestival durchgeführt, alle Teilnehmer konnten in diesem Theater alle möglichen Gruppen sehen, bestehend aus Jugendlichen oder altersgemischt, die in diesem Land zur Zeit diese Kunstform betreiben, die in anderen Ländern nur das Recht einer Elite ist. Beispielsweise die Sparte des Klassischen Ballett wird vom Volk betrieben. Bald wird dieses Land und seine Hauptstadt auch Veranstaltungsort eines Filmfestivals sein. Trotz aller unserer Schwierigkeiten bleibt unser Volk standhaft und behält nicht nur sein politisches System, sondern auch seine sozialen und kulturellen Errungenschaften, weil sich dieses emanzipierte Volk von anfang an einem reichen kulturellen Leben beteiligte.

Wenn wir an die Verteidigung der Cubanischen Revolution denken, und daran wie sich diese Revolution vom ersten Tag an mit den militärischen und den anderen Aggressionen ihrer Gegner auseinandersetzte, so geschah das nicht durch die Stärke einer Berufsarmee, wie das von vielen Nachbarländern bekannt ist. Armeen, die in Kasernen leben, weit entfernt von ihrem Volk sind sie dazu da, die Völker zu unterdrücken. Die Revolutionären Streitkräfte dagegen bilden vom ersten Tag an die Avantgarde eines Volkes, das sich als Ganzes selbst organisiert um seine Verteidigung in die eigenen Hände zu nehmen.



# Abschlußerklärung der Weltkonferenz der Cubasolidarität

## Grundvereinbarungen des Ersten Weltkongresses der Solidarität mit Cuba



In der Stadt Havanna sind vom 21. bis 25. November 1994 insgesamt 3.039 TeilnehmerInnen aus 108 Ländern in 5 Kontinenten zusammengetroffen, die an der Weltkonferenz der Cubasolidarität teilnehmen. Wir erklären, daß die Verteidigung von Cubas souveränem Recht, sich ohne Einmischungen einem Ziel zu widmen, das mit seinen Bedürfnissen und seiner historischen Entwicklung übereinstimmt, auch das Recht darauf beinhaltet, eine eigene Wahl seines Weges zu treffen, angesichts der politischen und ökonomischen Dogmen, die weltweit auferlegt werden.

In den Arbeitstagen und im direkten Kontakt mit dem Volk haben wir einmal mehr festgestellt, daß, während Cuba die Möglichkeit den freien Handels mit der übrigen Welt verwehrt ist, während seine Anstrengungen zum Wiederaufbau seiner Wirtschaft behindert werden, die cubanische Wirklichkeit in einer unvergleichbaren Propagandakampagne systematisch falsch dargestellt und verzerrt wird. Wir haben mit eigenen Augen die grausamen Auswirkungen der Blockade auf das Leben des Cubanischen Volkes wahrgenommen und fordern daher von der Regierung der Vereinigten Staaten, auf den Protest weiter Bereiche der öffentlichen Meinung in der Welt, sowie auf die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu hören und diese ungerechtfertigte Maßnahme zu beenden, die seit mehr als dreißig Jahren andauert. Wir konnten überdies den Geist und den Willen zum Widerstand des Cubanischen Volkes feststellen, sowie seine Entschlossenheit, die erreichten sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Wir kehren zurück in unsere Länder, mehr denn je überzeugt von der Not-

wendigkeit, uns weiterhin für die cubanische Sache einzusetzen.

In den nächsten Tagen wird Cuba, blockiert und verleumdet, nicht auf dem Gipfeltreffen vertreten sein, das in Miami von der Regierung der USA einberufen wurde. Die Gastgeber fürchten es wegen seiner stolzen Stimme, die die Vergessenen, die Ausgeplünderten, die Ausgegrenzten und die Schwachen vertritt. Aber Cuba steht nicht allein, das beweist dieser Kongreß, an dem nur ein Teil der enormen Fülle von Menschen teilnimmt, die wir uns in allen Teilen der Erde an die Seite dieses würdevollen Volkes stellen.

Unser Weltkongreß der Cubasolidarität hat stattgefunden, während in ganz Cuba und in Lateinamerika die Vorbereitungen getroffen werden für den Jahrestag von José Martí Tod im Kampf. Martí erkannte immer die große Bedeutung, die die cubanischen Unabhängigkeitskämpfe auch für das Ziel besaßen, das er „Unser Amerika“ nannte, sowie für die „Ausgeglichenheit der Welt“. In diesen Tagen eröffnet sich uns die Prophezeiung Martí in all ihrer Tiefe und Größe. „Wer sich heute an der Seite Cubas erhebt, wird sich für alle Zeiten erheben“.

### Die Blockade gegen Cuba muß beendet werden!

Das unveräußerliche Recht des Cubanischen Volkes, seine Zukunft aufzubauen, muß respektiert werden!

1. 1995 als Internationales José-Martí-Jahr und Jahr des Kampfes gegen die Blockade zu erklären.

2. Zum 19. Mai, dem Jahrestag von José-Martí Tod im Kampf, einen Martí-Tag zu Ehren dieses cubanischen Nationalhelden durchzuführen. Dieser Tag wird mit Aktionen unterschiedlicher Art begangen, die durchgeführt werden entsprechend den Initiativen der Solidaritätsbewegungen in jedem Land.

3. Die nationalen und regionalen Treffen der Cubasolidarität unter Beteiligung aller Kräfte und Gruppen, die sich für die Freundschaft mit Cuba einsetzen, fortzusetzen und zu verbessern.

4. Gegen den Ausschluß Cubas aus dem kontinentalen Gipfel in Miami zu protestieren, der von den Vereinigten Staaten einberufen wurde.

5. Die Kampagnen zur materiellen und ökonomischen Unterstützung Cubas fortzuführen und zu steigern, als Ausdruck der Solidarität mit Cuba.

6. Sich für das Anwachsen der Solidaritätsbewegung einzusetzen, die alle nur möglichen Bereiche jeder Art von Solidarität einschließt, den gegenseitigen Austausch zu fördern, sowie die Besuche in Cuba, den Tourismus und die Investitionen in unsere Wirtschaft.

7. Den 10. Oktober, Tag des Beginns des revolutionären Kampfes des Cubanischen Volkes, als Weltweiten Tag der Solidarität mit Cuba zu proklamieren.

8. Alle Blockaden, die im Interesse der Weltmächte Druck auf Länder in der Entwicklung ausüben zu ächten.

9. Gegen jegliche Verleumdungskampagnen gegen Cuba aufzutreten.

# Das Recht der Völker auf soziale Entwicklung

OSPAAAL-Kongreß in Havanna, 18. bis 20.11.94



## EL DERECHO DE LOS PUEBLOS AL DESARROLLO SOCIAL

LA HABANA, 18 AL 20 DE NOVIEMBRE DE 1994



OSPAAAL

**W**as ist OSPAAAL? Eine Organisation, die der Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gewidmet ist. Ihre Gründung wurde beschlossen auf der Ersten Trikontinentalen Konferenz in Havanna, im Januar 1966. Ihr Sitz wurde eingerichtet in der gastgebenden cubanischen Hauptstadt. Dort arbeitet auch ein Sekretariat, das aus Repräsentanten von Organisationen und Bewegungen aus den drei Kontinenten gebildet wurde. Zwölf Nationen sind darin vertreten.

Die Nicht-Regierungsorganisation OSPAAAL tritt ein für das Recht auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit, ethno-kulturelles Selbstbewußtsein und Würde sowie soziale Entwicklung für alle Völker und fordert alle notwendigen Grundvoraussetzungen für eine gerechte Verteilung des Reichtums, für sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze, für ein umfassendes Erziehungs- und Gesundheitswesen, für ein würdiges Leben und eine unbelastete Umwelt.

Afrika, Asien, Lateinamerika, alle drei sind Kontinente, die jahrhunder-

telange koloniale Ausbeutung durchlitten haben und auch heute von den entwickelten Metropolen politisch, wirtschaftlich und sozial als Verfügungsmasse betrachtet werden. Ausgebeutet von einem rigorosen Weltmarkt, der ihnen eine ständig wachsende Schuldenlast auferlegt, ihnen diktiert, mit Monokulturen ihre Böden auszulaugen und gleichzeitig die Basis einer nationalen Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln aufzugeben. Durch Ex- und Importzwänge innerhalb der derzeitigen unipolaren Weltordnung auch politisch erpressbar und

in zunehmendem Maße soziales Experimentierfeld, von verordneten Kampagnen zur Geburtenreduzierung bis hin zur Erprobung von Arzneimitteln. Bei allen kulturellen und politischen Unterschieden in ihrer jeweiligen historischen Entwicklung schaffen diese Bedingungen gegenwärtig mehr und mehr Parallelen, die in den Ländern dieser drei Kontinente zutage treten.

Dies waren einige Gesichtspunkte, die bereits im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung mehrfach angeschnitten wurden. Remigio Ruiz Vergara, der die Einführungsrede im Namen von OSPAAAL hielt, ging insbesondere darauf ein, daß gegenwärtig in einer Epoche der weltweiten Krise die neoliberale Politik in Verbindung mit einem aggressiven Interventionismus dafür verantwortlich ist, daß ein Fünftel der Weltbevölkerung in extremer Armut lebt.

Josefine Gilao, Ministerin aus Guinea, führte weiter aus, daß der afrikanische Kontinent wohl am meisten zu erleiden hat. Die Lebensbedingungen haben sich in den letzten Jahren beständig verschlechtert und sind 1996 im Durchschnitt schlechter als 1980! 50% der AfrikanerInnen haben nicht einmal sauberes Trinkwasser zur Verfügung. Viele Neugeborene überleben nicht einmal die ersten beiden Lebenswochen. Josefine Gilao unterstrich, daß es ein legitimes Recht der Völker ist, für ihre Entwicklung zu kämpfen, und wertete die stattfindende Konferenz als einen wichtigen Beitrag dazu.

Auch Li Van Sao, Vietnam, unterstrich die Bedeutung der OSPAAAL-Konferenz. Er erinnerte an Ho Chi Minh und trug ein Zitat vor, daß alle Menschen gleich geboren seien und das Recht hätten, frei und glücklich zu sein. Über sein Land berichtete er, daß es in eine neue Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung getreten sei, um den Hunger zu besiegen, obgleich der Untergang des sozialistischen Staatensystems in Osteuropa auch für Vietnam große Probleme gebracht hatte. Li Van Sao begrüßte die Anstrengungen von OSPAAAL und würdigte die Leistungen des Cubanischen Volkes. Er verurteilte die US-Blockade und deren Verschärfungen und forderte deren sofortige Beendigung. Das Recht auf soziale Entwicklung muß immer verbunden sein mit der Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Abel Prieto, Präsident des Cubanischen KünstlerInnenverbandes sprach in seinem Beitrag von den zunehmenden Desinformationskampagnen der

Massenmedien in wichtigen Fragen, die durchaus nicht nur Cuba betreffen, sondern auch die übrigen der weniger entwickelten Länder. Die größten Feinde der Menschheit handelten im Namen von „Freiheit und Demokratie“. Er betonte daß Cuba als Symbol stehe, für das Recht der Völker, ihre eigene Zukunft zu gestalten.

Das zentrale Thema „Das Recht der Völker auf Soziale Entwicklung“ wurde in folgende Gesichtspunkte aufgliedert und in drei Arbeitsgruppen debattiert, wobei jede der drei Kommissionen zwei verschiedene Themenbereiche bearbeitete:

1. Die Verteidigung des Rechtes auf Entwicklung und auf sozialen Fortschritt als grundlegendes Menschenrecht.
2. Die Neue Weltordnung und das neo-liberale Modell als koloniale bzw. neokoloniale Zwänge im Gegensatz zu dem Recht der Völker auf soziale Entwicklung.
3. Die Verteidigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit; soziale Entwicklung und Frieden.
4. Das Recht auf produktive Beschäftigung, auf Land und Schutz der Umwelt als Bedingungen und Garantien für eine nachhaltige Wirtschafts- und Sozialentwicklung der Völker; der Kampf gegen die Armut.
5. Bildung und Gesundheit als unabdingbare Voraussetzungen eines jeden echten Entwicklungsprozesses.
6. Soziale Entwicklung und Verteidigung der Forderungen der Urbewölkerung und anderer marginalisierter und benachteiligter sozialer Gruppen.

In den Diskussionen wurde eine Fülle von interessanten Darstellungen gegeben die meist auch in konkrete Forderungen und Handlungsvorschläge mündeten. Stark gewichtet wurde das Recht der Völker zum Kampf um die ihnen vorenthaltenen Rechte, u.a. auf soziale Entwicklung. Es wurde dabei betont, daß Entwicklung nicht nur von Technologie abhängt und die Respektierung der sozialen und politischen Selbstbestimmung der Staaten dem Rechnung tragen muß. Den Kampf gegen die Armut zu führen, bedeutet, ihre Ursachen zu bekämpfen. Einen Beitrag dazu würde eine umfassendere Süd-Süd-Kooperation leisten, da die imperialistische Dominanz über die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nur deren Verelendung vertieft.

Beeindruckend war in den Redebeiträgen immer wieder die klare Analyse der vielfältigen Probleme und die Überzeugung, daß eine end-

gültige Lösung nicht innerhalb des kapitalistischen Systems zu erwarten ist, daß die imperialistischen Kräfte vielmehr mitsamt ihren Unterdrückungswerkzeugen IWF und Weltbank freiwillig nichts von ihrer Macht abgeben werden.

Mehrfach wurde die entscheidende Rolle der Frauen angesprochen, die ja beispielsweise einen entscheidenden Beitrag im Bereich von Bildung und Erziehung leistet, da ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen nur wenige Jahre die Möglichkeit hat, eine Schule zu besuchen. Für das Fortbestehen und die Erweiterung der bestehenden Einrichtungen des Bildungswesens ist entschieden einzutreten. Dieser Aufgabe stellen sich auch die NGOs.

Überhaupt wollen die NGOs anläßlich des UN-Gipfeltreffens in Kopenhagen zum Thema „Soziale Entwicklung“ vom 6. bis 12. März 1995 sich stärker als bisher zum Sprachrohr der geschundenen Völker machen. Erwartet wird in Kopenhagen auch ein Auftreten u.a. von Nelson Mandela und Fidel Castro. Es wird bereits ein NGO-Forum, als Gegengewicht zu dem offiziellen Treffen, vorbereitet, auf dem vom 5. bis zum 12. März durch Veranstaltungen, Ausstellungen, Diskussionen, und Informationsangebote aller Art die Kritik an der herrschenden Ausplünderung der Völker mittels des Neoliberalismus zum Ausdruck gebracht werden wird. Dort sollen möglichst viele der Betroffenen selber zu Wort kommen. Daher fand gerade auch bei der OSPAAAL-Konferenz die Vorbereitung auf das NGO-Forum, z.B. mit welchen Forderungen tritt man dort auf, große Resonanz. Da in Havanna eine ganze Reihe von NGO-VertreterInnen anwesend war, bestand Übereinstimmung darin, daß man die Ergebnisse der Konferenz einbringen würde in Kopenhagen, unter besonderer Betonung der Verurteilung der Blockade gegen Cuba.

Am letzten Konferenztag wurden die Arbeitsergebnisse der Kommissionen schließlich zusammengetragen und eine Abschlusserklärung verabschiedet - die wir ebenfalls veröffentlichen - die auch als inhaltliche Basis für Kopenhagen gedacht ist.

Von den etwa 500 Delegierten wurden nahezu alle lateinamerikanischen Länder repräsentiert, aber auch Afrika und Asien waren stark vertreten. Etwa ein Drittel kam aus den entwickelten europäischen Ländern, auch aus Canada waren Delegierte anwesend. Diese Zusammensetzung

bildete durchaus ein Novum, da OSPAAAL sich in erster Linie als Mittler und Kulminationspunkt der drei Kontinente untereinander versteht. Dies brachte beispielsweise die viele Jahre in Cuba mehrsprachig herausgegebene OSPAAAL-Broschüre „Tricontinental“ - die in der *Periodico especial* vor drei Jahren eingestellt werden mußte - als Forum der inhaltlichen Debatte zu Positionen in Lateinamerika, Afrika und Asien zum Ausdruck.

Der diesjährige Kongreß sollte jedoch bewußt auch die fortschrittlichen Kräfte der Industrieländer ansprechen, um von dieser Seite ebenfalls politische und vor allem materielle Unterstützung zu bekommen. Konkrete Schritte kamen in dieser Richtung bereits zustande: So knüpfte Jaime Ballestré aus Spanien Kontakte für die Durchführung einer internationalen Aktion/Konferenz gegen die Blockade. Nicht ausschließlich gegen die Blockade der USA gegen Cuba, sondern prinzipiell gegen Blockaden als Unterdrückungsinstrument gegen Länder in der Entwicklung wie Libyen oder auch Irak.

Die VertreterInnen der italienischen Solidaritätsbewegung prüfen derzeit, wie sie die Finanzierung einer neuen Ausgabe von „Tricontinental“ decken können, die bis zum NGO-Forum in Kopenhagen erstellt werden soll. Über die Bedeutung dieser Zeitschrift, nicht nur zur Förderung der politischen Debatte, sondern auch als notwendiges Medium zum Informations- und Erfahrungsaustausch äußerte sich Remigio Ruiz Vergara in dem ebenfalls in der *Cuba Libre* veröffentlichten Interview. Angestrebt wird wieder ein regelmäßiges Erscheinen, nicht zuletzt, um den betriebenen Desinformationskampagnen besser entgegentreten zu können.

Auch in der BRD sollten die Kräfte aus den verschiedenen Spektren der Solidaritätsbewegung und der Linken sich überlegen, in welcher Form eine Unterstützung geleistet werden könnte und inwieweit eine gemeinsame Beteiligung an diesem Projekt nicht auch hierzulande beitragen würde unsere Kräfte zu bündeln. Immerhin war die Trikont-Veranstaltung der beiden Freundschaftsgesellschaften BRD-Vietnam und BRD-Cuba im Juni dieses Jahres ein erster erfolgreicher Schritt in diese Richtung.

## Internationaler Kongreß „Das Recht der Völker auf Soziale Entwicklung“

# Abschlußerklärung

Foto: M. Schweinesbein



Wir, die TeilnehmerInnen des Internationalen Kongresses „Das Recht der Völker auf Soziale Entwicklung“, der einberufen wurde durch das Exekutiv-Sekretariat der Organisation der Solidarität der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (OSPAAAL), welcher in Havanna, Cuba, vom 18. bis 20. November 1994 stattfand, erklären:

- Wir klagen die Dramatik der ökonomischen und sozialen Probleme an, die die Bevölkerung der weniger entwickelten Nationen als Folge von Unterentwicklung und Rückständigkeit belasten. Diese Probleme rühren aus ihrer kolonialen und neokolonialen Vergangenheit her, sowie aus den heutigen Konsequenzen der Anwendung ungerechter politischer Maßnahmen oder Anpassungsmaßnahmen, die ihnen durch internationale Organisationen des Finanzkapitals auferlegt wurden, die ihrerseits kontrolliert werden durch die industrialisierten Länder. Sie rühren ebenfalls her aus deren Schritten, eine Neue Weltordnung einzurichten, die im Gegensatz steht zu den Interessen und Hoffnungen der weniger entwickelten Länder.

- Wir weisen darauf hin, daß es eine äußerst erbitternde Tatsache ist, daß in einer Welt, in der bemerkens-

werte Produktivitätsfortschritte erzielt wurden, und die wissenschaftlich-technischen und medizinisch-gesundheitlichen Kapazitäten geschaffen sind, die Grundbedürfnisse der Weltbevölkerung zu befriedigen, trotzdem mehr als 1,2 Milliarden Menschen in Armut leben, 550 Millionen Hunger leiden, 900 Millionen arbeitslos sind oder geringfügig beschäftigt, 1,5 Millionen kein sauberes Trinkwasser zur Verfügung haben, 1 Milliarde Analphabeten sind und 1,5 Millionen nicht einmal elementare Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen können.

- Wir stimmen überein darin, daß die Soziale Entwicklung ein fundamentales und dringliches Ziel darstellt, angesichts der zu beobachtenden enormen Rückschläge in der sozio-ökonomischen Situation in der weniger entwickelten Welt; ein Prozeß, der zu einer Vertiefung der Kluft zwischen dem Norden und dem Süden geführt hat.

- Wir erklären in diesem Sinne, daß das Recht auf Entwicklung als ein Grundrecht der Menschen verstanden werden muß.

- Wir bekräftigen nochmals, daß zur Verwirklichung der sozialen Entwicklung politische Maßnahmen

ergriffen werden müssen, die einen Erfolg der ökonomischen Entwicklung im nationalen wie im internationalen Rahmen begünstigen. Bevorzugt solche, die darauf gerichtet sind, eine Lösung hinsichtlich der drückenden Last der Auslandsverschuldung der Dritten Welt zu erreichen, die sich auf eine Gesamtsumme von 1,8 Billionen Dollar beläuft und riesige Finanzmittel schluckt, die für das eigentliche Ziel verwendet werden könnten.

- Wir lehnen die Vorgehensweisen der führenden Weltmächte im ökonomischen, Handels- und Finanzbereich ab, die durchgeführt werden, um die Anstrengungen der weniger entwickelten Länder hinsichtlich ihrer ökonomischen und sozialen Entwicklung zu erschweren. Ebenso lehnen wir die Aktionen der transnationalen Konzerne ab, die erbarmungslos die Bodenschätze und die übrigen ökonomischen Potenzen unserer Länder ausbeuten und außerdem die Schädigung der Umwelt verursachen.

- Wir lehnen aufs schärfste die ökonomischen, Handels- und Finanzblockaden ab, die von den imperialistischen Mächten verhängt worden sind und als politische Waffe gegen die Völker eingesetzt werden; sie stellen ein Verbrechen gegen die Menschheit dar. Gleichzeitig lehnen wir die Ausweitung der durch die Geberländer und multilateralen Organe auferlegten Bedingungen ab, die den bedürftigen Ländern für den Erhalt von Finanzmitteln gestellt werden.

- Wir bekräftigen das Recht aller Länder, insbesondere auch der weniger entwickelten, in einem internationalen Gefüge zu leben, das gekennzeichnet ist, durch ein Klima des Friedens, der Achtung vor der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit, in dem die Möglichkeit erwächst, daß die Völker frei ihre sozialen und politischen Ordnungen wählen, wie sie diese als angemessen einschätzen. Dies alles sind Voraussetzungen, um eine soziale Entwicklung zu erreichen.

- Wir verurteilen die imperialistischen Militäraktionen und andere deartige Angriffe gegen Länder des Südens, lehnen kategorisch die Argumente und Begründungen ab, mit denen sie gerechtfertigt werden sollen und treten für die Suche nach gerechten und friedlichen Verhandlungslösungen in allen regionalen, bilateralen

und inneren Konflikten ein, Grundlagen für die Erlangung einer sozialen Entwicklung in den betroffenen Ländern.

Wir erklären entschieden unseren Widerstand gegenüber der Aufrechterhaltung neoliberaler Politik, die die strukturellen Deformationen in unseren Volkswirtschaften verstärkt haben und schwerwiegende Rückschläge in der sozialökonomischen und politischen Situation unserer Völker hervorgerufen hat.

Wir sind der Meinung, daß jedes Land das Recht hat, seine eigenen Strategien und politischen Maßnahmen hinsichtlich der sozialen Entwicklung zu entwerfen, angepaßt an die nationalen Besonderheiten. Wir fordern die Beendigung der derzeitigen Absichten des Nordens oder der Internationalen Organe, über die Art der politischen ökonomischen und sozialen Strategien zu bestimmen, sowie über die politischen und kulturellen Vorgehensweisen, die anzuwenden sind. Gleichermaßen fordern wir die Demokratisierung der Vereinten Nationen, ihres Sicherheitsrates und ihrer weiteren Organe und Abteilungen.

Wir bestehen darauf, daß das Ziel der Sozialen Entwicklung eine Herausforderung darstellt, die von der ganzen Menschheit gemeistert werden muß. Daher ist es notwendig, Schritte zu unternehmen, um ein erneuertes Klima der Zusammenarbeit und internationalen Solidarität zu schaffen, das sich ausdrückt in der Erhöhung der notwendigen finanziellen Unterstützung aus den entwickelten Ländern für die Maßnahmen zur sozialen Entwicklung der weniger entwickelten Länder. Dieses Forum teilt und unterstützt die Forderung, daß die Industriestaaten die Richtlinie erfüllen, 0,7% ihres Bruttosozialprodukts als offizielle Hilfe zur Entwicklung beizutragen.

Wir betonen, daß die Beendigung der Ost-West-Konfrontation und das verkündete Ende des sogenannten „Kalten Krieges“ wichtige Grundlagen eröffnet für die Reduzierung der Militärausgaben und daher fordern wir, daß ein Teil dieser freigewordenen Mittel für die soziale Entwicklung insbesondere in den weniger entwickelten Ländern zur Verfügung gestellt wird.

Wir schätzen ein, daß die soziale Entwicklung eine komplexe Erscheinung mit vielen Facetten ist, sowohl im Weltmaßstab, wie in jedem einzelnen Land. Sie erfordert die Vereinigung der Anstrengungen von Regierungen,

Volksorganisationen, den NGOs und der gesamten Bevölkerung.

Wir unterstützen die Erklärungen, die auf verschiedenen internationalen Kongressen und Versammlungen getroffen wurden im Hinblick auf die Betonung der bedeutenden Rolle der Frauen in der sozialen Entwicklung.

Wir sind überzeugt, daß die verfolgte Soziale Entwicklung vorgenommen werden muß, unter Beachtung des Umweltschutzes und der Ökologie und es muß ebenso dafür gesorgt werden, daß keinesfalls die Befriedigung der Bedürfnisse und die Lebensbedingungen der künftigen Generationen gefährdet werden.

Wir glauben, daß die soziale Entwicklung als prioritäres Ziel zunächst die Verringerung der Armut und später deren Beseitigung in Angriff nehmen sollte, von der weite Teile der Weltbevölkerung betroffen sind. Dafür müssen Strategien entwickelt werden, die die Besonderheiten der sozialökonomischen Probleme eines jeden Landes berücksichtigen und die vordringlich den empfindlichsten Sektoren Aufmerksamkeit schenken. Wir stimmen darin überein, daß die international geleisteten Anstrengungen, um die Geißel der Armut zu bekämpfen, auch gemeinsame und übereinstimmende Aktionen beinhalten müssen, um die gegenwärtige Kriminalitäts- und Verbrechensrate zu begrenzen und zu reduzieren.

Wir meinen, daß eine andere wichtige Maßnahme zur Erlangung Sozialer Entwicklung in der Schaffung von Bedingungen besteht, die die produk-

tive Beschäftigung der riesigen Arbeitslosenheere und geringfügig Beschäftigten ermöglicht, die es in der weniger entwickelten Welt gibt. Diese Situation stellt eine unglaubliche Vergeudung produktiver Kapazitäten dar. So aber werden die Grundlagen geschaffen, um die Fortdauer und die Ausweitung der Armut zu verhindern.

Wir sind der Ansicht, daß die zum Zwecke der Sozialen Entwicklung gemachten Anstrengungen, vorrangig der Deckung Bedürfnisse im Bildungs-Gesundheits- und Wohnungssektor zugute kommen müssen, entsprechend der Bedeutung dieser Bereiche zur Beendigung der Armut und zu einer möglichst angepassten Nutzung der produktiven Kapazitäten in der Bevölkerung. Ziel ist die Integration unserer Gesellschaften, sowie die Erzielung höherer Wachstumsraten.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Soziale Entwicklung niemals umkehrbar sein wird, wenn man Mittel einsetzt, die gerichtet sind auf eine vollständige Einbeziehung aller Sektoren und sozialen Gruppen hinsichtlich dieses Zieles, so daß alle Ungleichheiten und Benachteiligungen aufgrund von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und Rasse überwunden werden, sowie andere Einflüsse, die die soziale Integration gefährden und nicht beitragen zu einer angemessenen ökonomischen und sozialen Entwicklung unserer Staaten.

(AdSp.MS)



Foto: M.Schweinesbein

# Interview mit Remigio Ruíz Vergara, Director político, OSPAAAL Havanna



Im Vorfeld der OSPAAAL-Tagung über „Das Recht der Völker auf Soziale Entwicklung“, fand Remigio Ruíz dankenswerterweise die Zeit, für die Cuba Libre einiges über die Ziele dieser Organisation zu erläutern. Das Gespräch führte Marianne Schweinesbein.

**Frage:** Seit wann gibt es die Organisation OSPAAAL und was vertritt sie?

**Remigio:** Die Organisation der Solidarität der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gründete sich im Januar 1966, also vor etwa 29 Jahren. Im Januar 1996, in einem Jahr und zwei Monaten also, wird das OSPAAAL seinen dreißigsten Jahrestag begehen. Das bedeutet, daß die Organisation schon eine ausreichende Lebensdauer hat, man kann sagen, sie ist voll entwickelt. Und dieser Organismus ist noch jung, ist stark, hat sich entfaltet. In diesen ca. 30 Jahren, die das OSPAAAL besteht, war seine hauptsächliche, seine grundlegende Aufgabe dem Ziel gewidmet, Solidarität für die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu entwickeln.

In diesem Sinne ist OSPAAAL seinen Grundprinzipien treu geblieben, die sich ganz entscheidend ausdrücken in einem konsequenten Antiimperialismus, Antikolonialismus, Antineokolonialismus und insbesondere Antineoliberalismus. Der Neoliberalismus ist die neue Form, in die die imperialistische Politik die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker gekleidet hat. OSPAAAL hat wirklich sehr nachdrücklich und zuverlässig diese Grundsätze verteidigt und hat schon dazu beigetragen, daß so schwierige Ziele wie der Sieg in Vietnam gegen die nordamerikanische Aggression und die Wiedervereinigung des ganzen vietnamesischen Volkes Realität geworden sind.

Auch kämpfte OSPAAAL entschieden gegen die Apartheid. Aus diesem Grund wurde insbesondere der Com-

panero Mandela mit der OSPAAAL-Medaille ausgezeichnet. Er ist der einzige Staatschef, der mit dieser Medaille - „Mahdi Ben Barka - Medaille“, nach einer großartigen revolutionären Persönlichkeit benannt - ausgezeichnet wurde.

Schließlich trug OSPAAAL auch eine Menge bei zur Befreiung der Völker, den bewaffneten Volksbefreiungskampf eingeschlossen und den Kampf gegen den Kolonialismus in Afrika, für die Befreiung der Kolonien, die sich der Imperialismus in Afrika hielt. Vor allem als sich die ehemals portugiesischen Kolonien befreiten, rief dies eine breite Solidarität seitens OSPAAAL hervor. Und alle derartigen Entwicklungen in Lateinamerika, in Zentralamerika, der Kampf in Niakaragua und El Salvador, sie alle wurden zeitweise von der schnellen und kämpferischen Solidarität unterstützt, die von OSPAAAL geschickt wurde.

**Frage:** Welche konkreten Ziele hat OSPAAAL in der heutigen Zeit?

**Remigio:** Nun, die Welt hat sich weiterentwickelt, die Zeiten haben sich geändert und es stellen sich heute andersgeartete Aufgaben, entsprechend der Veränderung, die das Verhältnis der politischen und sozialen Kräfte in der Welt erfahren hat. Denn die Prozesse, die man in den sechziger, den siebziger und den achziger Jahren verteidigt hat, waren schon weiter fortgeschritten, viele von ihnen gipfelten wie gesagt im Sieg eines Volkes. Aber ich würde sagen, daß die Verhältnisse von Ausbeutung, Unterdrückung, Ausplünderung der Bodenschätze in den

Ländern der Dritten Welt, die Mißachtung der unveräußerlichen Rechte der ausgebeuteten Völker, der unterdrückten Völker, der weniger entwickelten Völker allgegenwärtig sind - heute mehr denn je. Hinzukommt, daß man sogar von einer neuen internationalen Ordnung spricht, wie man sie bisher noch nicht erlebt hat, mit großen Veränderungen in den politischen Beziehungen, den vielschichtigen Beziehungen der Staaten zueinander. Hieraus resultieren alle Konflikte, die wir aus der letzten Zeit, den letzten vier Jahren kennen. Gerade nachdem die Beendigung des „Kalten Krieges“ verkündet worden war, sehen wir, daß es heute „Heiße Kriege“ an vielen Stellen des Erdballes gibt, angeheizt im eigenen Interesse des Imperialismus.

Deshalb stellt sich die Aufgabe, weiterhin die Interessen der Völker der drei Kontinente zu verteidigen. Es gilt weiterhin die Ausrichtung auf die Dritte Welt aufrechtzuerhalten, weiterhin die trikontinentale Ausrichtung unserer Solidarität zu bewahren. Logischerweise reicht diese Solidarität heute bis hin zu Anliegen wie der sozialen Entwicklung. Deshalb haben wir den „Internationalen Kongreß über die Soziale Entwicklung“ einberufen. Und wenn manche Leute gefragt haben, warum OSPAAAL sich damit beschäftigt, warum es diese Aufgabe übernimmt, so meinen wir, es ist eine logische Konsequenz in der historischen Entwicklung der Solidarität von OSPAAAL: Es ist eine natürliche Konsequenz, keine konstruierte, im Gegenteil, es ist etwas Verwandtes, etwas eng Verknüpftes, etwas sehr Folgerichtiges, wenn man davon ausgeht, daß sich herausgestellt hat, daß die Verteidigung der sozialen Entwicklung der Völker eine unverzichtbare Bedingung für deren gesamte Entwicklung darstellt; im wirtschaftlichen ebenso wie im Gesundheitsbereich, bei den Arbeitsplätzen wie im Kampf gegen die Armut.

Aber nun zu einer anderen Fahne, die OSPAAAL hochhält: OSPAAAL führt den Kampf weiter gegen die Diskriminierung, unter der die Völker der Dritten Welt leiden, durch die flagranten und massiven Verletzungen der Menschenrechte. Ausgehend von den imperialistischen Mächten selbst, die sich so sehr ereifern, die so viel reden über die Menschenrechte. Wenn sie sich nur grundsätzlich empören würden über die viel offensichtlicheren und schwerwiegenderen Verletzungen und den Mißbrauch, wie er mit der Blockade betrieben wird, mit den

Blockaden gegen das libysche Volk, gegen das irakische Volk, gegen das cubanische Volk. Sie stellen ein System von Aggressionen dar, wie es in der Geschichte unseres Jahrhunderts bislang unbekannt war.

Seit über 3 Jahrzehnten angewandt gegen das cubanische Volk, das nur seine Würde, seine Souveränität, seine Unabhängigkeit, seine kulturelle, historische und politische Identität verteidigen will, um ein Volk, das lediglich ein Gefühl für seine Rechte besitzt und sie auch in Anspruch nehmen will niederzuschlagen. Wir selbst werden auf diesem Kongreß die Blockade verurteilen als einen Verstoß gegen die Menschlichkeit und ein Verbrechen gegen die Menschheit.

Schließlich halten wir außerdem die Fahne hoch für den Kampf um die Verteidigung der Rechte der Indigenas und der ImmigrantInnen in den kapitalistischen Gesellschaften der Ersten Welt. Zumal jetzt in Kalifornien das berühmte Gesetz 187 gilt, eine barbarische Grausamkeit. Es ist eine schreckliche Sache, daß man zum Ende dieses Jahrhunderts sogar dieses faschistische Denken, und es ist nichts anderes, erleben muß. Dadurch ist es 300.000 Kindern in Kalifornien, in den Vereinigten Staaten, verwehrt, medizinische Hilfe zu bekommen. Was dort angewendet wird, ist ein rassistisches Gesetz und die Welt muß darauf reagieren. Auch das OSPAAAL muß darauf reagieren und ebenso verteidigen wir alles, was für die Dritte Welt von großer Bedeutung ist.

Daher flattert die Fahne von OSPAAAL höher denn je, verkörpern wir doch unter dieser neuen Fahne, heute mehr als jemals zuvor, die Sehnsüchte, die Hoffnungen der Völker in der Dritten Welt. Deswegen fühlen wir uns als Vorreiter und nicht als Absteigende, was wir sozusagen in über 29 Jahren vertreten haben, was wir vertieft haben, was wir erfüllt haben, daran ist nicht zu rütteln.

Frage: Wie können wir in unseren Solidaritätsorganisationen mit Cuba die Anstrengungen des OSPAAAL unterstützen?

Remigio: Nun, ich glaube, das ist eine sehr wichtige Frage. Das OSPAAAL ist erfüllt von Projekten, von Ideen, von Erläuterungen zu einzelnen Bereichen, Themen und Perspektiven, von dem Bewußtsein der verschiedenen Schritte, die wir in diesem ideologischen Kampf abwägen müssen. Denn der ideologische Kampf ist

eben in der Welt von heute geblieben. Stehen wir vor dem Ende unserer Geschichte oder nicht? Sind wir noch am Beginn der menschlichen Entwicklung oder nicht? Muß man Massenversammlungen veranstalten, um aufzurütteln, oder nicht?

Es muß realistisch darüber informiert werden, was alles im Lande geschieht, um die Hauptblockade zu durchbrechen, die dort in der Welt gegen uns alle verhängt ist, die Desinformation, eine Blockade der Monopolimperialisten im Informationssektor, die manipulieren, desinformieren und von unseren Völkern ein völlig negatives Bild darstellen. Angesichts dessen bedarf es einer Fülle von guten Vorhaben und Projekten, von Ideen und speziellen Zielen, aber es fehlt vorrangig ein engeres, konkreteres Verbindungsglied mit allen Solidaritäts- und Freundschaftsbewegungen in der Welt, das uns den Rücken stärken könnte.

Daher denken wir, daß dieser internationale Kongreß eine Voraussetzung schaffen wird, um unsere Kontakte auszubauen und mehr und konkretere Verbindungen, die auf engere Zusammenarbeit gerichtet sind, für unsere Arbeit zu schaffen. Wir müssen von Verbindungen über Schriftwechsel hin zu gemeinsamen Zusammenkünften kommen.

Im übrigen sieht das OSPAAAL seine Aufgabe auch darin, auf internationalen Kongressen und Foren kraftvoller präsent zu sein, um auf allen Podien, wo wir nur können, die Verteidigung der Dritten Welt zu thematisieren. Auch dafür braucht das OSPAAAL Unterstützung, da es keine Unterorganisation hat, sondern nur die Verbindungen über die gemeinsamen Anliegen, wie mit den NGOs, den Freundschaftsorganisationen, den Solidaritätsorganisationen, oder mit jenen, die sich mit Umweltproblemen beschäftigen, mit der Verteidigung der Menschenrechte, der Rechte der Indigenas, der Frauen, der Immigrantinnen, mit jenen schließlich, die sich dem Projekt der Solidarität zwischen allen Völkern der Dritten Welt widmen.

OSPAAAL braucht letztendlich auch Hilfe in Form von freiwilligen Spenden, um dadurch seine Infrastruktur ausbauen zu können, die bisher von der Großzügigkeit des cubanischen Volkes unterstützt wurde, aber unter den Bedingungen der Período Especial mußte dieser Unterstützungsbeitrag sehr eingeschränkt werden. Daher hat auch OSPAAAL seine Strukturen einschränken müssen. Wir versuchen

daher, neue Möglichkeiten zu finden, die ebenfalls geeignet sind, unsere Handlungsfähigkeit zu unterstützen, wie wir es z.B. mit unserer Zeitschrift erfahren, die wieder erscheinen wird durch eine Spende der geschwisterlichen Solidarität aus Nord-Italien. Aber es ist eine Tatsache, daß wir Kontinuität brauchen, und - um dies zu verdeutlichen - wir glauben, daß wir mit drei oder vier Ausgaben pro Jahr erscheinen müssen, um in der Auseinandersetzung präsent zu sein. Denn darum geht es, daß OSPAAAL präsent ist, mit Ideen, mit Vorschlägen, mit Überlegungen, mit Raum für Diskussionen, für Vereinbarungen, für Übereinstimmung.

Aber dafür brauchen wir eine bestimmte Unterstützung, die ich hier nicht zu quantifizieren versuche, aber die Freunde werden aus ihrer Erfahrung die Botschaft verstehen. Logischerweise fördern wir die Solidarität mit dem cubanischen Volk, aber dies ist etwas umfassenderes, etwas, das eine weit größere Tragweite hat.

Wovon ich spreche, das ist ein Bereich, in dem technische Ausrüstung und verschiedene Kommunikationsmedien, sowie Mittel für den Druck sich ergänzen müssen, damit wir die vorgesehene Herausgabe realisieren können. Einige der Anliegen sind dem Umfang nach gering, aber wenn wir sie unter den Freunden bekannt machen, sind wir sicher, daß wir alle Probleme lösen können.

Wir haben vieles nötig, aber wir warten mal, was wir auch bekommen können, weil wir wissen, daß es in aller Welt Einschränkungen gibt. Viele Menschen, die zu dieser Konferenz von OSPAAAL gekommen sind, oder zu dem Weltkongreß der Solidarität mit Cuba, haben auch große persönliche Opfer gebracht, haben das Geld gespart von ihren Löhnen oder in ihren Organisationen. Das ist auch nicht einfach, es ist eine enge Situation für alle, aber bei all denen unter ihnen, die an uns denken, damit wir arbeiten können, möchten wir uns bedanken, auch Ihnen möchte ich sehr danken.

Lieber companero Remigio, ich bedanke mich bei Ihnen für dieses Interview.

Anmerkung:

1) Mahdi Ben Barka war ein marokkanischer Freiheitskämpfer, der 1963 in Paris ermordet wurde



Ich

.....

**bin an der Mit-Arbeit in einer Kuba-Brigade der DKP interessiert**

Name ..... Alter .....

.....

Anschrift

.....

Beruf

.....

Da ich nicht mehr körperlich mitarbeiten kann, aber die Arbeit der Kuba-Brigade der DKP unterstützen möchte,

**spende ich einmalig**

.....DM;

**spende ich monatlich**

.....DM

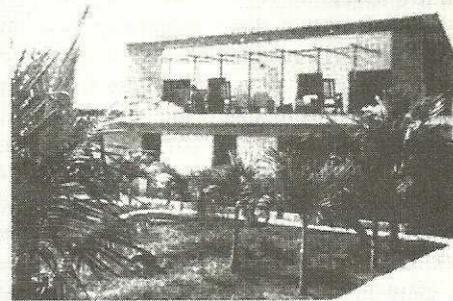
und überweise auf Konto:

**253525-502 bei der Postbank Köln  
BLZ 37010050  
Stichwort: DKP Solidarität**

Name ..... Anschrift .....

Ausschneiden und einsenden an:  
**Partei Vorstand der DKP -  
Deutsche Kommunistische Partei  
Stichwort: Kuba-Brigade der DKP  
Hoffnungstrasse 18  
45127 Essen**

**SOLIDARITÄT  
MIT DEM  
SOZIALISTISCHEN  
KUBA**



**DKP  
Brigade**

## edition CUBA LIBRE

Die **edition CUBA LIBRE** wird von der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V. herausgegeben. In ihr erscheinen wichtige Reden, Interviews und Dokumente aus Cuba.

Eine Ausgabe kostet 6 DM + 1 DM Spende für die Granma Internacional (zzgl. Porto).

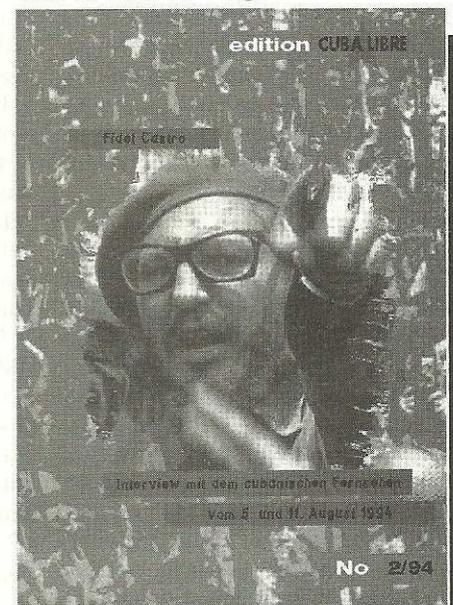
Zu bestellen bei der

Freundschaftsgesellschaft  
BRD-KUBA e.V.  
Theodor-Heuss-Ring 26,  
50668 Köln



**No 1/94, Raúl Castro:  
Interview mit »El Sol de Mexico«,  
Frühjahr 1994**

**No 2/94, Fidel Castro:  
Interviews mit dem  
cubanischen Fernsehen  
vom 5. und 11. August 1994**



## bericht (Fortsetzung)

### Auf Wiedersehen Cuba

# Im Zeitvergleich

Text und Fotos: Bill Mahl



Straßenszene in Alt Trinidad

Wir fahren an einer Strafanstalt vorbei. Die Strafanstalten sind heute belegt, da die Kriminalitätsrate stark zugenommen hat. Man kann, bzw. konnte eingesperrt werden für den Fahrraddiebstahl, den Diebstahl einer Sonnenbrille, den Diebstahl von Lebensmitteln, erst recht für Drogengenuß, gleichermaßen für den Versuch, das Land unerlaubt zu verlassen.

Die Nationalversammlung bestimmt den obersten Gerichtshof; dieser wiederum die ordentlichen Gerichte (für nicht politische Angelegenheiten), die Revolutionsgerichte (für politische Fälle), die Militärgerichte (für Soldaten) und die „tribunales populares“, die Volkstribunale. Die letzteren sind eine cubanische Besonderheit: Vom Volk gewählte, geschulte Nichtjuristen, die über Fälle unsozialen Verhaltens entscheiden. Höchstes Strafmaß: 3 Monate. Der oberste Gerichtshof selbst entscheidet über Sabotageakte und Mord.

Noch in der Provinz Matanzas durchfahren wir das Naturschutzgebiet der Zapata-Ebene, besuchen die große Krokodilfarm von Guamá und genießen sogar einmal zartes, fein-

schmeckendes Krokodilfleisch in der Villa Guamá - Laguna del tesoro.

Wir kommen an einer alten Zementfabrik vorbei, die Hauptquartier der Revolutionsstreitkräfte war, während der Invasion in der Schweinebucht. Entlang der Straße Boca de Guamá - Playa Giron stehen 80 Gedenkseine für die Gefallenen der Revolutionsstreitkräfte, getötet insbesondere durch Tieffliegerangriffe. Wir sehen das Foto von Fidel, wie er mit seinem Panzer ein bereits angeschossenes Landungsschiff versenkt.

Wir erfahren, was den US-Geheimdienst bewog, die Schweinebucht als Landepunkt zu empfehlen. Durch die Sumpfgegend von Guamá geschützt, erschien es möglich, den Landepunkt leicht zu halten und dann die Gegen-

regierung auszurufen. Doch es kam anders. Die Cubaner waren vorgewarnt durch die Luftangriffe auf ihre Militärflughäfen zwei Tage zuvor, bei denen angeblich alle cubanischen Militärflugzeuge zerstört worden sein sollen, was jedoch nicht der Fall war.

Neben dieser Information hörten wir auch, daß die FAR (Armee) heute 250.000 Mann, bzw. Frauen zählt, mit 500.000 in Reserve. Dazu kommen die Volksmilizen und die Territorialmilizen mit 1,5 Millionen Mitgliedern. Durch notwendige Kosteneinsparungen kommt es jedoch zu Personalreduktionen. Und wir erfahren noch einige Zahlen über die Massenorganisationen Cubas: Der kommunistische Jugendverband UJC zählt 400.000 Mitglieder, der Pionierverband Cubas (UPX) zählt 2 Millionen Mitglieder, der cubanische Frauenbund (FMC) 2,4 Millionen Mitglieder (37% der Berufstätigen sind Frauen, das ist für Lateinamerika Spitze), der Gewerkschaftsbund (CTC) zählt 2,7 Millionen Mitglieder, die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) zählen 5 Millionen Mitglieder, die Kommunistische Partei Cubas (PCC) hat 850.000 Mitglieder, der Verband der Kleinbauern (ANAP) zählt 250.000 Mitglieder.

Wir fahren auf der Autobahn, die hier „autopista“ genannt wird, oder im Volksmund „ochos vias“, bis Sancti Spiritus über Santa Clara. In Santa Clara erinnern wir uns an unser Stadthotel (minus 3 Sterne), in dem immer noch die Einschußlöcher zu sehen sind, da sich dort die letzten Regierungstruppen gegen den Angriff der Verbände des Che verteidigt hatten. Wir sehen auch den gestoppten Panzerzug von damals, dessen Eroberung möglicherweise der Wendepunkt im Kampf um Cuba war. Und wir besuchen selbstverständlich das Che-Denkmal von Santa Clara. Wir wohnen im märchenhaften Motel „Los Canaies“, einer Bungalow-Ferienanlage mit Palmlätterhütten, die der präkolumbianischen Indianerkultur nachempfunden sind. Wir hören von den vielen Bildungsstätten, von der großen Universität und der Universitäts-Klinik und 150 weiteren Bildungseinrichtungen in der Umgebung, was selbst für das bildungsbesessene Cuba viel ist.

Neben unserem Motel sind in einem parkartigen Gelände Aids-Infizierte untergebracht. Sie erhalten mehr Pflege als die normale Bevölkerung, die sich privat Zusätzliches beschaffen

kann. Die hier untergebrachten Kranken können sich von ihren Frauen, bzw. umgekehrt begleiten lassen. Jeder Cubaner muß sich einmal im Jahr wegen HIV untersuchen lassen und bei Reisen in besonders gefährdet Gebiete, wie Afrika oder die Schweiz, sind bei der Rückkehr auch Untersuchungen erforderlich.



Weniger durch den Tourismus, mehr durch den Internationalismus, insbesondere den Einsatz in Angola, ergaben sich Aids-Ansteckungen.

## Cienfuegos - Sierra del Escambray und Trinidad

Neben der „autopista“ werden Hühner, Ziegen und Butter zum Verkauf angeboten. Wir fahren nach Cienfuegos und verzichten auf den Besuch des dortigen, großartigen Botanischen Gartens, nachdem der vorherige Besuch des Nationalen Botanischen Gartens in Havanna ein prächtiges Schauerlebnis war. Auf der Fahrt nach Cienfuegos sehen wir viel arbeitendes Volk, insbesondere „campesinos“, die den Bereich von 10 m neben der Autobahn bestellen, trotz Sonn- bzw. Feiertag. Wir hören, daß der nicht fertiggestellte Kernreaktor von Cienfuegos

tenspendenden Dachvorsprüngen. Wir erleben die Villa LaGranjita in mustergültiger Rekonstruktion, früher Spielbank des Bruders von Batista, heute Feinschmeckerrestaurant. Wir sehen noch zwei weitere ehemalige Spielbanken, die heute für die Jugend genutzt werden. Wir genießen die Fahrt durch die große Hafenbucht von Cienfuegos bis hinaus an das aus Fertigteilen überzeugend gebaute Hotel „Passacaballo“, das immer noch - nach 12 Jahren - gut aussieht.

Bei der Fahrt durch die große Bucht erfahren wir wiederum Interessantes über das Leben in Cuba. Die durchschnittlichen Einkommen in Cuba betragen 110 bis 340 Pesos. Der Durchschnitt liegt bei 180 Pesos, abhängig von Norm und Akkord. Grundsätzlich werden Leistungslöhne bezahlt. Die Frauen beenden ihre Arbeit mit 55 Jahren, die Männer mit 60 Jahren. Eine weitere Senkung der Lebensarbeitszeit um jeweils 5 Jahre ist beantragt. Die nachfolgende Rente beträgt 70% des vorherigen Arbeitseinkommens. Die Alten meinen: Nur Fidel sichert uns dieses Privileg, das in anderen lateinamerikanischen Ländern unbekannt ist. Arbeitslose: Registriert sind offiziell im Augenblick 280.000 Arbeitslose. Die wirkliche Zahl ist bedeutend

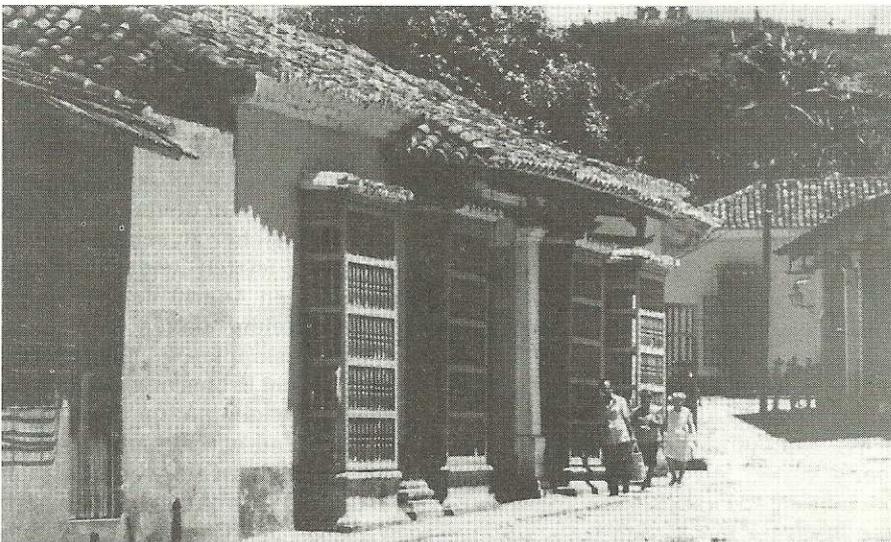
Die Kosten auf dem Schwarzmarkt sind viel höher als die Nominalkosten. Es ist viel Geld vorhanden und so gut wie kein Angebot. Gerade in Cienfuegos gibt es prächtige Einkaufsstraßen voller leerer Geschäfte oder knapper Dekorationen. Dazu Geschäfte, in denen wie bei uns nach dem Krieg, Tauschzentralen eingerichtet sind. Eine Flasche Rum erhält jeder Cubaner im Monat auf seiner „libreta“. Diese Flasche kostet auf dem Schwarzmarkt 100 Pesos. Die Cubaner bestätigen uns, daß 1993 das schlimmste Jahr war. Kinos und Theater spielten fast nur noch einmal in der Woche. Aufgrund der Situation sagen sich viele: jetzt nur noch ein Kind.

Am Abend empfangen ich im Hotel verschiedene ausländische Fernsehstationen, u.a. die Deutsche Welle mit ihrem neuen Fernsehprogramm. Ich empfangen auch das cubanische Fernsehen, jedoch dieses ohne Ton; es wird nicht über Satelliten gesendet. Und ich höre von Radio Rebelde die Aussagen des Finanzministers José Luis Rodríguez über den Währungsverfall und die notwendigen Maßnahmen zur Stabilisierung des Pesos mit dem Ziel, letztlich diese Währung konvertierbar zu machen. Helfen sollen hier Preiserhöhungen für Rauchwaren, Benzin usw., die sodann vom Parlament beschlossen wurden.

Landschaftlich eindrucksvoll die Sierra del Escambray, ein Bergzug in der Mitte Cubas mit viel Zuckerrohr davor, in größerer Höhe Kaffeeanbau. Ich erfuh von den Mädchen und Jungen, die sich für dieses Gebiet für die Alphabetisation gemeldet hatten, um älteren Menschen das Lesen und Schreiben beizubringen, und die durch Konterrevolutionäre umgebracht wurden. In den Bergen von Escambray wurde bis 1967 gekämpft.

Zu den Konterrevolutionären, unterstützt vom CIA, zählten auch ehemalige Mitkämpfer der revolutionären Einheiten, die sich vom neuen Cuba lossagten, als dieses sich von olivgrün nach rot wandelte. Die „Banditen“ wurden durch die einheimische Bevölkerung unterstützt und erhielten insbesondere Unterstützung aus Trinidad. Die Zahl der Rebellen betrug 6.000. Zum Teil war Fidel selbst bei den Operationen zur Banditenbekämpfung dabei. Diese hatten modernstes Gerät von der CIA. In Trinidad informiert ein Museum darüber.

Wir fuhren die autofreie Piste Santa Clara/Trinidad; mußten vor Geiern ausweichen. Sahen Maschinenparks in miserabilem Zustand. Sahen auch



40 Grad im Schatten und gute Stimmung in Trinidad

vom Typ des Tschernobyl-Reaktors ist und sehen die errichteten Wohnhäuser für die Spezialisten. Um den Reaktor fertigzustellen bräuchte es tausende von Spezialisten, zahlbar zu 3.000 Dollar im Monat. Die Devisen fehlen, die Baustelle ruht.

Parolen neben der Straße: „Cubanos, un pueblo del gigante“. Ein Dichtervort von früher, Giganten im Entbehren ertragen. Wir sehen Menschen in Schaukelstühlen unter schat-

höher. Hochschulausbildung ist kostenlos. Frauen erhalten „besondere Ausbildung“. Der Anteil von Frauen bei den Studierenden ist höher als der von Männern.

2% des Lohnes müssen für den Kindergarten abgegeben werden. Bis heute waren keine Steuern und Versicherungen zu entrichten, doch das ändert sich. Der Stromverbrauch soll in Zukunft durch erforderliche Verbrauchsmessungen reduziert werden.



am Sonntag Erntemaschinen im Einsatz. Kamen nach Sancti Spiritus, das 120.000 Einwohner zählt, die für ihren Konservatismus bekannt sein sollen. Trinidad (35.000 Einwohner) hat sein kolonial-spanisches Stadtbild nahezu unverändert erhalten. Das Kopfsteinpflaster ist immer noch das aus Boston stammende. Die Straßen werden von den eingeschobigen, höchstens zweigeschoßigen Häusern mit den typischen Gittervorbauten gesäumt. Tatsächlich gehen auch heute noch Männer durch die Stadt, ihren Vogel im Käfig tragend, damit dieser sich nicht so allein fühlt und sich mit anderen

Vögeln unterhalten kann. Trinidad wurde zu einem nationalen Denkmal bestimmt und Neubauten innerhalb des kolonialen Stadtbildes sind untersagt.

Wir hatten uns abgeseilt und verzichteten auf Museumsbesuche. Mit schwerer Kameraausrüstung und Stativ und 37 Grad im Schatten bemühten wir uns, ein Bild dieser alten Kolonialstadt und seiner Menschen festzuhalten, kamen zu einem Kampfhähnezüchter und stellten fest, daß es in Trinidad typische Viertel mit schwarzer Bevölkerung und vielen Kindern gibt. Seife war der Wunsch der Frauen und

wir bemühten uns um Einkauf in der Tienda. Wir wohnten im Hotel DEL SUR in Trinidad am Meer, ausnahmsweise ein Hotel, das neuen Standard noch nicht erreicht hat. Viele Mosquitos stören uns und wir vermissen die Zeitungen, wenigstens die GRANMA, auf Zuckerrohrpapier gedruckt. Wir sehen Schweine, an der Leine als Haustiere gehalten und auch in diesem mittelcubanischen Raum treffen wir auf Neubausiedlungen in traditioneller Bauweise, einstöckige, gruppierte Wohnbauten aus gebrannten Ziegeln, von denen dieses Jahr 6.000 Wohneinheiten entstehen sollen, viel zu wenig, bei dem vorhandenen Wohnungsfehlbestand und im Hinblick auf die starke Bevölkerungszunahme der letzten Jahre. Nicht zu vergessen: Zum Revolutionsbeginn zählte Cuba 7,5 Millionen Einwohner, heute 11 Millionen.

Unser letzter Besuch in der interessanten Provinz St. Spiritus gilt dem Sklaventurm von 1750, errichtet vom Zuckerrohrbaron Iznaga, oberhalb von Trinidad.

### Ciego de Avila und Cayo Coco

Ciego de Avila mit seinen 120.000 Einwohnern erhielt seinen Namen durch einen Spanier, der im Wald eine Herberge erstellte; daraus entstand die Stadt (er stürzte bei der Jagd, verlor das Augenlicht, daher „der Blinde“). Unsere Busfahrer stammen aus Ciego de Avila. Wir lernten ihre Frauen kennen und freuten uns über die „pioneros“. Zum Ortsbild passend: Als Taxi - Mercedes von vorgestern oder Pferdekutschen.

Wir fahren weiter nach Moron. Vor dem Hotel mit gleichem Namen erwartet uns eine Achtmannband. Mit viel Musik ziehen wir durch die in Sanierung befindlichen Hotelanlagen. Welch eine freundliche Begrüßung, welche ein Temperament, das den uns begleitenden Schweizern fehlt.

Vorbei an einem neuen Modelldorf fahren wir über einen Seedamm auf die vorgelagerte Insel Cayo Coco, zum neuesten 5-Sterne-Hotel der Guitart-Gruppe, eröffnet am 12.11.95 durch den Commandante en Jefe. 27 km feiner weißer Sandstrand, traumhafte Hotelanlage, deren Erweiterung noch gar nicht bezogen ist, eine Art Kleinvenedig wie Port Grimaud, doch 6 Stunden Stromausfall und Wasserausfall. Das tüchtige cubanische Personal hält nebenbei Hausschweine und Hähne

und uns gelingt es nicht, den Sonnenband zu vermeiden. Auf dieser Insel ist genug Platz für weitere Hotelanlagen im Sinne der üblichen Touristenghettos.

Vom Flughafen Maximo Gomez bei Ciego de Avila fliegen wir mit einer dreistrahligen Jak zurück nach Havanna, um die Directora der BOHEMIA zu treffen, um an der 5. Biennale in Havanna teilzunehmen und um die Eindrücke vom Überlebenskampf des revolutionären Cubas zu vertiefen. Der Commandante en Jefe hatte erklärt, daß die spezielle Periode länger andauern würde, aber daß es ab 1995 deutlich besser ginge; Wirtschaftsoptimisten und Miranda erhoffen dies schon für Herbst dieses Jahres. Zeit zu gewinnen, für die in der Gesamtbevölkerung diskutierten Überlebensstrategien, ist jetzt sehr wesentlich. Und wichtig ist auch die Arbeit für noch mehr Solidarität für Cuba bei uns.

Beifall für die Regierung bei leerem Magen? Tiefgreifende Änderungen sind der allgemeine Wunsch; doch keinesfalls Zustände wie in Lateinamerika, das von Korruption durchsetzt ist, keinesfalls Zustände wie in den Bananenrepubliken und Terrordemokratien. Cuba ist umgeben von ausschließlich kapitalistischen Staaten, für die die Kurzbezeichnung „sozial brutal“ bezeichnend ist. Kann da neoliberaler Kapitalismus zukunftsweisend sein? Wohl kaum. Cuba muß einen eigenen Weg finden und das rasch und mit Unterstützung aller seiner Freunde.

*POR CUBA!*  
*Bill Mahl*

**DIE TRIKONT-VERANSTALTUNG**  
(Was drei Völker einander und uns zu sagen haben.)

**CUBA:**  
Gergo Cortes, Präsident des ICAI (Institut für Sozialwissenschaft)  
Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Cubas

**SÜDAFRIKA:**  
Sprecher, Komitee, Abteilung für internationale Angelegenheiten der ANC

**VIETNAM:**  
Phan Van Chanh, Präsident des Vietnam Komitee für Arbeitsnachhilfeleistungen, Solidarität und Zusammenarbeit, 1980, Mitglied des Politbüros, Mitglied des ZK der Vietnamischen Kommunistischen Partei, Organisator der Freundschaftsgesellschaft

**DOKUMENTATION**

Beide Broschüren können über die Freundschaftsgesellschaft bestellt werden

**CUBA**  
Sozialismus  
oder  
Tod  
(Fidel Castro)

**DOKUMENTE, REDEN ...**

Carlos Lage Dávila

**Wir stellen uns  
der Herausforderung**

Interview  
des Sekretärs des Ministerrates mit Mario Vazquez Raña



Das Tal von Vinales



## „Cuba, que linda es Cuba...“

**Ein Solidaritätsflugzeug für Cuba im Sommer '94:  
Reisebericht und Versuch einer politischen  
Bestandsaufnahme**

Am 7. August 1994 landete eine Maschine der Aero Cancun in Varadero: an Bord waren 115 StudentInnen aus der ganzen BRD - TeilnehmerInnen des Projekts „Ein Solidaritätsflugzeug für Cuba“, das ein Jahr lang von verschiedenen StudentInnenvertretungen in der BRD zusammen mit dem cubanischen StudentInnen-Verband FEU vorbereitet worden war.

Ziel des Projektes war der direkte Austausch von deutschen und cubanischen StudentInnen, das Erfahren der cubanischen Realität durch gemeinsames Leben und Arbeiten - schließlich auch die konkrete Unterstützung der cubanischen Revolution durch die Beteiligung an den studentischen Arbeitsbrigaden (BET) und die mitgebrachten Hilfsgüter (Fahrräder, Medikamente, Schreibmaterialien, Kondome...). Außerdem sollte unserem Protest gegen die völkerrechtswidrige Blockade durch die Regierungen der USA und der BRD ein konkreter Aus-

druck verliehen und Impulse für die (Weiter)Arbeit der verschiedenen Menschen und Gruppen hier in der BRD gegeben werden. Ebenfalls von Beginn an geplant war, eine Gruppe von ca. 20 cubanischen StudentInnen im Juli '95 zu einem Gegenbesuch in die BRD einzuladen.

Auf dem Kölner Flughafen, kurz vor dem Abflug, hörten wir die ersten Gerüchte über „Unruhen“ und „Massendemonstrationen“ in Habana. Von 20.000 DemonstrantInnen wurde im Radio gesprochen und auch von Toten und Verletzten. Wir hatten keine Mög-

lichkeit mehr, diese Angaben zu überprüfen, und so kamen wir, verunsichert über das, was uns in Cuba erwarten würde, an - und wurden gleich sehr herzlich von VertreterInnen der FEU und des kommunistischen Jugendverbandes UJC mit Mojitos und einer Musikkapelle begrüßt. ★

Noch am selben Abend erfuhren wir dann die offizielle Version der Ereignisse des 5. August in Habana: Ein UJC-Vertreter erklärte, einige hundert „antisoziale Elemente“ („antisociales“) hätten, aufgehetzt von US-Propagandasendern, die Falschmeldungen über Ausreisemöglichkeiten verbreitet hätten, Krawall geschlagen. Geschäfte seien von den Kriminellen geplündert sowie Schaufensterscheiben und Hoteleinrichtungen zerstört worden. Die Polizei habe jedoch nicht eingreifen müssen, da das Volk selber entschlossen und schnell auf die Randalierer „reagiert“ habe.

Wie wir aus vielen anderen Gesprächen im Verlauf der folgenden Wochen erfuhren, waren tatsächlich wohl zwischen 700 und 2.000 Menschen an den Ausschreitungen beteiligt, die sehr unorganisiert und z.T. gewalttätig verliefen. Die Polizei griff tatsächlich nicht ein, sondern sicherte das Eingreifen speziell auf solche Situationen vorbereiteter, mit Knüppeln bewaffneter Gruppen aus Betrieben und Stadtteilen durch massive Präsenz ab. Tatsächlich haben die unerwarteten gewalttätigen Auseinandersetzungen und die Ermordung eines Polizisten durch die Entführer einer Fähre in der cubanischen Regierung und in der Öffentlichkeit einen Schock ausgelöst, der mit zur späteren Duldung der „illegalen Ausreise“ beitrug. Offensichtlich sollte durch diese Maßnahmen auch ein ‚Ventil‘ geschaffen werden, mit dem die Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung kanalisiert werden konnte.

Da uns zunächst aber keine anderen Informationsquellen zur Verfügung standen als offizielle, mußten wir uns auf dieser Grundlage mit dem Geschehenen und seinen möglichen Auswirkungen auf Cuba, aber auch auf unsere Reise, auseinandersetzen. Aber Begriffe wie „antisoziale Elemente“ oder „Konterrevolutionäre“, mit denen die an den Unruhen Beteiligten stets denunziert wurden, lehnten viele von uns in langen Diskussionen mit UJC- und FEU-VertreterInnen ab: Zu sehr erinnerte uns diese Sprache an politi-



sche Kampfparolen, in denen der - vermeintliche oder reale Gegner erkannt und quasi automatisch als systemfeindlich denunziert wird. Das erspart die weitere Auseinandersetzung mit der Frage „Warum?“, die nicht einfach mit „Weil der CIA die Hände im Spiel hat!“ beantwortet werden kann.

Von Varadero aus wurden die vier deutschen Regionalgruppen (Nord- und Süddeutschland, die Regionen Köln und Düsseldorf/ Ruhrgebiet) für die nächsten 14 Tage auf vier verschiedene Provinzhauptstädte verteilt: Sancti Spiritus, Cienfuegos, Santa Clara und Ciego de Avila. Dort sollten die 20 bis 35 Personen großen Gruppen zusammen mit cubanischen StudentInnen in den „Studentischen Arbeitsbrigaden“ auf dem Land arbeiten und die jeweiligen Städte und Regionen kennenlernen.

Im folgenden beschreibe ich die Erfahrungen der „Düsseldorfer Gruppe“, die in Santa Clara zusammen mit ca. 30 cubanischen Studis 10 Tage auf dem Süßkartoffelacker arbeitete. Unsere 'gemischte' Brigade wurde außerhalb der Stadt, zur Unterstützung einer größeren landwirtschaftlichen Kooperative, eingesetzt. Unsere Arbeit, die in erster Linie aus Unkrautjäten und Kartoffelnsammeln bestand, hatte zwar eher symbolischen Charakter, war aber wichtig, um auf einer einigermaßen gleichberechtigten Ebene Kontakt zu den CubanerInnen

zu bekommen. Wir wollten nicht als beobachtende, fotografierende 'RevolutionstouristInnen' herumreisen, sondern ein paar Tage lang die gleiche Arbeit, das gleiche Essen und die gleiche Unterbringung wie die cubanischen companeras (er)leben. Das hieß eben auch: Duschen unter freiem Himmel und mit Blecheimern, morgens vor der Arbeit meist kein Frühstück und ansonsten jede Menge Reis und Bohnen (die mensch wirklich ziemlich schnell leid werden kann...). Aber das 'Experiment' glückte: Schon nach kurzer Zeit entwickelte sich ein reger Austausch zwischen CubanerInnen und Deutschen - mit Worten oder Händen, Füßen und ersten Baseball-Übungen (für die weniger gut Spanisch sprechenden unter uns). Auf beiden Seiten existierte ein großes Interesse für den Alltag und die Realität(en) der jeweils 'unbekannten' Menschen. Natürlich gab es auch Kommunikationsprobleme, vor allem, wenn wir in linken Zusammenhängen aktiven Deutschen bestimmte Entwicklungen in der BRD oder unsere politische Praxis erklären wollten. Wie erkläre ich „Antifa-Politik“ einer cubanischen Genossin? Und wenn ich lange genug über die schlimmen Verhältnisse bei uns erzählt habe, kommt die Frage, ob wir denn schon im Faschismus leben würden... Das dauerte wieder ein paar Stunden Gespräch - und jede Menge zu umschreibender Begriffe - um den ent-

standenen Eindruck wieder ein bißchen zurechtzurücken.

Alles in allem waren die 10 Tage auf dem Land eine sehr intensive Erfahrung für alle. Es sind etliche Freundschaften entstanden und der Kontakt wurde von vielen auch nach der Reise aufrechterhalten.

Auch die anschließenden Tage der Erholung (inklusive Besichtigungstouren durch Santa Clara und Umgebung) sowie ein Wochenende in einer Familie in Santa Clara haben uns jede Menge neuer, spannender Eindrücke beschert - auch wenn manche davon widersprüchlich waren wie vieles, was wir auf Cuba erlebten. Vor allem die Herzlichkeit und - trotz des Mangels - überwältigende Gastfreundlichkeit der Familien hat uns schwer beeindruckt.



Eine der vielen verschiedenen Realitäten Cubas: Die Welt der überzeugten Mitglieder und dirigentes (FunktionärInnen) der PCC, der Kommunistischen Partei Cubas, und des Jugendverbandes, der UJC.

Außer der kommunistischen Einheitspartei gibt es in Cuba zahlreiche Massenorganisationen, wie etwa den StudentInnenverband FEU, die Gewerkschaften oder den Frauenverband. Für uns auffällig war, daß alle leitenden Angehörigen beispielsweise der FEU gleichzeitig Mitglieder des Jugendverbandes UJC waren - einige Mitglieder des nationalen Sekretariats der FEU besitzen sogar die (seltene) „doble militancia“, d.h., sie sind Mitglieder der Partei und des Jugendverbandes (dem mensch nur bis zum 30. Lebensjahr angehören darf). Auffällig ist außerdem, daß es zwischen PCC/ UJC und den Massenorganisationen - zumindest offiziell - keine Meinungsverschiedenheiten zu geben scheint. Eine Kritik an der Regierungspolitik wäre ja gerade bei den Gewerkschaften in der jetzigen Situation des massiven Subventionsabbaus in Betrieben und, damit verbunden, ansteigenden Arbeitslosenzahlen zu erwarten. Aber scheinbar gibt es keine schärfere oder grundsätzlichere Kritik - oder sie wird nicht nach außen getragen und Parteiintern diskutiert. Vielleicht werden bestimmte Positionen auch gar nicht artikuliert: Das Vertrauen in die Führung ist groß, der Apparat sehr hierarchisch strukturiert. Unser Eindruck war oft: je 'höher' der Funktionär oder die Funktionärin, desto differenzierter wird die Argumentation. Gerade 'kleine' Kader neigen offensichtlich eher zu simplem 'Nachbeten' offizieller Positionen. Kritik wird immer dann aufgenommen und öffentlich geäußert, wenn sie zuvor von 'Oben' entwickelt wurde.

Im August '94 bereiste Raul Castro verschiedene Provinzen und enthob mehrere hohe FunktionärInnen ihres Postens. Im PCC-Organ Granma wurde berichtet, daß Raul auch die Berichte des poder popular

(Volksmacht) der südöstlichen Provinz Granma kritisierte, die er als beschönigend und der überaus kritischen Versorgungslage in dieser Provinz nicht angemessen bezeichnete. Es scheint, daß so in Cuba generell mit 'Fehlern im System' umgegangen wird: Sie werden nicht als solche erkannt. Die Verantwortung für Mißstände jedweder Art wird meist an konkreten Personen, die verantwortungslos oder korrupt gehandelt haben, festgemacht. Dabei ist die politische Kontrolle der Verantwortlichen von der Basis her nur sehr eingeschränkt vorhanden, artikuliert

## Die Partei: Einzigiger Garant der revolutionären Errungenschaften?

Kritik, z.B. von StudentInnen, wird oft von der für sie 'zuständigen' Massenorganisation (also der FEU) oder der UJC absorbiert bzw. transformiert, bevor/falls sie weiter nach oben geleitet wird. Beispiele dafür hörten wir auch (und gerade) von StudentInnen, die den cubanischen Sozialismus grundsätzlich bejahen.

Bei aller Kritik an Partei oder Jugendverband ist aber klar, daß es eine auch nur einigermaßen erfolgreiche Verteidigung der Errungenschaften der Revolution nur mit der Partei geben wird - und nicht gegen oder ohne sie.

Cubanische FunktionärInnen verwiesen in Gesprächen über ein mögliches Mehrparteiensystem stets auf die 'nicaraguanische Erfahrung', wo bei den Wahlen 1990 das US-finanzierte, konservative UNO-Bündnis die Sandinistas besiegte. Die nach über 8 Jahren US-Contra-Krieg und Wirtschaftsboykott erschöpfte Bevölkerung wählte die revolutionäre Regierung ab, in der Hoffnung auf ein Ende des Krieges und eine - von den USA im Falle eines UNO-Wahlsieges versprochene - Belebung der Wirtschaft durch Kredite und die Aufhebung des Embargos.

Eine ähnliche Entwicklung wäre auch auf Cuba denkbar und es entspricht exakt dem Kalkül der US-Administration und des reaktionären Teils der Exil-CubanerInnen in den USA, durch wirtschaftliche, politische und (noch eingeschränkt) militärische Destabilisierung ein Chaos auf der Zuckerinsel zu forcieren. Noch ist die Partei in Cuba der wichtigste Garant für (relative) soziale Gerechtigkeit, politische Stabilität und eine (zumindest im lateinamerikanischen Kontext) beispielhafte Rechtssicherheit der Bevölkerung.

Dennoch wird sich die Partei radikal reformieren müssen - und das nicht nur verbal - wenn einige der drängendsten selbstproduzierten Probleme gelöst werden sollen. Vor allem auf dem Gebiet der innerparteilichen Demokratie muß einiges passieren: dazu gehört auch mehr Offenheit der Diskussion, u.a. in den bislang völlig kontrollierten Medien, und das Ertragen von Kritik, auch wenn diese radikal ausfallen sollte. Auch die Stellung der Massenorganisationen muß gegenüber PCC und UJC gestärkt werden. Sie benötigen wesentlich mehr Autonomie, um die Interessen ihrer Mitglieder auch real zu vertreten und von der Regierung abweichende Positionen entwickeln und artikulieren zu können. Auch hier ist der Zugang zu den Massenmedien wichtig.

## Und was denken die 'Menschen auf der Straße'?

Die Fragen lassen sich so nicht beantworten. 'Die CubanerInnen' gibt's natürlich nicht - genauso wenig lassen sich FunktionärInnen und 'Normalbevölkerung' auseinanderdividieren. Sich verschärfende Trennungslinien lassen sich in Cuba seit der Dollar-Legalisierung im Juli 1993 viel eher zwischen CubanerInnen mit und ohne Zugang zu den begehrten grünen Scheinen beschreiben. Die damit verbundenen Privilegien spalten die Bevölkerung erstmalig seit der Revolution in solche, die praktisch keinen Zugang zu materiellen Ressourcen haben, und solche, die in Dollarshops einkaufen und z.T. recht ausschweifend konsumieren können. Nicht die Parteizugehörigkeit entscheidet hier, sondern die Beziehungen zur Dollarsendenden Verwandtschaft in Miami. Hier sind die „Roten“, die zu Partei und Sozialismus stehen, sogar klar im Nachteil: Falls sie Verwandte in den USA haben, sind die Beziehungen wegen politischer Differenzen oft mehr als schlecht.

Was die Einstellungen von Parteimitgliedern und Nichtmitgliedern zur Regierungspolitik oder zum sozialistischen System angeht, hört mensch bei Gesprächen auf der Straße oder mit FreundInnen praktisch die gesamte Spannbreite von klarer Zustimmung (trotz aller Widrigkeiten des Alltags) bis hin zu offener Ablehnung. So offen diese Kritik übrigens auf der Straße oder in den privaten vier Wänden geäußert wird, so schwer tun sich dieselben Leute mit ihr in Anwesenheit von FunktionärInnen, was kein allzu gutes Zeichen für die Diskussionsbereitschaft Letzterer zu sein scheint. Daß viele Menschen die Schwierigkeiten und das scheinbar perspektivlose Warten auf 'bessere Zeiten' nicht mehr ertragen und deshalb nur noch weg möchten, ist offensichtlich und durch die Massenemigration in diesem Sommer leider bestätigt worden. Die Leute fliehen jedoch nicht wegen politischer Ablehnung bzw. den Schwierigkeiten, abweichende Meinungen zu artikulieren, sondern vor allem wegen der nach wie vor sehr schwierigen Versorgungslage, die besonders in Habana zu deutlichen Spannungen führt. Aber die überwiegende Mehrheit der CubanerInnen hält

nach wie vor an den Errungenschaften ihrer Revolution fest. Für die meisten, mit denen wir geredet haben, war klar, daß ein Kapitalismus à la USA erstens nicht so wundervoll ist, wie ihn US-Sender meist darstellen, und zweitens, daß nicht einmal diese Variante für die meisten CubanerInnen nach dem Fall des Sozialismus Realität werden dürfte. Einen Vorgeschmack liefert vielen jetzt schon die neue Schicht der Dollar-Besitzenden, die sich teilweise recht schamlos zu bereichern beginnen. Auch die Perspektive von zurückkehrenden Miami-CubanerInnen, die kollektiviertes Land, Fabriken und Häuser zurückfordern werden, behagt den wenigsten CubanerInnen. Bei allen Wohnungsproblemen kommen doch alle irgendwo unter - Obdachlosigkeit wie in der BRD oder gar den USA existiert auf Cuba nicht. Natürlich haben auch wir den oft beschriebenen 'Generationsunterschied' erlebt: Während die Älteren, die die Zeit vor der Revolution noch erlebt haben, klarer für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus sind (sie wissen aus eigener Erfahrung, und nicht nur aus zweiter Hand, was sie zu verlieren haben), ist die Stimmung unter jüngeren Leuten durchaus widersprüchlicher. Gerade Jugendliche, die nach unseren Vorstellungen eher 'nicht angepaßt' sind (mensch könnte auch sagen: 'die zu Subkulturen gehören'), sind oft schlecht auf Partei und FunktionärInnen zu sprechen. Lange Haare beispielsweise oder auch Rockmusik waren bis vor ein paar Jahren noch regelrecht verpönt. Heute hat sich das, auch vor dem Hintergrund des wachsenden Tourismus, geändert, wenngleich immer noch Vorurteile und Diskriminierungen existieren. Zu schnell wird immer noch der Verdacht ausgesprochen, jemand könnte aufgrund bestimmter Äußerungen, Handlungen oder auch Äußerlichkeiten eine „antisoziale“ oder gar „konterrevolutionäre“ Einstellung haben.

Aber auch unter jüngeren Leuten gab es an bestimmten Punkten einen (überwiegenden) Konsens: So war es für die meisten unserer GesprächspartnerInnen selbstverständlich, ihr Land mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, falls die Yankees intervenieren sollten.

Ich führte in diesem und im letzten Jahr etliche Gespräche mit LateinamerikanerInnen, aber auch AfrikanerInnen und anderen Menschen, die auf Cuba studieren, dort politisches Asyl genießen oder an Solidaritätsreisen teilnehmen. Gerade die LateinamerikanerInnen vermittelten in Diskussionen oft ein völlig anderes Cuba-Bild, als es in der BRD - auch in vielen „linken“ Zusammenhängen existiert. Die Diskussion über Cuba steht bei uns meist im Spannungsfeld zwischen relativ unkritischer Übernahme cubanischer Regierungspositionen und einer sogenannten „kritischen Solidarität“ à la Bert Hoffmann u.a.. Die Letztgenannten erzeugen jedoch - bei aller zum Teil berechtigten Kritik - bei mir ebenfalls Mißtrauen: Hier wird oftmals nicht mehr klar, auf welcher Grundlage die „kritische“ Solidarität formuliert wird („Die Bevölkerung“ contra Partei und Regierung? Die Errungenschaften der Revolution nur noch im Nebensatz und mit angehängtem „aber“?). Genauso wie totale Kritiklosigkeit kann eben auch diese Form der „Kritik“ zum Selbstläufer werden - warum dann noch Cuba verteidigen, und nicht Ruanda, Brasilien oder irgendein Land der sog. 3. Welt?

Die lateinamerikanische (linke) Sicht auf Cuba vermittelt da eine andere Perspektive: Vor allem die cubanische Verteidigung ihrer Souveränität und damit ihrer nationalen Würde gegenüber den Yankees wurde oft hervorgehoben. Und so unverstündlich der Begriff „nationale Würde“ in deutschen Ohren klingen mag, so entsprach er doch sehr realen Gefühlen und Gedanken meiner GesprächspartnerInnen. Eine Puerторicanerin, die in einer US-Solidaritätsbrigade zum Arbeiten gekommen war, verglich die Zustände in Cuba mit denen ihrer Heimat, die sie als US-Kolonie und Reservoir für billige Arbeitskräfte beschrieb. Gleichzeitig erzählte sie von der drückenden sozialen Realität in Puerto Rico, die viele zur Auswanderung zwingt.

# Befreiungskämpfe und Internationalismus

Sie war beeindruckt vom Stolz vieler CubanerInnen und von ihrer Entschlossenheit, ihre Revolution gegen US-Hegemoniegelüste zu verteidigen. Vor allem die sozialen und ökonomischen Errungenschaften Cubas seit 1959 und die Gleichheit bei der Verteilung der wenigen Güter waren in ihren Augen keine Nebensächlichkeiten, sondern für ganz Lateinamerika und auch die USA beispielhaft. Für diese Frau war Cuba kein abschreckendes Beispiel des wirtschaftlichen Niedergangs und der totalen Kontrolle der Bevölkerung durch den Parteiapparat, sondern ein Beispiel des Widerstands und der Hoffnung, das auch für ihren Kampf in sozialen Bewegungen in Puerto Rico wichtig ist.

Und da waren die Gespräche mit der Chilenin Maria, die als Verfolgte der Diktatur Pinochets auf Cuba Asyl erhielt. Nach etlichen Jahren u.a. in der BRD ist sie wieder nach Habana zurückgekehrt, um dort ihr Krebsleiden behandeln zu lassen: das Vertrauen ins cubanische Gesundheitssystem war einfach größer als ins deutsche. Wie sie haben in den letzten Jahrzehnten tausende von Flüchtlingen aus Chile und anderen lateinamerikanischen (Ex-)Diktaturen (von Argentinien bis Guatemala) politisches Asyl, und damit auch Arbeit, Einkommen, Wohnung und die Möglichkeit zu politischer Betätigung in Cuba erhalten. Cuba unterstützte unzählige revolutionäre Bewegungen und Regierungen in vielen Ländern der „3. Welt“, vor allem in Afrika und Lateinamerika. Zehntausende von cubanischen ÄrztInnen, LehrerInnen, TechnikerInnen, aber auch SoldatInnen, halfen Ländern wie Angola, Mozambique oder Nicaragua beim Aufbau ihrer Wirtschaft und ihres Gesundheits- und Bildungswesens, aber auch bei der Verteidigung ihrer Revolutionen gegen Contra- und CIA-Angriffe. Der chilenische Widerstand gegen die Pinochet-Diktatur wurde genauso unterstützt wie verwundete KämpferInnen der salvadorianischen Guerilla FMLN auf Cuba medizinisch versorgt wurden.

Das gilt übrigens nicht nur für Lateinamerika: Auch politische Flüchtlinge beispielsweise aus den USA

leben in Habana. Diesen Sommer trafen sich Mitglieder unserer Brigade mit Assata Shakur, einer Frau aus dem schwarzen Widerstand in den USA. Sie kämpfte in den Siebzigern in der Black Liberation Army und bei den Black Panthers. 1977 wurde sie in langjährigen politischen Prozessen wegen Beihilfe zum Mord an einem Polizeibeamten, Mordversuch und schwerer Körperverletzung an einem anderen Polizisten verurteilt, dann aber 1979 von GenossInnen aus dem Gefängnis befreit. 1984 konnte sie nach Cuba fliehen und erhielt dort sofort politisches Asyl. Sie erzählte uns viel von einem anderen Cuba: Ein Land, in dem Menschen verschiedener Hautfarben friedlich zusammenleben, in dem jede Form von Rassismus und Diskriminierung von Partei und Regierung nicht - wie bei uns - unterstützt oder stillschweigend geduldet sondern im Gegenteil aktiv bekämpft wird. Das geschieht durch die staatlichen Medien genauso wie durch Gesetze oder antirassistische Erziehung in Kindergärten und Schulen. Kaum vorstellbar für deutsche oder us-amerikanische Linke, die in ihren Ländern permanent gegen mehr oder weniger offenen Rassismus ankämpfen müssen.

Cuba, so sagt Assata, war auch für den schwarzen Widerstand in den USA der sechziger und siebziger Jahre ein Beispiel. Und die sozialen und materiellen Verhältnisse, die heute in Cuba auch im Mangel noch herrschen, sind ihrer Meinung nach den wachsenden Verelendungsprozessen und der daraus resultierenden Auflösung sozialer Strukturen in den „black communities“ der USA vorzuziehen.

Nach den zwei Wochen in den vier Provinzen trafen sich alle 115 SolifliegerInnen in Habana wieder. Dieser Teil des Programms gestaltete sich am kompliziertesten: Da die FEU keine preiswerte Unterbringungsmöglichkeit für eine so große Gruppe im Zentrum hatte besorgen können, wurden wir in StudentInnenwohnheimen der 17 Km außerhalb gelegenen Polytechnischen Hochschule CUJAE untergebracht. Das bedeutete jeden Morgen, Mittag und Abend Busfahrten von und zur CUJAE, die viel Zeit in Anspruch nahmen. Darüberhinaus waren die Besichtigungen in der Stadt oder die Treffen mit VertreterInnen verschiedener Organisationen wegen mangelhafter Organisation und unserer Gruppengröße oft sehr unbefriedigend und chaotisch. Viel sinnvoller und spannender erschien Vielen das Erkunden der faszinierenden Metropole Habana auf eigene Faust oder in kleinen Gruppen - natürlich alles auf den mitgebrachten Fahrrädern.

Im Vergleich zu den Provinzen empfanden die meisten von uns die Stimmung in Habana als sehr viel angespannter. Etliche sahen beim Spaziergehen am Malecon balseros, die direkt von Habanas Uferpromenade mit ihren nicht besonders seetauglichen Flößen Richtung Miami in See stachen. Ungefähr 30.000 sind in diesen drei Wochen der 'offenen Grenzen' geflüchtet - und auf Cuba, so wurde erzählt, gab es kaum noch Schläuche für Traktorreifen. Alles wurde für den Bau der balsas benötigt. In dieser Zeit tauschten Menschen ihre Häuser oder Wohnungen gegen Material, mit dem sie Flöße bauen konnten und Eltern nahmen ihre Kinder mit auf die gefährliche Reise (was nach kurzer Zeit von den Behörden strikt untersagt wurde). Soweit wir beobachten konnten, beschimpfte niemand die vor Hunger, Mangel und Perspektivlosigkeit Flücht-



tenden. Irgendwie schien allen klar zu sein, warum sie gehen - auch wenn die Mehrzahl der CubanerInnen nach wie vor bleiben will. Aber: Die Stimmung unter vielen 'Daheimgebliebenen' ist eher gedrückt. Zu ungewiß ist die Zukunft, zu anstrengend der Alltag im Mangel.

★ Wir internacionalistas hatten so unsere Probleme mit dem Phänomen Massenflucht: Auch wenn wir um die schwierige Situation (Strom- und Wassersperren, Bezugsscheine [librettas], auf die es in den staatlichen Läden fast nichts mehr zu kaufen gibt, Schwarzmarkt etc.) wußten, so fragten wir uns doch immer wieder, ob das alles ausreicht, um die in unseren Augen irrsinnige und gefährliche Reise über das von Stürmen und Haien heimgesuchte Meer - direkt in die Arme der US-Coast-Guard - anzutreten.

Natürlich erlebten wir in diesen Wochen auch sehr unmittelbar die Menschenverachtung und Heuchelei der US-Politik, die stets eine 'freie' (d.h. ohne Visa und damit nach cubanischem Gesetz illegale) Ausreise gefordert hatte. Die US-Behörden hatten jahrzehntelang fast allen CubanerInnen mit offiziellem cubanischem Visum die Einreise in die USA verweigert. 'Flohen' die selben Menschen allerdings mit Booten oder Flößen aus der 'kommunistischen Hölle', wurden sie in Florida wie Helden empfangen und erhielten, im Gegensatz zu HaiianerInnen und anderen Latinos/as, sofort Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Was auf die Massenausreise im August folgte, ist bekannt: Just in dem Moment, in dem Cuba alle Grenzen öffnete, wurden zehntausende von Bootsflüchtlingen von der coast guard abgefangen und im US-Stützpunkt Guantánamo im Südosten Cubas interniert.

Aus diesem aktuellen Anlaß wollte eine Delegation der TeilnehmerInnen des Soliflugzeuges bei der deutschen Botschaft in Habana eine Erklärung übergeben. Der Botschaftsrat empfing die Gruppe der StudentInnen zwar, weigerte sich jedoch, das Papier, in dem u.a. das Ende der US-Blockade und die Erfüllung der Verträge DDR-Cuba durch die Bundesregierung gefordert wurde, persönlich entgegenzunehmen. Recht offen wurde den deutschen StudentInnen erklärt, daß sie für 'nützliche Idioten' des cubanischen Regimes gehalten würden. Auf die Frage nach der Vereinbarkeit von Völkerrecht und US-Blockade ging der

Vertreter der Bundesregierung nicht ein.

Zum Schluß des vierwöchigen, 'offiziellen' Teils unseres Aufenthalts ging es dann noch für eine Woche ins Feriencamp der FEU nach Varadero - an einen der schönsten Strände Cubas.

Von dort aus flog ein Teil der Leute zurück nach Deutschland, andere radelten quer durch's Land, nach Cienfuegos, Habana oder sonstwohin, wieder andere versuchten ihr Glück mit trampen oder testeten die Reste des öffentlichen Verkehrsnetzes. Vielfach wurden CubanerInnen besucht, die wir während der ersten vier Wochen kennengelernt hatten.



Ein klimatisiertes Flugzeug bringt uns - fast food und Walt Disney's „Jumbo“ inklusive - in erschreckend kurzer Zeit in eine andere, sehr graue und sehr kalte Welt zurück.

Wieder in Deutschland, zwei Monate später (immer noch kalt und grau): Ca. 30 TeilnehmerInnen des Soliflugzeuges treffen sich in Würzburg, um über die Fortsetzung des Projekts zu diskutieren. Erfahrungen werden ausgetauscht und der Gegenbesuch von rund 20 CubanerInnen im Juli '95 geplant. Was auf dem Treffen deutlich wird: Die meisten von uns haben z.T. heftige Kritik an der Art, wie sie unsere GesprächspartnerInnen von UJC und FEU fast durchweg erlebt haben. Zu viele Widersprüche, von denen wir nicht wenige erlebt haben in diesem Sommer der Massenemigration, wurden eingeebnet, zu sehr dominierte die eine 'offizielle' Version der Realität. Dabei hatten wir etliche Gelegenheiten, erfreulich viele verschiedene Realitäten kennenzulernen. Aus allen ergibt sich nicht ein einziges Cuba-

Bild, sondern viele, teilweise verwirrend und widersprüchlich. Und dennoch: Niemand von uns hat den Gedanken aufgegeben, daß es immer noch viel zu verteidigen gibt auf Cuba. Verteidigungswert sind die ökonomischen, sozialen und politischen Errungenschaften der Revolution: Das immer noch beispielhafte Bildungswesen, die kostenlose Gesundheitsversorgung für alle, das Recht auf Arbeit und Wohnen, die Gleichheit bei der Verteilung auch im Mangel, die Versorgung im Alter, bei Unfällen oder Behinderung, der vom Staat propagierte und geförderte Kampf gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder Hautfarbe, der Schutz vor Folter und staatlichen Morden...und schließlich der Kampf Cubas für die Befreiung von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung weltweit - Cuba als „erste befreite Territorium Lateinamerikas“.

In diesen Punkten stimmten wir nicht nur mit den kommunistischen FunktionärInnen überein, sondern mit der Mehrheit der Bevölkerung.

Wir werden weiterarbeiten in unseren Städten, über Cuba informieren, gegen die Blockade kämpfen und dringend Benötigtes sammeln. Aber auch als bundesweiter Arbeitskreis gibt's für uns eine politische Zukunft. In Würzburg wurde im November beschlossen, daß neben dem Diskussionszusammenhang auch ein Verein gegründet werden soll. Er hat den Namen NEF bekommen: No Es Facil - Es ist nicht einfach...

Das zweite Treffen von NEF fand statt vom 13. bis 15. Januar 1995, wieder in Würzburg. Neben der konkreten Planung des Gegenbesuchs von 20 cubanischen StudentInnen in der BRD im Juli '95 diskutierten wir über die weitere politische Entwicklung Cubas, über die Chancen von Befreiungskämpfen weltweit und über unsere internationalistische Arbeit in der BRD.

Das nächste Treffen wird schon Anfang März sein: vom 3. bis 5.3.95 in Berlin. Weitere Informationen dazu gibt's über den AstA der FU Berlin, z.H. Barbara/Cuba-Gruppe, Kiebitzweg 25, 14195 Berlin, Tel: 030/ 831 091-10.

*Ein Artikel von Volker Rekitke, AstA FH Düsseldorf, auch im Namen der anderen OrganisatorInnen des Solidaritätsflugzeuges aus den StudentInnenvertretungen der Uni Köln, FU Berlin, Uni Würzburg, FH Bielefeld und FH Düsseldorf.*

o-ton

# Aleida Guevara: Cubaner wissen um die Vorteile nationaler Souveränität

Interview mit Aleida Guevara,  
der Tochter von Ernesto Che Guevara  
Veröffentlicht von IG Medien Forum 12/94

Im Krankenhaus „William Soler“ in Havanna sprach Willy Mathias mit Aleida Guevara über die Situation auf Cuba. Die Tochter von Ernesto Che Guevara ist heute 33 Jahre alt und arbeitet als Kinderärztin.

*Frau Guevara, Sie sind Ärztin und erleben hautnah die medizinischen Engpässe. Ist die Versorgung der Bevölkerung gefährdet?*

A. Guevara: Der Mangel an Medikamenten betrifft große Teile der Bevölkerung. Die Situation ist äußerst problematisch. Seit einigen Jahren arbeiten wir sehr intensiv auf dem Gebiet der „grünen Medizin“. Dort haben wir zum Teil enorme Fortschritte erzielt. Doch die Naturheilkunde hilft uns natürlich nicht überall weiter. Es mangelt zum Beispiel an Antibiotika und Chemotherapeutika. Um solche Arzneimittel zu erwerben, müssen wir sehr viel Geld aufbringen. Auch zwingen uns die medizinischen Engpässe zu außergewöhnlichen Problemlösungen. Um Wunden zu vernähen, haben wir zum Beispiel Fäden aus Pferdehaar und Agaven gewonnen.

*Ist unter diesen Umständen das Prinzip der kostenlosen medizinischen Betreuung noch zu halten?*

A. Guevara: Das Gesundheitssystem unseres Landes gehört zu den großen Stützen der Revolution. Die jetzige Regierung wird es nicht zulassen, daß die medizinische Betreuung käuflich wird.

Schauen Sie, selbst 1993, einem sehr schweren Jahr in der periodo especial (Sonderperiode), lag die Kindersterblichkeit bei tausend Lebendgeborenen unter zehn - ein besserer Wert als in manchen Industriestaaten.

Es gibt in unserem Land allein 22.000 Familienärzte, die durch regelmäßige

Hausbesuche Vorbeugungsmaßnahmen und direkte Betreuung ermöglichen. Diese Form der Betreuung genießt in der Bevölkerung eine hohe Wertschätzung. Wir werden die Kraft aufbringen, diese große Stütze der Revolution zu halten.

*Vor etwa einem Jahr erfuhr die Welt von einer rätselhaften Augenkrankheit, die sich in Cuba ausbreitete. Wie wurde den Betroffenen geholfen?*

A. Guevara: Nach Auftauchen der ersten Krankheitsfälle wurde alles Erdenkliche in die Wege geleitet, um die Ursachen zu ermitteln. Mediziner aus dem Ausland unterstützten uns dabei.

Ärzte aus den USA, Kanada, England und Mexiko kamen freiwillig und kostenlos nach Cuba und standen uns zur Seite.

Schließlich wurde eine spezielle Tablette entwickelt, mit deren Hilfe ein nahrungsbedingter Vitaminmangel ersetzt werden konnte. Alle Kinder, Frauen und Männer des Landes wurden mit dieser Medizin versorgt. Stadtteilkomitees, Familienärzte und Krankenschwestern organisierten die Verteilung und stellten die flächendeckende Versorgung sicher.

Diejenigen, die von der Krankheit betroffen waren, wurden solange betreut, bis der kritische Punkt überwunden war und sie sich regeneriert hatten. Es war eine große gemeinsame Kraftanstrengung mit nachhaltigem Erfolg.

*Wie beurteilen Sie die augenblickliche Situation Cubas, vor allem vor dem Hintergrund der kürzlich erfolgten Emigration Tausender ihrer Landsleute?*

A. Guevara: Wir durchleben sehr schwere Zeiten. Die jüngste Auswanderung ist ein Ausdruck davon. Leider gibt es viele Menschen, die nur den wirtschaftlichen Aspekt im Auge haben und deren oberstes Ziel es ist, ihre materielle Situation zu verbessern. Im Grunde ist dies verständlich, denn es geht dabei um Bedürfnisse, die mehr oder weniger stark alle Menschen haben. Zum Glück gibt es aber auch Menschen, die höhere Werte und Ideale haben; Werte, die dem Leben den eigentlichen Sinn geben. Lassen Sie mich dies an einem Beispiel verdeutlichen.

Zusammen mit einem internationalen Ärzteteam verbrachte ich ein Jahr in Nicaragua und zwei Jahre in Angola. Die Erfahrungen, die ich dabei machte, haben mein Leben entscheidend geprägt. Ich habe miterlebt, unter welcher unmenschlichen Bedingungen viele Kinder in diesen Ländern leben mußten. Ich sah Kinder mit heilbaren Krankheiten, deren Leben wir nicht retten konnte, weil es an den nötigen Hilfsmitteln fehlte. Das war für mich eine völlig neue Erfahrung, weil die Kinder Cubas dies nie erleiden mußten. Wenn ich vorhin von höheren Werten gesprochen habe, dann meine ich damit auch die Bereitschaft und die Kraftanstrengung derer, die sich für die Prinzipien und die sozialen Errungenschaften der Revolution einsetzen. Ich will nicht, daß Cuba das Schicksal Nicaraguas oder Angolas erleiden muß. Von einem bin ich fest überzeugt: Würde Cuba seinen jetzigen Weg verlassen, das heißt, sich von den Prinzipien der Revolution verabschieden und den politischen Wechsel vollziehen, den uns viele westliche Länder nahelegen, dann würde sich mein Land innerhalb kürzester Zeit in ein Nicaragua oder in ein Angola verwandeln. Der soziale Verlust wäre fürchterlich.

*Gibt es unter den Menschen Cubas nicht auch einen großen Verlust an Hoffnung?*

A. Guevara: Wir kämpfen seit über 50 Jahren ums Überleben, weil wir vom größten Teil der westlichen Welt isoliert und blockiert werden. Die realen Probleme sind nach dem Zerfall des

sozialistischen Lagers in Osteuropa noch viel größer geworden. Es mehren sich die Stromausfälle, es gibt einen Mangel an Medikamenten, die Lebensmittel werden knapper. Dies alles erzeugt natürlich auch Unzufriedenheit. Andererseits haben wir es bis heute geschafft, der Bevölkerung soziale Mindeststandards zu garantieren. Die Mehrheit meiner Landsleute weiß dies zu schätzen.

*Warum wollen gerade junge Kubaner ihr Land verlassen?*

A. Guevara: In Zeiten wirtschaftlicher Not glauben viele junge Menschen, sie könnten ihre Probleme in anderen Teilen der Welt besser lösen und woanders ein besseres Leben finden. Diese Einstellung findet man nicht nur in Cuba, sondern in weiten Teilen der Welt. Ich kann diese Einstellung nachvollziehen. Wer eine solche Entscheidung für sich treffen möchte, soll dies tun. Es ist sein Leben. Ich persönlich habe eine andere Auffassung. Wir lösen unsere Probleme nicht, indem wir unserem Land den Rücken kehren. Ich glaube auch nicht daran, woanders ein besseres Leben zu finden. Wir Cubaner können unsere wirtschaftliche Situation nur verbessern, wenn wir hierbleiben und gemeinsam für die Entwicklung unseres Landes arbeiten.

*Die Krise verändert vieles in Cuba. Vor allem die Präsenz des Dollars verursacht erhebliche soziale Konflikte. Die Gefahr der sozialen Spaltung der Bevölkerung wächst. Was denken Sie über diese Entwicklung?*

A. Guevara: Sie sprechen ein Problem an, das allen Cubanern große Sorge bereitet. Die schwierige wirtschaftliche Lage hat uns zur Freigabe des Dollars gezwungen. Leider! Es gab dazu keine Alternative. Einige Auswirkungen dieser Maßnahmen betrachte ich als sehr problematisch. Ein herausragendes Merkmal unserer Gesellschaft ist ihr Gerechtigkeits- und Gleichheitssinn. Seit der Freigabe des Dollars gibt es Familien, die im Besitz dieser Währung sind und es gibt andere, die weder über Verwandte in den USA noch über andere Kanäle Gelegenheit habe, Dollars zu bekommen. Dieser Unterschied besteht auf alle Fälle. Andererseits sind sich viele meiner Landsleute bewußt, daß wir am besten überleben können, wenn wir das, was wir haben, in solidarischer Form mit-

einander teilen. Was dies betrifft, stimmen mich meine Erfahrungen zuversichtlich. Wenn es zum Beispiel bei meiner Nachbarin Fleisch oder andere knappe Lebensmittel gib, lädt sie andere ein, damit möglichst viele etwas davon haben. Auf diese Weise helfen sich viele cubanische Familien untereinander. Sie bringen damit jene zwischenmenschliche Solidarität zum erblühen, die ich in meinem Land immer gekannt und geschätzt habe.

*Laut einer im Westen weitverbreiteten Auffassung gibt es in Cuba keinerlei Demokratie. Was sagen Sie als Cubanerin zu solchen Auffassungen?*

Mit dieser westlichen Besorgnis bin ich nicht zum erstenmal konfrontiert. Das einzige, was wir Cubaner erwarten ist, daß man uns mit Würde und Respekt behandelt. Man sollte unseren Wunsch respektieren, so zu leben wie wir es für richtig halten.

Ein Beispiel: Die frühere DDR und die BRD haben sich vereinigt. Wir Cubaner haben dazu unsere eigene Meinung. Trotzdem wären wir weder berechtigt, noch in der Lage, den Deutschen zu sagen, was sie zu tun oder zu lassen haben. Das ist eine interne Angelegenheit der Deutschen, sie alleine entscheiden über ihren Weg. Umgekehrt sollte es genauso sein. Wir Cubaner erwarten denselben Respekt, wenn es um unser ureigenes Recht geht, darüber zu entscheiden, ob wir diese oder jene Demokratie wolle.

Was heißt überhaupt Demokratie? Durch was zeichnet sich Demokratie aus? Den eigenen Weg selbst zu bestimmen, mit Leidenschaft für seine Ziele zu arbeiten, seine Identität uneingeschränkt zu entfalten, die Würde zu haben, zu sagen: Wir machen das was wir wollen, und nicht das, was die USA gerne hätten. Das ist für uns Demokratie.

Schauen Sie, seit vielen Jahren steht eine führende Persönlichkeit an der Spitze unserer Regierung. Es ist ein außergewöhnlicher Mensch mit einer enormen Ausstrahlung. Und so wie alle Menschen, kann auch er seine Fehler und seine Eigentümlichkeiten haben. Wir sagen nicht, daß Fidel für uns ein Gott ist, im Gegenteil. Er ist ein Mensch aus Fleisch und Blut, mit denselben Möglichkeiten wie du und ich. Er hat sich dazu entschlossen, sein Leben und sein Wirkendem cubanischen Volk zu widmen. Ich kenne ihn persönlich und mag ihn wie meinen eigenen Vater. Aber gleichzeitig bin ich seine Kritikerin. Ich fühle mich wie seine Tochter,

die das Recht hat, ihn zu kritisieren, wenn ich glaube, daß er Fehler begangen hat. Er setzt sich mit meiner Kritik offen und ehrlich auseinander. Dasselbe geschieht auch auf anderen Ebenen. Fidel läßt berechtigte Kritik nicht einfach von sich abprallen, er nimmt sie sich zu Herzen. Er lernt daraus. Auch hat Fidel stets großen Wert darauf gelegt, auf das zu hören, was die Bevölkerung sagt. Er verfolgt die Dinge sehr aufmerksam und versucht für das Leben der Cubaner das Bestmögliche zu erreichen. Das Vertrauen der cubanischen Bevölkerung in die Persönlichkeit Fidel Castros ist nach wie vor sehr groß. Auch in den schwierigen Zeiten, die wir jetzt durchleben. Für viele im Westen scheint das schwer verständlich zu sein. Doch wir Cubaner haben die Vorteile nationaler Souveränität kennen- und schätzengelernet. Diese Unabhängigkeit mußte vom Volk erkämpft werden und sie wird vom Volk aufrechterhalten. nach meinem Verständnis hat dies sehr viel mit Demokratie zu tun. Das ist die Demokratie, in der ich leben will, in der ich mich als mensch verwirkliche will und in der ich meinen Kindern in ihrer Entwicklung beistehen will.

*Glauben Sie, daß sich die Menschheit den Zielen ihres Vaters annähert?*

A. Guevara: Das Hauptziel im Denken meines Vaters war die Herausbildung eines Menschen, der befähigt ist, in einer besseren, einer menschlicheren Gesellschaft zu leben; eines Menschen der die Interessen der anderen über die eigenen Interessen stellt, eines Menschen, der die Ungerechtigkeiten in anderen Teilen der Welt am eigenen Leib spürt. Es ging meinem Vater um den neuen Menschen. Das war sein höchster Lebensinhalt. Was ist zu tun, damit sich ein solcher Mensch entfalten kann, wie kann ihm Kraft verliehen werden?

Mein Vater versuchte, sich diesem Ziel durch sein eigenes Verhalten, durch konsequentes Vorleben der eigenen Ideale zu nähern.

Ein lateinamerikanischer Schriftsteller beschrieb meinen Vater mit den folgenden Worten: „Er machte, was er sagte, er war ehrlich und aufrichtig, in seinem Handeln genauso wie in seinem Denken.“

Das Ideal des neuen Menschen findet überall in der Welt einen Nährboden, wo sich Menschen ihre Würde bewahren und eine humanere Gesellschaft anstreben. Realistisch betrachtet ist es natürlich eine sehr schwere Aufgabe.

Vor allem vor dem Hintergrund der künstlich erzeugten, also der manipulierten Bedürfnisse in der Welt.

Nicht zu unterschätzen ist auch der materielle Aspekt. Diesbezüglich gibt es übrigens eine weitverbreitete, aber falsche Interpretation des Denken von Che. Es wird gesagt, mein Vater habe materielle Anreize generell verneint. Das stimmt so nicht. Er war sich der Bedeutung materieller Anreize durchaus bewußt, vertrat aber die Auffassung, daß diese nicht so hoch eingestuft werden dürfen wie die sozialen und moralischen Anreize.

*Was kann von der Weltanschauung ihres Vaters bei den heutigen Machtverhältnissen noch verwirklicht werden?*

A. Guevara: Ich habe kürzlich Barcelona besucht und machte eine Erfahrung, die mich sehr beeindruckte. Eine Gruppe Jugendlicher bekannte sich während einer öffentlichen Veranstaltung zu den Idealen Che's und entfaltete eine rote Fahne mit seinem Bildnis. Für mich war dieses Erlebnis sehr ermutigend. Wenn Jugendliche eines so fernen und unterschiedlichen Landes hingehen und die Persönlichkeit Che's in ihre Zukunft integrieren, dann ist das für mich ein Zeichen, daß es in vielen Teilen der Welt Menschen gibt, die seinen Weg fortsetzen wollen. Trotz aller Widrigkeiten habe ich noch immer die Hoffnung, daß es eines Tages gelingen wird, den Menschen zu schaffen, von dem mein Vater träumte und der er selbst war: der Mensch des 21. Jahrhunderts.

*Das Interview führte  
Willy Matthias*

## Bohemia

Die »Bohemia« muß weiterleben!

Das weitere Erscheinen der gegenwärtig einzigen kubanischen und ältesten Wochenzeitschrift Lateinamerikas »Bohemia« ist gefährdet. Papiermangel in Kuba und Devisenknappheit für den Kauf von Papier im Ausland sind die Ursachen für diese angespannte Situation.

Diese traditionsreiche und in Kuba und ganz Lateinamerika beliebte Zeitschrift spielte und spielt gerade in der jetzigen Zeit eine wichtige Rolle im innerkubanischen Diskussionsprozeß. Sie ist für die kubanischen Menschen ein wichtiges Bindeglied zum internationalen Geschehen, und sie vermittelt im Ausland ein reales Bild über kubanische Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur. Eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit verbindet die »Bohemia« seit langer Zeit mit der Kuba-Solidaritätsbewegung in der BRD.

Wir rufen alle Freundinnen und Freunde Kubas in der BRD auf, für die »Bohemia« kleinere und größere Beträge zu spenden. Die Spendegeelder stellen wir der »Bohemia« direkt für den Kauf von Papier zur Verfügung. Über den Stand der Spendenkampagne informieren wir regelmäßig in den »Netzwerk-Nachrichten«.

Geldspenden überweist bitte auf das Konto des Netzwerk Cuba Informationsbüro e. V. bei der Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 46953, BLZ 380 500 00, VWZ: Bohemia (Bitte unbedingt angeben).

Netzwerk Cuba Informationsbüro e. V.  
Reurerstr. 44 - 53113 Bonn - Tel./Fax: 0228/241 505

Im Netzwerk Cuba arbeiten über 25 Gruppen mit, die auf verschiedene Art und Weise politische und materielle Unterstützung für Kuba leisten.

## lateinamerika

# Die lateinamerikanische Linke und der Mythos der Wahlen



Foto: M. Meyborg/Signum

Eine kurze Rückblende. Anfang Oktober 1993 fand in Frankfurt/M ein Kongreß zur Situation der Linken in Latein- und Zentralamerika statt (siehe Cuba Libre 1/94). Dominiertes Thema dort waren die Wahlen, die damals in Brasilien, Kolumbien, El Salvador, Nicaragua und Uruguay bevorstanden. Die Hoffnung schwang sowohl unter den lateinamerikanischen ReferentInnen als auch unter den hiesigen InternationalistInnen mit, daß durch diese Wahlen einige der linken Parteien Teil von Regierungsbündnissen werden könnten und so zur Umkehr der Krise der Linken beitragen könnten. Die PT-Fahne über dem Podium war mehr als ein Symbol. Gerade ein Wahlsieg der linken brasilianischen Sammlungspartei Partido Trabalhadores hätte im größten Flächenstaat Lateinamerikas ein Signal gesetzt. Tatsächlich schien der Wahlsieg des PT-Präsidentschaftskandidaten, des ehemaligen Metallarbeiters Lula, zum Greifen nahe.

Ein Jahr danach ist es Zeit, eine Bilanz zu ziehen über die damaligen Hoffnungen und Prognosen. Mittlerweile haben die Wahlen in Kolumbien, El Salvador Brasilien und Uruguay den erwarteten Wahlsieg der Linken nicht bestätigt. In all diesen Ländern konnten konservative oder populistische Bündnisse die Macht behaupten. In Kolumbien konnte das Oppositionsbündnis 'Causa R' zwar seine Position ausbauen. Zur Beteiligung an der

Regierung kam es allerdings nicht, obwohl sie sich nicht als klassische Linkspartei verstand, sehr moderat auftrat und z.B. die Zusage machte, auch bei einem Wahlsieg die Auslandsschulden zurückzuzahlen.

Die Wahlniederlage der FLMN in El Salvador war, allen zur Schau gestellten Optimismus zum Trotz, auch für hiesige KennerInnen der dortigen Verhältnisse keine Überraschung. Manche meinten sogar nach den Wahlen, daß die Frente mit einem Drittel der WählerInnenstimmen noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen ist. Was für die Linke in El Salvador zum Fiasko wurde, war weniger das nationale Wahlergebnis sondern die mangelnde Unterstützung in den Gemeinden und die nach den Wahlen offene Spaltung in einen rechtssozialdemokratischen Flügel und einen, der zumindest verbal am Fernziel Sozialismus festhält. Leider scheint dieses Beispiel bei den sandinistischen GenossInnen in Nicaragua Schule zu machen. Daß dort eine sozialdemokratische Tendenz den historischen Sandinismus für obsolet erklärt, wurde einer breiteren Öffentlichkeit spätestens bekannt, als der ewige Jesusdarsteller Ernesto Cardenal, dessen Naivität mit der seiner Bauernmalerien konkurrieren kann, mit großen Getöse seine Mitgliedschaft in „der von Ortega auf Linie gehaltenen Kaderpartei“ FSLN aufkündigte. Was in diesem Getöse unterging, war das partei-

interne Wahlergebnis, daß die Ortega-Borge-Linie mit Zweidrittelmehrheit bestätigte und die selbsternannten ErneuerInnen in die Minderheit verwies. Doch wie demokratisch unterlegene ErneuerInnen halt so sind, schieben sie die Schuld für ihre Niederlage auf die bösen Altkader.

★ Unter diesen Umständen braucht mensch keine prophetische Gabe, um vorherzusagen, daß die Wahlergebnisse im nächsten Jahr durchaus mit denen in El-Salvador vergleichbar sein werden und die ultrarechten Altsomosisten um den Bürgermeister von Managua Aleman die eigentlichen Wahlgewinner sein werden. Die Linke in Uruguay, wo Ende November Wahlen stattfanden, muß zwar aktuell nicht mit Spaltungstendenzen kämpfen, obwohl sich auch dort reformistische Tendenzen bemerkbar machen. Die Massenmobilisierungen gegen die Auslieferung von zwei seit Jahren in Montevideo lebenden Basken an Spanien im August dieses Jahres zeigte, daß die Linke in diesem Land ein Faktor ist. Die anschließende Repressionsorgie der Staatsorgane, deren Ergebnisse zwei Tote und viele Verletzte sowie die Schließung eines linken Radiosenders waren, machte deutlich, wie schnell die Herrschenden bereit sind, zum Terror der Militärdiktatur der 70er Jahre zurückzukehren. Ein weiteres Handicap für die dortige Linke ist, daß zwar die ehemaligen GuerillakämpferInnen der Tupamaros als jetzt legale Partei große Anziehungskraft besitzen und zur Attraktivität des Linksbündnisses 'Frente amplio' wesentlich beitragen, daß allerdings einst starke Parteien,

wie die Kommunistische Partei Uruguays fast völlig von der Bildfläche verschwunden sind. Nach den letzten Wahlen konnte die Linke das traditionelle Zweiparteiensystem kippen, wurde mit knapp 30 % aber trotzdem nur Drittstärkste Kraft.

Besonders enttäuschend auch für hiesige InternationalistInnen war das Wahlergebnis in Brasilien. Denn anders als bei den letzten Wahlen unterlag Lula haushoch gegen den politisch bisher nicht in Erscheinung getretenen Soziologieprofessor Cordosa, der in den 60er Jahren Anhänger der Depedenztheorie war, einem linkssoziologischen Erklärungsansatz, der besagt, daß die Trikontländer durch die Metropolen unterentwickelt gehalten werden. Erst wenige Monate vor den Wahlen ging Cordosa ein Bündnis mit den alten Latifundistas und Militärs ein. Zwar wurde sein haushoher Sieg mit seinem Währungsplan erklärt, für den er als Finanzminister verantwortlich war und der die extremen Inflationsraten zumindest vorübergehend fast auf Null brachte. Doch wie erklärt sich, das Dahinschmelzen der über Jahre stabilen Stimmenmehrheit für Lula in den Umfragen? War seine Basis wirklich so schwach? Diese Fragen muß sich die PT jetzt verstärkt stellen, denn als ewige Oppositionspartei in Wartestellung wird sie auf die Dauer keinen Bestand haben.

Daß gilt auch für die größte Oppositionspartei eines Landes, daß auf dem Frankfurter Kongreß nicht die gebührende Aufmerksamkeit erhielt, die ihm durch die unvorhergesehenen Ereignisse im letzten Winter eigentlich zukommt. Mexiko galt immer als legales Rückzugsgebiet latein- und

zentralamerikanischer Guerillagruppen. Gerne wurde auch von hiesigen InternationalistInnen verdrängt, daß die seit über 70 alleinregierende PRI eine repressive Parteidiktatur ausübt. Die Oppositionspartei mit ihren Präsidentschaftskandidaten, dem Sohn des legendären Ex-Präsidenten Cardenas wurde durch Betrug bei den letzten Wahlen um ihren Sieg gebracht. Nach den zapatistischen Aufstand in der mexikanischen Südpinz Chiapas bekamen die Oppositionskräfte Auftrieb und die Vorstellung durch Wahlen an die Macht zu kommen, wurde für viele Linke denkbar. Auf der ersten Konferenz der oppositionellen Bewegung, zu der die ZapatistInnen in den süd-mexikanischen Urwald einluden, waren Personen ausgeschlossen, die die Wahlen grundsätzlich ablehnten. Umso überraschter waren viele über den hohen Sieg der Regierungspartei PRI. Zwar gibt es für unabhängige BeobachterInnen keinen Zweifel, daß auch bei diesen Wahlen Betrugsmanöver verschiedenster Art eine Rolle spielten, auch wenn internationale WahlbeobachterInnen, unter ihnen der historische Gründer der nicaraguanischen SandinistInnen Tomas Borge, sich nicht zu Schade waren, der PRI öffentlich zu bestätigen, daß die Wahlen korrekt verlaufen seien. Trotzdem warnen KennerInnen der mexikanischen Innenpolitik davor, den Wahlsieg ausschließlich den Betrugsmanövern zuzuschreiben. Zwar habe in der Aufstandsprovinz Chiapas nachweislich der Oppositionskandidat gewonnen, aber gesamt-mexikanisch habe viele WählerInnen die Angst vor einer ungewissen Zukunft wieder in die Arme der PRI getrieben.

Auch dort hat eine Perspektivdebatte unter der breitgefächerten Linken begonnen, die nicht noch einmal auf die nächste Wahlchance warten will. Gleichzeitig hat der bewaffnete Aufstand der ZapatistInnen ausgerechnet in Mexiko, daß bisher alle Ansätze einer Guerilla aufgegeben hatte, in der Linken Latein- und Zentralamerikas die Frage nach dem Stellenwert des bewaffneten Kampfes erneut aufgeworfen. Dabei schien gerade diese Diskussion mit den Friedensschlüssen in El Salvador und der Aufgabe vieler anderer Guerillagruppen erledigt. Auf dem Frankfurter Kongreß war es zumindest ein nur marginales Thema. Tatsächlich befanden sich alle Guerillagruppen in dieser Hemisphäre in einer Krise. Eine Ausnahme war bis Herbst 1992 lediglich die peruanische Guerilla 'Sendero Luminosa', die sich



Foto: M. Meyborg/Signum



nicht in die Tradition der anderenbewaffneten Gruppen dieses Kontinents einreihen läßt, sondern sich aus Entwicklungen innerhalb des maoistischen Parteienspektrums Perus herleitet. Nach der Verhaftung ihres Vorsitzenden Gonzalo setzte auch dort der Niedergang ein, der durch bisher nicht Verifizierte Meldungen über einen Friedensschluß zur Spaltung führte. Sendero allerdings war, wie TeilnehmerInnen auf dem Frankfurter Kongreß auch schriftlich kritisierten, kein Thema.

Allerdings blieb auch sonst ausgeblendet, was nicht an die Sichtweise der VeranstalterInnen paßte, also sich nicht an den Wettlauf um Friedensabschlüsse und Eingliederung ins parlamentarische System beteiligt hatte. Z.B. die Guerillakoordination Kolumbiens, die allen Regierungspläne zum Trotz nicht zerschlagen werden konnte, sondern im letzten Jahr ihre Kolonnen verdoppelte.

Das auch unter AktivistInnen der Solidaritätsbewegung nach den Wahlergebnissen Ernüchterung eingetreten ist, zeigt die Haltung von Heinz Dietrich, Soziologieprofessor an der Universität von Mexico, Mitinitiator der Kampagne 'Emanzipation und lateinamerikanische Identität 1442 - 1942' und Mitorganisator des Frankfurter Kongresses. Anlässlich seiner Vortragsreise zur Kubasolidarität gemeinsam mit der 'jungen welt' in diesen Herbst nahm Dietrich Abschied von der Hoffnung auf linke Wahlsiege und setzte auf eine Wiederentdeckung des bewaffneten Kampfes als Antwort auf die Enttäuschungen. So erfreulich es einerseits ist, daß die linke Debatte nicht auf das Niveau grüner ZivilgesellschaftsideologInnen zurückfällt, fragt mensch sich doch, wieso Dietrich binnen eines Jahres teilweise diametral entgegengesetzte Positionen bezieht, ohne auch nur eine kritische Reflexion seines eigenen Diskussions-

prozesses öffentlich zu machen. Der Verdacht drängt sich auf, daß immer die passende linke Theorie zu den aktuellen politischen Entwicklungen geliefert wird. Hätte Lula in Brasilien die Wahlen gewonnen, wäre die Bedeutung parlamentarischer Methoden bestimmt positiver eingeschätzt worden. Diese linke Begleitung von bestimmten historischen Ereignissen reicht zur Verfälschung guter Zeitungskommentare, aber taugt wenig für eine linke Perspektivdebatte.

Dazu muß mensch sich ein Stück weit freimachen von den unmittelbaren Ereignissen. Zur Einschätzung der Rolle der Parlamentarismus für die Linke Latein- und Zentralamerikas gehören auch die historischen Erfahrungen, z.B. der chilenischen Unidad Popular. Gerade nach dem Militärputsch gegen Allende wurde die Rolle des Parlaments im Prozeß einer Gesellschaftsveränderung in der Linken negativer beurteilt. Die Analyse der GenossInnen der MIR, einer chilenischen Linksorganisation, die nicht an der Unidad Popular beteiligt war aber diese punktuell unterstützt hatte, lautete, daß die Linke durch eine zu starke Fixierung auf den Parlamentarismus, die Mobilisierung der Bevölkerung vernachlässigt hatte, was es der Bourgeoisie erleichterte, die Linke und den Parlamentarismus blutig zu vernichten. Diese Einschätzung wurde in weiten Teilen der Linken Zentral- und Lateinamerikas lange Zeit geteilt. Mit dem Sieg der SandinistInnen in Nicaragua 1979 schien die Machtübernahme durch den Guerillakampf die historische Perspektive. Erst Ende der 80er Jahre gab genossIn sich lieber pragmatisch, was neben dem Zerfall des nominalsozialistischen Staatenblocks auch regionalen Ereignissen, wie der Wahlniederlage der SandinistInnen und internen Krisen geschuldet war.

Auf dem Frankfurter Kongreß konnten alljene, die so große Hoffnungen auf Wahlen setzten, die Frage nicht beantworten, wie sie Entwicklungen wie in Chile ausschließen wollen. Vielleicht indem sie schon von Anfang an, alles unterlassen, was die Bourgeoisie verärgern könnte? Nun braucht diese Frage in der Praxis nicht beantwortet werden, weil die Linke gar nicht erst wie in Chile 1970, an die Regierung kommt. Denn die Bourgeoisie lernt auch aus ihren Fehlern. Das Schauspiel, daß sie z.B. in Santiago 1970 geboten hat, nämlich die Spaltung in zwei unversöhnliche Flügel mit eigenen Präsidentschaftskandidaten, die den Wahlsieg Allendes mit knapp einem Drittel der WählerInnenstimmen erst ermöglicht hatte, bietet sie heute nicht mehr. Sie einigt sich zur Not lieber auf einen Ex-Linken Soziologieprofessor als gemeinsamen Kandidaten wie in Brasilien. ★

Was aber bedeuten die knapp skizzierten Entwicklungen für die Linke dieser Länder, die nun als Oppositionskraft auch den Vorteil haben, darüber nachzudenken, daß nicht alle, die an der Regierung sind, auch Macht haben. Gerade angesichts von langfristigen Verträgen vieler Ländern mit dem Weltwährungsfond und internationalen Konsortien, bliebe für eine regierende Linke kaum mehr Spielraum als Krisenmanagement Mangelverwaltung und bei den nächsten Wahlen ein Schicksal, wie das der SandinistInnen 1990 - die Abwahl und die Machtübernahme einer sich geschickter Frustration der Bevölkerung bedienenden Ultrarechten.

In diesem Szenarium ist tatsächlich der bewaffnete Aufstand der ZapatistInnen, der nicht zufällig just an dem Tag stattfand, als die Freihandelszone USA-Mexico in Kraft trat, ein Faktor, der die nicht berechenbare Kraft der Marginalisierten in Erinnerung rief. Gerade unter den Millionen Indigenas, die in den verschiedenen Ländern Zentral- und Lateinamerikas neben ihrer sozialen Marginalisierung noch von rassistischer Unterdrückung betroffen sind, ist das Beispiel der ZapatistInnen ein Fanal. Allerdings ist nicht in absehbarer Zeit damit zu rechnen, daß z. B. in El-Salvador der bewaffnete Kampf wieder auf der Tagesordnung steht. Zu groß war die Kriegsmüdigkeit und Enttäuschung über das Verhalten mancher Ex-Commandantes als zivile PolitikerInnen.

Peter Nowak

## „Die USA wollen keine Militär- intervention, weil sie eine viel effektivere Strategie haben ...“

Das folgende Interview wurde von Babeth van Loo im Dezember vergangenen Jahres geführt und in den „Perspektiven“ mit freundlicher Erlaubnis der Ayti Toma Films veröffentlicht. Wir danken den „Perspektiven“, daß wir den Artikel auch in der Cuba Libre abdrucken dürfen.

**PERSPEKTIVEN:** Während der letzten Monate begleitete ich Präsident Aristide zu verschiedenen europäischen Regierungsinstitutionen. Letzte Woche zum Beispiel besuchte ich mit Vater Antoine Adrian, dem Vorsitzenden von Aristides Präsidentenkommission, das niederländische Außenministerium. Während der meisten dieser Besuche neigten die Regierungsbeamten zu Andeutungen, daß Präsident Aristide und/oder seine Repräsentanten die Rolle der USA in der Haiti-Krise überschätzt hätten. Ich fühlte eine Art Widerwillen auf ihrer Seite, die dominierende Rolle der Vereinigten Staaten vor allem in Weltorganisationen wie den Vereinten Nationen einzugestehen. Dennoch stellte ich fest, daß man in ihrer Politik fast ein Oberkommando der Vereinigten Staaten ausmachen kann. In einem Fall ging es um ein amerikanisches Schiff, die „Harlan County“, das hunderte internationaler Fachleute, unter ihnen Kanadier und Franzosen, als technische Assistenz für die Übergangsperiode der Rückkehr zur Demokratie nach Haiti bringen sollte. Offenbar wurde selbst der UN-Vermittler Dante Caputo nicht nur nicht konsultiert, sondern noch nicht einmal von der Entscheidung der USA, das Schiff zurückzurufen und nicht in Haiti zu landen, informiert. Meiner Einschätzung nach war das ein sehr kritischer Moment für Haiti. Wie ist Ihre Einschätzung?

**CHOMSKY:** Die Vereinigten Staaten besitzen einen überragenden Einfluß in Haiti. Darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel. Das haitianische Militär ist eng mit dem US-amerikanischen verbunden. Das Oberkommando wurde von dem Militär der Vereinigten Staaten ausgebildet, sowohl General Cedras wie der Polizeichef Michele Francois wurden in Fort Benning in

Georgia, der School of Americas, ausgebildet. Sie unterhalten Kontakte mit den USA. Die CIA ist eng mit dem haitianischen Geheimdienst verbunden, bei dessen Aufbau sie mitgeholfen hat, einschließlich der Drug Enforcement Agency (Anti-Drogenabteilung), die Verbindungen zu hohen Beamten Haitis unterhält. Die haitianischen Eliten, die kleinen und superreichen Sektoren, sind sehr eng in das US-amerikanische Hilfssystem integriert, das durch die Gabe seiner Ressourcen während der achtziger Jahre versucht hat, Haiti in eine ausgelagerte Montageanlage umzuwandeln. Hier konnte man Arbeitskraft für 14 Cents die Stunde bekommen, woran haitianische superreiche Geschäftsleute enorm verdienten. Die Verbindungen sind so eng, daß sie eine Abhängigkeit darstellen. Immerhin war Haiti zwanzig Jahre lang von den Marines besetzt. Nachdem Woodrow Wilson es überfallen hatte, hinterließen sie praktisch eine US-amerikanische Kolonie.

Tatsächlich ist es für alle, von der reichen Elite bis zu den Armen, völlig klar, daß, wenn die Vereinigten Staaten irgendein Interesse an der Wiedereinsetzung Aristides und seiner Volksbewegung hätten, dann würden sie es einfach tun.

Aber die US-amerikanische Regierung hat explizit völlig klar gemacht, daß sie Aristide nicht mag und sie die Volksbewegung nicht wiederhergestellt haben möchte. Als Aristide die Macht übernahm, wandten sich die Vereinigten Staaten sofort gegen seine Regierung und stellten die Hilfe ein. Zum Beispiel hat die US-Hilfsorganisation nie auch nur einen Pfennig an die Bauernorganisationen abgegeben; schließlich ist Haiti ein Agrarland. Ihre Hilfe geht an reiche Fabrikbesitzer. Die Anstrengungen der Vereinigten Staaten, sowohl Hilfsorganisationen

als auch Regierung, versuchten nicht Aristides Elemente in der Koalition zu stärken. Als der Putsch stattfand, hielten sich die Vereinigten Staaten heraus und konstatierten, daß obwohl sie der Demokratie in Haiti verpflichtet seien, diese Verpflichtung niemandem persönlich galt. Damit war der Präsident gemeint, der von zwei Dritteln der Bevölkerung gewählt worden war. Es ging sicherlich nicht um die lebendige civil society, die ihn in sein Amt gebracht hatte. Dies setzt sich in der Clinton-Administration fort. Als der jetzige Außenminister Warren Christopher seine Anhörungen hatte, äußerte er die angebrachten Frömmigkeiten über unser Interesse an Demokratie in Haiti. Er sagte, daß Aristide Teil der Lösung sein müsse, aber es ist nicht klar, welcher Teil der Lösung er sein könnte. Sowohl die Regierung als auch die Presseberichterstattung richteten ihre Aufmerksamkeit auf die eigentlich nicht existierenden Menschenrechtsverletzungen während Aristides siebenmonatiger Amtszeit, es waren buchstäblich eine Handvoll. Ihnen wurde mehr Aufmerksamkeit geschenkt als den tausenden Morden und der riesigen Zahl an Gewalttaten in der Zeit nach dem Putsch. Aristide wird als grell und arrogant beschrieben, einer, der die zivile Gesellschaft attackiert - zivile Gesellschaft definiert als die Typen in goldbelegten Cadillacs in den Vorstädten -, der zu Klassenhaß aufhetzt, weil er die Reichen als verantwortlich für Haitis Armut beschuldigt - was offensichtlich wahr ist.

Die Vereinigten Staaten haben versucht, ihn als eine Art Gallionsfigur zu installieren, jedoch mit der Macht in den Händen der traditionellen Geschäftswelt, die die Vereinigten Staaten schon immer unterstützt haben. Und weiterhin ist dies absolut Bestandteil der US-amerikanischen Politik, auch überall sonst auf der Welt, sogar in den Vereinigten Staaten, wo die gemeine Bevölkerung als eine Art Feind betrachtet wird, die keine Rolle im politischen System innehat. Sie soll von außen beobachten. Das politische System wird von privilegierten Sektoren

ren betrieben. Und in der Dritten Welt ist dies offensichtlich. Haiti ist ein extremes Beispiel dafür.

**PERSPEKTIVEN:** Würden Sie dem zustimmen, daß es eine gemeinsame Linie der CIA und des Pentagons mit rechten Republikanern wie den Senatoren Jesse Helms, Bob Dole und vielleicht sogar Elliot Abrams gegen das State Department oder Clintons Unterstützung für die Rückkehr Aristides gibt?

**CHOMSKY:** Es ist wahrscheinlich, daß es taktische Differenzen dieser Art gibt; aber vergessen Sie nicht, daß die Clinton-Administration selbst die Rückkehr Aristides als Gallionsfigur möchte. Der ganze Druck der Clinton-Administration auf ihn war darauf ausgerichtet, nicht die Teile der Volksbewegung, die ihn zur Macht gebracht hatten, einzusetzen, sondern eher Personen aus der Geschäftswelt. Das wird „broadening democracy“, Erweiterung der Demokratie, genannt. Demokratie wird „erweitert“ durch Einbringen von Geschäftselementen, weiter noch durch Einbringen der extremen Rechten, aber Demokratie wird nicht „erweitert“ durch Einbringen der Volksbewegung, die Aristide an die Macht gebracht hat. Sie muß ausgeschlossen werden. Das war die Politik von Clintons Administration. Es stimmt, daß Jesse Helms, Henry Kissinger und Elliot Abrams sogar noch weiter gehen. Ihrer Behauptung nach ist Aristide ein pathologischer Mörder. Sie haben Fraktionen in der CIA eingestellt, die eine Menge falscher Informationen darüber streuen sollen; dies ist aber auch die Politik der Clinton-Administration. Man muß sich nur das Beispiel des völlig offenen Drogenhandels anschauen. Berichte des Außenministeriums machten die Tatsache öffentlich, daß die Militärmachthaber auf der Grundlage des Drogenhandels überleben. Tatsächlich wurde Haiti 1992 vom State Department als das zweitgrößte Zentrum nach den Bahamas für die Überschiffung kolumbianischen Kokains in die USA benannt.

Die US-Marine kann jedes kleine Fischerboot oder Segelschiff, das eine Handvoll Flüchtlinge an Bord hat, stoppen und sie zu Terror und Folter zurückbringen - was zufällig am selben Tage passierte, als die Harlan County zurückfuhr - aber sie kann kein Schiff entdecken, das Drogen in und aus Haiti schickt, noch kann das die amerikanische Air Force. Niemand

glaubt das. Die Drug Enforcement Agency hat vor kurzem verkündet, daß der Drogentransport über Schiffe nach dem Putsch stark abgenommen habe. Niemand mit gesundem Menschenverstand glaubt das. Natürlich ist der Transfer nach dem Putsch angestiegen. Sie sagen, er hätte abgenommen, was heißt, daß sie in die andere Richtung schauen. Hier sind die Clinton-Administration und das Außenministerium in ihrer anfänglichen Position konsistent, daß Aristide Teil der Lösung sein solle, wie sie es formulieren, aber sie sind sich nicht sicher, welcher Teil. Es muß ein Übereinkommen geben zwischen Aristide und den superreichen Sektoren und ihren militärischen Verbündeten. Sie sind die civil society, die, die regieren müssen. Aristide bekommt die Erlaubnis, in irgendeinem Zimmer zu sitzen und zu beobachten, wenn sie verhindern können, daß er umgebracht wird.

**PERSPEKTIVEN:** Aber wäre es nicht Clintons Interesse, dieses haitianische Problem zu lösen, nicht nur um die Migration der boat people zu stoppen, sondern auch weil der „Black Caucus“ jetzt die haitianische Sache vertritt, der seine Stimmen brauchen wird, um die ganzen Wahlkampfversprechen zu halten?

**CHOMSKY:** Die erste Tat der Clinton-Administration, die allererste Tat, die er schon einige Tage vor seiner Amtseinführung angekündigt hatte, ging um haitianische Flüchtlinge. Nachdem er Bush während der Wahlkampagne wegen dessen absolut inhumaner Politik, diese Menschen zu Terror und Folter zurückzubringen, denunzierte, kündigte er an, er werde diese Politik härter und extremer machen. Tatsächlich führte er eine Schiffsblockade ein, völlig illegal natürlich, um jedwede Flucht aus Haiti zu verhindern - dies dauert bis heute an.

Ja, er wird weiterhin dem Black Caucus Versprechungen machen. Ja, es wäre natürlich in seinem Interesse, das Problem zu lösen oder aufzulösen, aber auf eine besondere Art; in einer Weise, die ihre Politik, eingeschlossen den Governess Island Accord,<sup>2</sup> verdeutlicht. Man will das Problem mit den, wie sie sie nennen, progressiveren Elementen der Geschäftswelt zu lösen versuchen. „Progressivere Elemente“ meint nicht diejenigen, die die Bevölkerung massakrieren wollen, sondern eher diejenigen, die sie versklaven will; die sie für ein paar Pen-

nies in Montageanlagen arbeiten lassen will, buchstäblich 14 Cents die Stunde, hauptsächlich Frauen, weil diese zahmer und leichter zu unterdrücken seien. Sie werden riesige Gewinne daraus ziehen. Das sind die „progressiveren“ Elemente der Geschäftswelt, die die Macht übernehmen sollen. Wir können Aristide als symbolische Figur einbringen, zwar marginalisiert, aber anwesend. Dann wird es für Medienkommentatoren und Intellektuelle möglich sein, unseren wunderbaren Einsatz für Demokratie zu loben. Das wäre ein optimales Arrangement, nur ist es nicht ganz so einfach, weil die militärischen Rohlinge schwer zu kontrollieren sind. Dieses Arrangement zu verwirklichen, ist nicht leicht, also zögern sie noch. Und während sie noch zögern - dies ist im Governess Island Accord impliziert - fährt das Militär fort zu massakrieren, zu zerstören und die lebendige zivile Gesellschaft zu vernichten. Americas Watch, eine führende Menschenrechtsgruppe, hat vor einigen Monaten formuliert, daß, wenn dies weiter anhält, für den Fall Aristides Rückkehr, es keine Unterstützungsbasis für ihn mehr gäbe, weil sie zerstört sein wird.

**PERSPEKTIVEN:** Im Moment fordert man nicht einmal die Durchführung des „Governess Island Accord“. Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür, daß die Vereinten Nationen keine stärkere Haltung einnehmen? Warum unternimmt Butros Ghali nichts, um die „Governess Island Accords“ durchführen zu lassen?

**CHOMSKY:** Die Vereinten Nationen agieren nicht, ohne Einwilligung der Vereinigten Staaten. Sie sind das bei weitem mächtigste Mitglied. Als die Vereinten Nationen agieren wollten und die USA dagegen waren, haben die Vereinten Staaten dies einfach untergraben und dabei fast die Vereinten Nationen zerstört, oder zumindest jene Teile, die nicht gehorchten. Was ist denn mit UNESCO oder UNCTAD oder anderen Sektoren der UNO passiert, die die Interessen der Dritten Welt vertraten. Sie sind eigentlich verschwunden. Die USA waren in der Mitte der sechziger Jahre, als die UNO mehr oder weniger außer Kontrolle geriet, bis zu den Neunzigern führend bei Vetos im Sicherheitsrat, mit England kurz dahinter; Frankreich kam weiter hinten als Dritter. Die Vereinigten Staaten

stimmten oft allein oder fast allein über Themen in der Generalversammlung ab. Die Vereinigten Staaten weigerten sich, ihre Beiträge zu bezahlen, sie übten Druck auf die UNO aus, die Dritte Welt-orientierten Institutionen zu eliminieren. Erst als die UNO 1990 wieder gewillt war, Befehlen zu gehorchen, wurden sie von den Vereinigten Staaten wieder akzeptiert. Dann wurden die Vereinten Nationen auf einmal der Liebling der amerikanischen Presse. Mittlerweile ist die UNO unter der Kontrolle der fünf ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat. England war schon immer ein sehr williger Klient. Mittlerweile ist Rußland vielleicht so loyal wie England oder vielleicht sogar noch mehr. Frankreich macht manchmal etwas Lärm, aber nicht mehr, und China, mit seiner Abhängigkeit vom amerikanischen Handel, enthält sich meistens. Das gibt den USA die Kontrolle über den Sicherheitsrat. Die Generalversammlung kann einfach ignoriert werden, wenn sie nicht das tut, was die USA von ihr erwarten.

Die Europäische Gemeinschaft hat sich in signifikantem Ausmaß von einer unabhängigen Rolle in der Weltpolitik zurückgezogen. Die Dritte Welt ist völlig demoralisiert und verwirrt, vor allem nach den ökonomischen Katastrophen der kapitalistischen Welt in den achtziger Jahren. Japan und Ostasien sind zwar beteiligt, aber keine großen Akteure in der UNO. Es ist nicht viel passiert, ich möchte nicht übertreiben, aber die Vereinten Nationen sind in einem überwältigenden Ausmaß, was der frühen Nachkriegszeit nach dem Zweiten Weltkrieg ähnelt, tatsächlich unter Kontrolle der Forderungen der Vereinigten Staaten.

**PERSPEKTIVEN:** Können Sie als Spezialist für Medienanalyse die Rolle der Presse im Fall von Haiti kommentieren, genauer Robert McCandells Firmen, die von den Militärputschisten in Amerika angeheuert werden. Wer sind sie und was ist ihre Strategie?

**CHOMSKY:** Es ist natürlich, daß die Führer der Militärputschisten PR-Fachleute einstellen, um ihren Fall zu präsentieren, aber die Medien wissen, was abgeht. -So auch als sie Schlagzeilen und Artikel brachten, was sie seit Beginn von Aristides Amtszeit und jetzt immer noch tun und behaupten, daß die Probleme auf beiden Seiten lägen, daß Aristide kein Demokrat sei, daß er arrogant, unnachgiebig und gewalt-

tätig sei, klassenorientierte Gewalt unterstütze. So sagt zum Beispiel Howard French von der New York Times, daß Aristide die Zivilgesellschaft entfremdet habe. Was ist die Zivilgesellschaft? Nicht die aufregenden, lebendigen grass-root Organisationen, die ihn in dieses Amt gebracht haben. Zivilgesellschaft sind die Reichen in den goldverzierten Cadillacs, und sie werden entfremdet. Sie werfen Aristide die Unterstützung von klassenorientierter Gewalt vor - sagt uns die New York Times - und seine grelle Rhetorik über die Unterdrückung der Armen durch die Reichen. Das soll grelle Rhetorik über Haiti sein? Das ist Grundschulniveau. Die Presse hat sehr ausführlich berichtet über offensichtliche Falschinformationen, letztendlich haben sie zugegeben, daß es Lügen waren, Aristides mentale Proleme, sein pathologisches Verhalten usw. Sie berichten zum Beispiel auch, daß General Cedras ein bescheidener, anständiger und respektabler Mensch sei. Alle anderen sind böse, nur er nicht. Wenn die Presse ein solches Bild zeichnet, ist es ihre Entscheidung. Es zeigt ihr gemeinsames Interesse mit der Clinton- und Bush-Administration, die sogenannten gemäßigten Sektoren der Geschäftsklasse wieder an die Macht zu bringen.

**PERSPEKTIVEN:** Aber gibt es denn Hoffnung, irgendeinen Weg, daß sich richtige, partizipatorische Demokratie entwickeln könnte?

**CHOMSKY:** Wenn die internationale Gemeinschaft deutlich macht, insbesondere die Vereinigten Staaten, daß sie die Wiedereinsetzung der gewählten, von der Bevölkerung unterstützten Regierung möchten und daß die Gewalttaten ein Ende haben sollen, dann könnte sie vieles tun. Die Leute, die der Putschregierung nahestehen, sagen, daß ein Telefonanruf genügen würde. Das ist wahrscheinlich übertrieben, es wird sicherlich mehr als ein Telefonanruf nötig sein, aber es wird nicht eine Invasion sein müssen.

**PERSPEKTIVEN:** Seitdem die „Governess Island Accords“ unterschrieben sind, fordern die Vereinigten Staaten ab und zu mal demokratische Wahlen in Cuba als einem Nachbarstaat, während sie noch nicht einmal den demokratisch gewählten Präsidenten Haitis wiedereinsetzen wollen.

**CHOMSKY:** Das ist absolut nichts Neues, noch kommt es überraschend. Nehmen Sie die Politik der letzten 15 Jahre als Beispiel, als die Vereinigten Staaten offiziell die Demokratie in Lateinamerika unterstützten. Ich empfehle hier den besten Experten dazu zu lesen, einen Sympathisanten der Reagan-Administration. Es handelt sich um einen Lateinamerikawissenschaftler, einen Angestellten des Außenministeriums, der in „Demokratieverstärkungsprogrammen“ für die Reagan-Administration gearbeitet hat. Thomas Caruthers hat ein Buch und einige Artikel geschrieben, in denen er eine sehr befürwortende Rückschau der Politikgrundsätze von Reagan, die er für sehr ernsthaft einschätzt, wiedergibt. Er sagt, daß diese Programme unzweifelhaft ein totaler Mißerfolg waren, und daß das Ziel der USA war, die Macht in traditionell undemokratischen Strukturen zu erhalten. Die USA wollten eine Demokratie „von oben“, in der die den USA verbundenen, traditionellen Eliten an der Macht gehalten würden. Und das ist Demokratie. Das ist die Art Demokratie, die die Vereinigten Staaten vorziehen.

**PERSPEKTIVEN:** Aber glauben Sie, daß es bei der Lösung dieses Problems eine Rolle für die internationale Gemeinschaft gibt?

**CHOMSKY:** Klar, Europa ist nicht machtlos. Es führt nicht die Karibik, es ist keine Macht,

wie es vor hundert Jahren war, aber es ist weit davon entfernt, machtlos zu sein. Erstens ist die Rolle von Europa bisher die Unterminierung der Demokratiebemühungen gewesen. Zum Beispiel war der Verstoß gegen das Embargo, als Öllieferungen erlaubt wurden, eine europäische Initiative gewesen.<sup>5</sup> Der erste Schritt der Europäer könnte sein, Abstand davon zu nehmen, die Demokratie zu untergraben. Nach diesem Fortschritt könnte das nächste sein, eine Haltung zugunsten der Demokratie zu vertreten und das würde nicht ohne Einfluß auf die Vereinigten Staaten bleiben. Sie könnten auch die Wahrheit über die US-amerikanische Demokratiepoltik sagen und versuchen, Druck auf die USA auszuüben, damit dieses geändert wird. Das ist nicht die Hauptkraft, diese muß aus dem Inneren der USA kommen, aber sie ist nicht bedeutungslos.

**PERSPEKTIVEN:** Aber die meisten Haitianer meinen, daß die Vereinigten Staaten ein Alibi für eine Militärinter-

vention in Haiti suchen. Teilen Sie diese Meinung?

CHOMSKY: Nein, ich meine nicht, daß die Vereinigten Staaten eine Militärintervention möchten. Denn ich denke, daß sie eine viel effektivere Strategie besitzen. Die effektivere Strategie ist es, das Morden weiterhin zu erlauben, die Volksorganisationen wesentlich zu dezimieren, die Bevölkerung so zur Verzweiflung zu bringen, daß sie sich den Duvalieristen zuwendet und diese unterstützt. Ich wäre überhaupt nicht überrascht, wenn in einem oder zwei Jahren bei Wahlen die Leute der Duvalier-Regierung gewinnen würden; und es wird von offenen und fairen Wahlen die Rede sein. Es wird europäische Wahlbeobachter geben, die bestätigen werden, daß niemand Wahlurnen gestohlen habe. Das wird wahrscheinlich passieren. Wenn Menschen verzweifelt genug werden und die einzige Überlebensebene darin besteht, sich mit extrem repressiven Strukturen zu verbinden, werden sie so verfahren. Europa weiß das. Denken Sie nur daran, was unter den Nazis geschah.

PERSPEKTIVEN: Eines der furchtbaren Ergebnisse der Zurückbeorderung der „Harlan County“ war natürlich die Tatsache, daß alle anderen internationalen Beobachter, die sich bereits in Haiti befanden, auch zurückgerufen wurden. Es war nicht nötig, die „Harlan County“ zurückzupfeifen.

CHOMSKY: Es war sicherlich nicht notwendig, es war eine Entscheidung. Und vergessen Sie nicht, daß am selben Tag oder tags zuvor, als die Harlan

County zurückbeordert wurde, eine Schiffsladung haitianischer Flüchtlinge zurückgebracht worden ist, die nicht wie vorgeschrieben vom Roten Kreuz empfangen, sondern von Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen worden waren. Das sind die politischen Grundsätze.

Es ist nicht der Fall, daß die USA in Weltangelegenheiten impotent wären, und ein paar Hundert Rohlinge mit Uzis sie vertreiben könnten. Das ist ein Witz. Exakt dasselbe gilt für den Drogenhandel. Es gibt absolute Übereinstimmung darin, daß illegale Drogen die grundlegende Quelle für Reichtum und Macht des militärischen Kommandos sind. Und unternehmen sie irgendetwas dagegen? Nein, was sie dagegen tun, ist zu behaupten, der Drogenhandel hätte abgenommen.

PERSPEKTIVEN: Aber wer führt denn im Moment die Vereinigten Staaten ...

CHOMSKY: ... die Clinton Administration ...

PERSPEKTIVEN: ... hat Clintons Erfolg bei der NAFTA in irgendeiner Weise dazu beigetragen, die Angriffe gegen seine Außenpolitik in Somalia und Haiti zu stärken?

CHOMSKY: Es gab keinen Angriff gegen seine Außenpolitik in Somalia und Haiti: Er führt die Politik durch, die er möchte.

PERSPEKTIVEN: Aristide scheint anzunehmen, daß Clinton ernsthaft daran interessiert sei, ihn wieder in sein Amt einzusetzen.

CHOMSKY: Wenn ich in Aristides Lage stecken würde, würde ich auch diese Position vertreten; welche Alternative hätten Sie denn? Wenn es irgendeine äußere Unterstützung für eine demokratische Übereinkunft gäbe, wenn er sich zum Beispiel an eine europäische Regierung, die eine größere Machtposition innehat, wenden könnte. Aber das ist das, worüber wir sprechen, wenn er eine starke positive Unterstützung für die Wiederherstellung der Demokratie bekommen würde, und wenn es ähnliche Unterstützung sonst in Europa gäbe, könnte das die Vereinigten Staaten beeinflussen. Hier liegt das reale Problem und nirgendwo sonst - dann hätte Aristide eine Alternative. Er hat diese Alternative jedoch nicht.

- 1) Die Black Caucus-Gruppe besteht aus schwarzen Senatoren und Repräsentanten im US-Kongress.
- 2) Das Governess Island-Abkommen war das Resultat eines Treffens am 3. Juli 1993 zwischen General Cedras und Präsident Aristide, vermittelt durch die UN. Von den zehn in dem Abkommen beschlossenen Punkten umfaßten die wichtigsten die Zustimmung von Cedras, am 15. Oktober 1993 die Macht abzutreten, und die Übernahme der Präsidentschaft durch Aristide am 30. Oktober 1993. Keiner der Punkte wurde umgesetzt.
- 3) Am 16. November 1993, haben mehrere Ölgesellschaften, darunter die Dutch Shell Co. ihre Tankstellen wiedereröffnet und damit das Embargo gebrochen.

## SANDINO SIMPÁTICO säurearm

Der Rohkaffee vom Simpático wird in einem speziellen Wasserdampfbadverfahren veredelt. Dadurch können wir ab sofort einen säurearmen, magenfreundlichen Solidaritätskaffee anbieten.

Wir suchen noch Verkaufsstellen, Betriebe, Kneipen etc., die unseren Kaffee verkaufen bzw. ausschenken wollen. Über genaue Lieferbedingungen informieren wir gern.

### Unsere Kaffeesorten:

<b>Dröhnung</b>	
normal oder mild (suave)	500g - 10,— DM
<b>La Cortadora</b>	
(aus El Salvador)	500g - 10,— DM
<b>Simpático (säurearm)</b>	500g - 10,50 DM
<b>Organico</b> (biologischer Anbau)	
und <b>Espresso</b>	500g - 11,— DM

El Rojito, Große Brunnenstr. 74, 22763 Hamburg, Tel. 040 / 390 68 98 • Fax. 040 / 390 45 12

## Die Blockade gegen Kuba tötet auch heute schon, z.B. durch Asthma



In den letzten Jahren haben sich Asthma und asthmaähnliche Krankheiten (Allergien, Heuschnupfen etc.) in Kuba stark erhöht. Die Hauptstadt Havanna steht dabei an der Spitze sowohl der Erkrankungen als auch der asthmabedingten Todesfälle. Aber auch in den übrigen Provinzen Kubas stieg die Zahl der Todesfälle durch diese Krankheiten. Lag sie 1990 noch bei vier von Hunderttausend, so waren es 1993 sechs von Hunderttausend.

Zu den Gründen für diese Steigerung gehört der weltweite Anstieg der Atemwegserkrankungen durch die zunehmende Umweltverschmutzung. In Kuba allerdings, wo zur Zeit viele Fabriken stillgelegt sind und der Autoverkehr stark eingeschränkt ist, liegt die Ursache vor allem an der durch die Blockade bedingten Mangelsituation. Weil Gas fehlt, müssen sich die Menschen häufig asthmafördernde Ersatzmittel wie Kerosin oder Petroleum zum Kochen oder Heizen verwenden.

Die durch den Benzinmangel verursachten Transportprobleme sind für die erhöhte Todesrate ebenfalls verantwortlich. Häufig sterben die Patienten während des Transports oder kurz nach der Aufnahme im Krankenhaus, vor allem in Havanna. Gerade für Asthmakranke ist eine schnelle medizinische Versorgung überlebensnotwendig. Manchmal entscheiden wenige Minuten über Leben oder Tod. So ist es besonders tragisch, daß funktions-

fähige Ambulanzfahrzeuge im Depot bleiben müssen, weil das Benzin fehlt.

Auch die Medikamentenherstellung ist vom Embargo betroffen. Wegen Rohstoffmangel stehen einige Fabriken still, so daß manchmal rasch wirksame Medikamente fehlen.

Daß die Zahl der Todesfälle unter diesen Umständen nicht noch wesentlich höher liegt, ist dem kubanischen Gesundheitssystem zu verdanken. Durch das engmaschige Netz von FamilienärztInnen, die eine medizinische 'Rund um die Uhr' Betreuung garantieren, ist es in der kubanischen Provinz sogar gelungen, die Todesrate bei Asthmafällen wieder leicht zu senken, nachdem dort in den letzten zwei Jahren ein alarmierender Anstieg zu verzeichnen war.

Das kubanische Gesundheitssystem versucht auf die aktuellen Probleme flexibel zu reagieren. Im Asthmazentrum in Havanna, daß auch das Ausbildungszentrum für die Asthmabehandlung beherbergt, hat sich das Interesse an Behandlungsmethoden verstärkt, die vor Jahren noch auch unter kubanischen MedizinerInnen belächelt wurden; z.B. Akupunktur und Elektroakupunktur. Selbst die Laserakupunktur wird eingesetzt; allerdings im begrenzten Rahmen, weil das Geld für die teureren Geräte fehlen. Damit wurden, wie die zuständigen Ärzte versichern, erstaunliche Behandlungserfolge erzielt, die mit schulmedizinischen Gesichtspunkten

nicht erklärt werden können. Allerdings können diese preiswerten Alternativen, die herkömmlichen pharmazeutischen Behandlungsmethoden zwar ergänzen, nicht aber ersetzen.

Schon die Zusammensetzung des ArztInnenenteams in der Asthmaklinik zeigt, daß dort Abschied genommen von der reinen Gerätemedizin genommen wurde. Neben InternistInnen und medizinisch-technischen AssistentInnen arbeiten dort eine Psychologin und eine Psychotherapeutin. Auch die Computer haben in der Klinik schon längst Einzug gehalten. Sie werden für die Lungenfunktionsprüfung verwendet, die eine auf die einzelnen PatientInnen individuell abgestimmte Therapie ermöglichen.

Die Vorzüge des kubanischen Systems zeigen sich gerade hier. Während im Zuge einer neoliberalen Wirtschaftspolitik die Ausgaben für Gesundheit in den meisten Ländern, einschließlich der USA, gekürzt werden und eine immer größerer Teil der Bevölkerung ohne jede medizinische Versorgung ist, garantiert Kuba selbst in der Spezialperiode allen BewohnerInnen eine gute medizinische Versorgung.

Um die durch die Blockade bedingten Engpässe zu lindern, initiiert die Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba eine Spendensammlung für das Asthmazentrum.

Spenden aller Art sind willkommen.- Das reicht von Bettwäsche und Waschzeug für die PatientInnen, über Disketten für die Erstellung der Behandlungsprogramme benötigten Computer bis zu Medikamenten und medizinischen Geräte aller Art.

Immer willkommen sind natürlich Geldspenden, mit denen die benötigten Gegenstände gekauft werden können.

## Verstärkt die Solidarität mit ACLIFIM!

Hinter dem langen Kürzel ACLIFIM verbürgt sich die Interessenvertretung Behinderter, Beinamputierter, Gelähmter und motorisch Behinderter in Kuba. Es ist eine Nichtregierungsorganisation, die zur Zeit über 42000 Mitglieder hat und an in vielen kubanischen Städten und Provinzen eigene Organisationen unterhält

Die ACLIFIM kümmert sich um die verschiedenen Belange der Behinderter, sei es die Eingliederung in die

Gesellschaft, Beruf oder Studium oder der Abbau architektonischer Barrieren, die vielen dieser Menschen die Teilnahme an sozialen, kulturellen Veranstaltungen erschweren, so z. B. Treppenaufgänge statt Rampen.

Dabei ist ihnen die kubanische Verfassung eine wichtige Hilfe, weil sie die Diskriminierung behinderter Menschen ausschließt. Das heißt natürlich nicht, daß es in der kubanischen Gesellschaft nicht noch viel zu tun gibt,

um eine völlige Gleichberechtigung behinderter Menschen in allen Bereichen des Lebens durchzusetzen.

Gerade in dieser Spezialperiode zeigen sich aber auch die Vorzüge des sozialistischen Gesellschaftssystems auf Kuba. Während in vielen lateinamerikanischen Ländern, behinderte Menschen im Elend vegetieren und oft versuchen müssen, mit Bettelei zu überleben, garantiert ihnen die kubanische Gesellschaft ein gesichertes

Leben und alle sozialen Rechte wie Erziehung und Gesundheit. Natürlich beeinträchtigt die Blockade und die dadurch erheblich verschärfte wirtschaftliche Situation der Spezialperiode die unentgeltliche Arbeit der vielen Ehrenamtlichen von ACLIFIM. Es fehlt auch hier quasi an Allem.

Gebraucht werden Rollstühle, Krücken, Bettwäsche, Kleidung, Schuhe, Nahrungsmittel, Wundsalben, Schmerzmittel, Katheder. Ein gravierendes Problem sind die fehlenden Transportmittel und das Beschaffen von Ersatzteilen für die vorhandenen Fahrzeuge.

Die Bedeutung von Spenden für die Arbeit von ACLIFIM soll hier an einem Beispiel verdeutlicht werden. Vor einigen Jahren übergab ihnen eine BRD-Organisation zwei Dieselsebusse. Sie

ermöglichten eine bessere Koordination der Organisationsarbeit. Als nacheinander bei beiden Bussen die Pumpen versagten, war die Arbeit von ACLIFIM erheblich beeinträchtigt. Geldspenden ermöglichten es der Gruppe mittlerweile, einen Bus

reparieren zu lassen. Der andere ist allerdings noch immer nicht funktionsfähig, weil die nötigen Dollars fehlen. Deshalb sind Geldspende immer willkommen.

Ebenso dringend benötigt werden IBM-kompatible Computer, Disketten und Druckbänder und alles was rund um den Computer gebraucht wird. Auch hierfür sind Geldspenden sehr erwünscht.

ACLIFIM wird seit einigen Jahren auch von der Freundschaftsgesellschaft - BRD - Kuba mit Spenden unter-

stützt. Diese Spendenaktion soll in der nächsten verstärkt fortgesetzt werden.

## Sachspenden an die Freundschaftsgesellschaft

Geldspenden:  
Freundschaftsgesellschaft  
BRD-Kuba  
Stichwort: ACLIFIM  
Postbank Köln  
BLZ 370 100 550  
Kontonr.: 3079 84-507



Peter Nowak



reuterstraße 44, 53113 bonn  
tel / fax: 0228 - 24 15 05  
e-mail: CUBARED@PDSLL.ZER  
Konto: 46 953  
Sparkasse Bonn BLZ 380 500 00

Name: .....

Vorname: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Unterschrift: .....

Cuba braucht Presse. Das Netzwerk Cuba schafft Öffentlichkeit. Dazu braucht es Geld. Deswegen spende ich auf das o.a. Konto .....DM.

Ich/Wir möchte/n

Fördermitglied

Mitglied als Organisation/Gruppe werden  
Der monatliche Mitgliedsbeitrag für Fördermitglieder beträgt 5,- DM und für Vollmitglieder (Organ./Gruppen) 20 DM

Ich/Wir abonnieren die Netzwerk Cuba - nachrichten. Die Kosten für ein Jahresabonnent betragen 10 DM.

Bitte schick mir unverbindlich Informationen über das Netzwerk zu

Bitte schick mir die deutschsprachige Granma Internacional für DM 2,- zu

# Granma

deutschsprachig

## INTERNACIONAL

Bitte senden Sie mir die bisher erschienenen monatlichen Ausgaben der deutschsprachigen Granma Internacional und die in '94 noch folgenden (insgesamt 6) zum Paketpreis von DM 12,- incl. Porto.

Ich möchte die deutschsprachige Granma Internacional ab 1995 abonnieren. Da der Abo-Preis noch nicht feststeht, werde ich vor endgültigem Vertragsabschluß nochmals angeschrieben. Das Abo ist erst verbindlich, wenn ich mit dem Abo-Preis einverstanden bin.

Bitte senden Sie mir die aktuelle Ausgabe. Für die Kosten füge ich DM 2,- in Briefmarken bei.

Bitte senden Sie mir eine kostenlose Probenummer

Ich Spende für die deutschsprachige Granma DM ..... auf das Konto des NETZWERK CUBA bei der Sparkasse Bonn, Kto.-Nr.: 46 953, BLZ 380 500 00, Stichwort »Granma-Spende«.

Bitte senden Sie mir/uns zum Weitervertrieb .... Exemplare gegen Rechnung

Ich interessiere mich für die Arbeit des NETZWERK CUBA -Informationsbüro- e.V. und bitte um Informationsmaterial.

Name, Vorname .....

Organisation, Gruppe .....

Straße.....

PLZ/Ort.....

Tel./Fax.....

Datum/Unterschrift.....

Einsenden an: Netzwerk Cuba -Informationsbüro- e.V.,  
Reuterstraße 44, 53113 Bonn, Tel./fax: 0228/ 24 15 05

# Taller de la Solidaridad: Antrag abgelehnt

★ Liebe Freundinnen und Freunde Cubas,

wir möchten uns ganz herzlich bei allen bedanken, die die Protestaktion gegen die Ablehnung unseres EG-Antrags unterstützt haben. Wir hatten etwa 300 Organisationen und Einzelpersonen in fast allen europäischen Ländern um ihre Hilfe gebeten, und die Kampagne wurde durch deren Initiative so verstärkt, daß - laut einem Mitarbeiter der Kommission - der Stapel der Protestbriefe auf 30 cm anwuchs.

Wir möchten an dieser Stelle auch den Dank der MitarbeiterInnen der Molkerei Complejo Lácteo und des Ernährungsministeriums an alle an der Aktion Beteiligten weitergeben.

Leider haben wir unser gemeinsames Ziel nicht erreicht: Der Antrag auf Mitfinanzierung von Ersatzteilen für die staatliche Molkerei Complejo Lácteo wurde abgelehnt. Die Kommission weist in der Begründung ihrer Ablehnung darauf hin, daß die EG ihre Zusammenarbeit mit Cuba auf nicht-staatlicher Ebene in 1994 intensiviert hat, jedoch die Vielzahl der alljährlich gestellten Anträge ihre finanziellen Möglichkeiten überschreitet. Daher sei eine Auswahl der zu unterstützenden Projekte nach „Maßgabe der Allgemeinen Bedingungen“ notwendig. Neben der Tatsache, daß wir mit einem staatlichen Partner kooperieren wollten, wird kritisiert, daß unser Projekt kein Entwicklungsprojekt sei. Außerdem sei es nicht möglich gewesen, unser Projekt über eine andere Haushaltsstelle zu finanzieren. Die Kommission sei aber bereit, mit uns über ein anderes Projekt zu diskutieren.

In Absprache mit der Molkerei, die wir im Rahmen unserer Cuba-Reise im November besuchten, werden wir sofort die am dringendsten benötigten Ersatzteile im Wert von DM 20.000 kaufen. Dieser Betrag entspricht unserem Eigenanteil an dem abgelehnten EG-Antrag.

Außerdem wurden wir gebeten, den Antrag erneut zu stellen, diesmal mit einer cubanischen NGO, dem Kleintierzüchterverband ACPA, als cubanischen Partner.

Mit der über EG-Gelder finanzierten Ersatzteillieferung wäre die Molkerei in der Lage, stillgelegte Maschinen wieder in Betrieb zu nehmen, die Produktionsmenge durch die Zugabe von Soja anzuheben, und über Jahre hinaus sämtliche Kindergärten in Havanna mit Joghurt und Milch zu beliefern.

Wir erklärten uns bereit, einen neuen Antrag bei der Kommission zu stel-

len, sobald wir wieder über genügend Mittel für den vorgeschriebenen Eigenanteil verfügen. Bisher wurden uns schon DM 4.000,- zu diesem Zweck überwiesen. Wir bitten um weitere Spenden für dieses Projekt, um den neuen Antrag möglichst schnell stellen zu können.

Wir senden Euch herzliche und solidarische Grüße!

**CUBA BRAUCHT UNSERE SOLIDARITÄT - UND WIR BRAUCHEN CUBA!**

Taller de la Solidaridad

## In eigener Sache

### Fördermitgliedschaft

Nachdem wir 3 Jahre lang einen Zuschuß für unsere Bürostelle und andere Verwaltungsausgaben vom Ausschuß für Bildung und Publizistik (ABP) der Evangelischen Kirche erhalten haben, läuft diese Unterstützung Ende des Jahres aus, da ABP Projekte höchstens 3 Jahre bezuschußt.

Zusammen mit 10% der Spendeneinnahmen konnten wir bisher eine Ganztagsstelle und alle anderen Verwaltungskosten (Miete, Telefon, Büromaterial) bezahlen.

Alle Überlegungen bzgl. der Beantragung von Zuschüssen für '95 scheiterten daran, daß die in Frage kommenden Organisationen zwar Projekte fördern, aber nicht die für die Abwicklung notwendige Arbeit finanziell unterstützen.

Da wir nicht mehr als 10% der Spendeneinnahmen für Verwaltungskosten abzweigen wollen, unsere Arbeit 1995 aber möglichst in gleichem Umfang fortsetzen wollen, haben wir uns entschieden, Spenderinnen und Spender, die gezielt unsere Arbeit durch Spenden für Verwaltungskosten fördern möchten, eine Fördermitgliedschaft in unserem Verein zu ermöglichen.

Der Förderbeitrag (ab 10,- Mark monatlich) wird für Verwaltungsausgaben verwendet. Einmal jährlich gibt es eine Abrechnung über die Verwendung dieser Mittel. Geplant ist auch, einmal pro Jahr eine Versammlung von Taller und den Fördermitgliedern durchzuführen.

**Ich beantrage die Fördermitgliedschaft für die Solidaritätswerkstatt e. V. - Taller de la Solidaridad**

Ich bin bereit, monatlich \_\_\_\_\_ DM zu zahlen.

Ich überweise auf das Taller-Konto  
(bitte möglichst vierteljährlich oder einen längeren Zeitraum im Voraus).

Ich erteile hiermit eine Einzugsermächtigung

Name des Kreditinstituts \_\_\_\_\_

Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

# UNO-Resolution gegen die Blockade der USA gegenüber Kuba

VEREINTE NATIONEN; 26. Oktober (PL). -Die UNO bestätigte heute das dritte Jahr hintereinander eine Resolution zur Verurteilung der Blockade der Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba.

Im folgenden der Textlaut der Resolution:

**TITEL:** Notwendigkeit der Beendigung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die gegen Kuba seitens der Vereinigten Staaten von Amerika verhängt wurde.

## ERÖFFNUNGSKLAUSEL

Die Generalversammlung, die entschieden die volle Achtung der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Vorsätze und Prinzipien beibehält,

bekräftigt, neben anderen Grundsätzen, die souveräne Gleichheit der Staaten, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie die Freiheit des Handels und der internationalen Navigation, die außerdem in einer Vielzahl internationaler juristischer Abhandlungen verankert ist,

erinnert an die Wortmeldungen der Staatschefs auf dem Dritten bzw. Vierten Iberoamerikanischen Gipfel, im Juli 1993 bzw. Juni 1994, in den Städten Salvador de Bahia (Brasilien) bzw. Cartagenas de Indias (Kolumbien), die sich auf die Notwendigkeit der Eliminierung der einseitigen Anwen-

dung von Maßnahmen wirtschaftlichen und kommerziellen Charakters gegen andere Staaten bezogen, die die freie Entfaltung des internationalen Handels beeinträchtigen,

nimmt den Beschluß Nr. 356, der am 5. Juni 1994 auf Ministerebene in Mexiko-Stadt durch die XX Ratssitzung des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems gefaßt wurde, zur Kenntnis, in dem man dringend die Aufhebung der Wirtschafts- Handels- und Finanzblockade gegen Kuba fordert,

ist besorgt um die anhaltende Erlassung und Anwendung von Gesetzen und Regelungen seitens der Mitgliedsstaaten, deren extraterritoriale Effekte die Souveränität anderer Staaten und die Interessen von Unternehmen und Personen im Zuständigkeitsbereich dieser Staaten sowie der Handels- und Navigationsfreiheit beeinträchtigen,

erinnert an die Resolution 47/19, vom 24. November 1992, und 48/16, vom 3. November 1993,

meldet seine Bedenken an, weil nach der Annahme ihrer Resolutionen 47/19 und 48/16 weiterhin neue Maßnahmen dieser Art erlassen und angewandt werden, welche die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba verschärfen und erweitern, und ist auch besorgt um die negativen Aus-

wirkungen auf die kubanische Bevölkerung und Bürger kubanischer Abstammung, die in anderen Ländern leben.

## GEGENSTAND DER RESOLUTION:

1. Nimmt die Information des Generalsekretärs über die Erfüllung der Resolution 48/16 zur Kenntnis, ★

2. Wiederholt die Mahnung an alle Staaten, in Erfüllung ihrer Einvernehmenserklärungen gegenüber der Charta der Vereinten Nationen und dem internationalen Recht, die, unter anderem, die Handels- und Navigationsfreiheit verankern, auf den Erlaß und die Anwendung von Gesetzen und Maßnahmen zu verzichten, auf die sich die Präambel der vorliegenden Resolution beruft,

3. Fordert einmal mehr die Staaten, in denen diese Art Gesetze und Maßnahmen bestehen und noch Anwendung finden, dazu auf, daß im Einklang mit ihrer Rechtsordnung notwendige Maßnahmen ergriffen werden, diese zu beseitigen oder ihre Auswirkungen zu annullieren,

4. Ersucht den Generalsekretär, in Abstimmung mit den zuständigen Einrichtungen und Agenturen des Systems der Vereinten Nationen einen Bericht über die Erfüllung der vorliegenden Resolution aus der Sicht der Vorsätze und Prinzipien der Charta sowie des internationalen Rechtes zu erarbeiten und ihn der Hauptversammlung in seiner fünfzigsten Sitzungsperiode vorzulegen,

5. Entscheidet, das Thema in das provisorische Programm seiner fünfzigsten Sitzungsperiode aufzunehmen.

**Der Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA ruft auf:**

## Busse und Ersatzteile für Cuba!

Die Situation im cubanischen Transportwesen ist dramatisch. Mehrstündige Wartezeiten auf dem Weg zur Arbeit sind mittlerweile die Realität. Die Ursachen liegen einerseits im Mangel an Brennstoff, andererseits aber im katastrophalen Zustand des Fuhrparks.

Während der Karawane wurde damit angefangen, gebrauchte Busse und Ersatzteile hier einzukaufen und nach Cuba zu verschiffen. Damit wollen wir weitermachen, vor allem auch mit dem Ziel, in Cuba eine Infrastruktur zur Reparatur aufzubauen. Das alles geschieht in enger Zusammenarbeit mit dem cubanischen Transportministerium.

Geldspenden bitte auf folgendes Konto:

Freundschaftsgesellschaft  
BRD-KUBA e.V.

Bank für Gemeinwirtschaft Bonn

BLZ 380 101 11

Kto.-Nr. 1 202 999 900

Stichwort: Busse für Cuba

Granma, 20.12.94

## Information an die Bevölkerung über den konvertierbaren Peso

Als Teil der Maßnahmen zur Finanzregulierung, die von der Nationalversammlung im Mai dieses Jahres beschlossen wurde, kam man überein, „Maßnahmen zu treffen, die eine geeignete Kontrolle über den Devisenumlauf im Land ermöglichen, unter

nalbank formulierten Bestimmungen richten.

2. Den konvertierbaren Peso bekommen ebenfalls die Werktätigen, deren Vergütungen durch ihre Arbeitsstellen in Devisen erfolgt,



Absicherung der Ziele für die er autorisiert wurde, in Abstimmung mit den Maßnahmen, die ergriffen werden, um unsere internen Finanzen zu sanieren“.

Eine dieser Maßnahmen ist die allmähliche Einführung ein neues Zahlungsmittels - des konvertierbaren Peso - für den Verkauf gegen Devisen in Touristeneinrichtungen und speziell dafür eingerichteten Verkaufsstellen. Ab sofort kann das in Devisen oder konvertierbarem Peso vorgenommen werden.

Dieser konvertierbare Peso wird die sich im Umlauf befindlichen verschiedenen Devisenzertifikate ersetzen und auch in den zuständigen Banken und zu diesem Zweck eingerichteten Wechselstellen gegen Devisen tauschbar sein.

Der konvertierbare Peso wird folgende Charakteristiken haben:

1. Man erwirbt ihn durch Umtausch gegen konvertierbares Geld zu einen Wechselkurs von 1 US-Dollar = 1 konvertierbarer Peso. Dieser Prozeß wird sich nach den dazu von der kubanischen Natio-



anstatt der bisherigen Devisenzertifikate.

3. Die allmähliche Einführung des konvertierbaren Pesos schließt nicht den Umlauf oder den Besitz von Dollar und anderen zugelassenen konvertierbaren Währungen aus, autorisiert durch das Gesetz Nr. 140, das seine Gültigkeit behält.

4. Die sich im Umlauf befindlichen Devisenzertifikate verlieren weder ihren Wert noch ihre Kaufkraft. Aber es wird eine Frist von 60 Kalendertagen festgesetzt, gerechnet ab heute, den 20. Dezember 1994, um diese Zertifikate in konvertierbare Peso umzutauschen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Devisenzertifikate wertlos.
5. Der konvertierbare Peso wird nicht gegen kubanischen Peso (nationale Währung) getauscht.
6. Der konvertierbare Peso wird in Scheinen im Wert von 1, 3, 5, 10, 20, 50 und 100 Peso und Münzen im Wert von 5, 10, 25 und 50 Centavos und 1 Peso zirkulieren. Die Münzen (Zertifikatkleingeld), die sich in Besitz der Bevölkerung und der Einrichtungen befinden, die gegen freikonvertierbare Währung handeln, behalten ihre Gültigkeit und bleiben im Umlauf.

Die Einführung dieses nationalen Zahlungsmittels ermöglicht in dieser ersten Etappe den Beginn eines allmählichen Austauschprozesses der

Devisenzertifikate, die sich im Umlauf im Land befinden. Hiermit wird mit einem Zahlungsmittel mit Sicherheitsbedingungen und höherer Garantie als die genannten Zerti-

fikate zur Regelung in diesem Bereich beigetragen.

Andererseits wird die Einführung des konvertierbaren Pesos ermöglichen, die notwendigen Erfahrungen im Devisenumlauf zu sammeln und unter besseren Bedingungen und mit mehr Erleichterung für die Bevölkerung zu arbeiten.

(HR)

Granma/5.11.94

Wichtige Aufzeichnungen über die kürzlichen Reden von Lage

## Die kubanische Wirtschaftsstrategie ist formuliert, sie ist nicht kapitalistisch: sie ist sozialistisch

von SUSANNA LEE

Vereinigungen mit ausländischen Firmen: das ist wirtschaftliche Strategie. Aber die taktischen Fragen - welche Unternehmen wann dafür in Frage kommen - habe man nicht dargelegt; einerseits da es nicht angebracht sei und andererseits da es noch keine Schlußfolgerung gäbe und die Praxis Schritt für Schritt den Weg weisen müsse, sagte er, um hinzuzufügen: „Ich glaube, jemand der sich der kubanischen Realität objektiv nähert und sie verfolgt, kann eine Strategie erkennen, die sich auf die Erhaltung unseres sozialistischen Systems gründet“.

Die vielen Neuinformationen aus der Eröffnungsrede der FIHAV'94 wurden auf der Pressekonferenz erweitert. Lage umriß im Großen die neuen Elemente, durch die eine Öffnung für ausländische Kapitalinvestitionen vereinfacht wird. Die Erarbeitung eines neuen Gesetzes, das diesen Prozeß weiter erleichtert und den Investitionen noch mehr Transparenz und Sicherheit bietet, bestätigen den politischen Willen des cubanischen Staates und der Regierung in diesem Sinne.

Mit besonderem Nachdruck wies man darauf hin, daß kein Produktionssektor von ausländischen Investitionen ausgeschlossen sei, insbesondere auch nicht die Zuckerproduktion. Es seien alle Möglichkeiten zur Bildung von wirtschaftlichen Zusammenschlüssen gegeben, mit Ausnahme des Gesundheits- und Bildungswesens. Über einen Inlandsmarkt für Liegenschaften und Immobilien haben Verhandlungen begonnen. Rechtzeitig werde es zusätzliche Erleichterungen geben bis hin zur Mehrheitsbeteiligung der ausländischen Partner in ausgewählten Geschäftsbereichen. Besonders betonte wurde, daß das nur einige dieser Aspekte seien, die aber keine Ausnahmen darstellen, sondern Teil einer Gesamtkonzeption, der Strategie des Landes seien, um den Weg zur Wiederlangung seiner Wirtschaft einzuschlagen zu können.

Weiter von Interesse für die ausländischen Kollegen war zweifellos die Information, daß im 1. Halbjahr 94 über 69 nordamerikanische Unternehmen Cuba besucht haben. Vierzehn davon von großer Bedeutung aufgrund ihrer umfangreichen Transaktionen. Einige davon haben bereits eine Absichtserklärung unterzeichnet oder in Vorbereitung für den Zeitpunkt „an dem der freie Handel frei für alle ist“ (im guten Spanisch: für den Moment, wo ihre

Die Eröffnungsrede von Carlos Lage anlässlich der XII Internationalen Messe von Havanna, und seine weiteren Erklärungen gegenüber der nationalen und internationalen Presse vor einer Woche, bedeutet mehr als eine Information über die ausländischen Investitionen, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und generell die Ökonomie. Sie ist eine Bestätigung dafür, daß die kubanische Wirtschaftsstrategie weder kapitalistisch noch auf dem Wege zum Kapitalismus ist, sondern sich in das sozialistische System einfügt, welches Kuba nicht aufgibt und auch nicht aufgeben wird.

Die Strategie sei klar, wie der Vizepräsident des Staatsrates einem ausländischen Kollegen auf eine Frage hin antwortete. Es könne sein, daß es immer Kreise gebe, denen mehr an einer Strategie gelegen sei, die unsere Probleme durch ein kapitalistisches System löse. Aber das ist nicht die unsere. Unsere Entwicklungsstrategie liegt im sozialistischen System. Sie ist flexibel und berücksichtigt die Gegebenheiten in der Welt von heute. Sie ist weiterhin in der Lage, sich vielerlei Prozessen anzupassen. Nach Lages Einschätzung haben nur wenige Staaten so vielfältige Elemente in ihrer Wirtschaftspolitik aufzuweisen wie der cubanische.

Diese sozialistische Entwicklungsstrategie berücksichtige die Investition von ausländischem Kapital, Joint Ventures, und stimulierte die selbstständige Arbeit, die erweitert werden soll, erinnerte Lage. Man wolle die Übergabe staatlichen Bodens an die Produktionskooperativen fördern und endgültig festlegen, sehe ein Steuersystem und Sanierung der Finanzen vor... Die getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen enthalten also viele Elemente, die in unsere Strategie hineinpassen.

Ob nun der konvertierbare Peso zu erwarten sei oder nicht, ab welchem Tag, Monat oder in welchem Jahr, ob es zehn selbstständig auszuübende Arbeiten mehr, oder zehn weniger gebe, habe nichts mit der Strategie zu tun, erläuterte er, sondern mit einer wirtschaftlichen Taktik, die sich die cubanische Regierung für den gegebenen Zeitpunkt vorbehalte und dann bekanntgebe.

Ein Beispiel in diesem Sinne sei der Agromarkt. Vor zwei Jahren - zu einem Zeitpunkt, als die Geldmenge in den Händen der Bevölkerung anwuchs - hätte dieser das Gegenteil bewirkt als es heute der Fall sei, wo der Geldumlauf zurückgehe. Die Ware wäre anfangs zu niedrigen Preise verkauft worden, die dann aber in Riesenschritten nach oben geschneit wären. Die Perspektive von heute wiederum sei so, daß die Erzeugnisse einen niedrigeren Preis haben, nicht nur wegen des Produktionsanstieges, der sich langfristiger auswirkt, sondern aufgrund der internen Finanzsituation. Das bedeute, daß diese Maßnahme, die vor zwei Jahren möglicherweise gescheitert wäre, heute zum Vorteil sein könne. Die Ergebnisse müssen unter den heutigen Voraussetzungen ausgewertet werden.

Folglich gibt es viele Aspekte der Wirtschaftstaktik die wir nicht veröffentlichen, die auch nirgends geschrieben stehen, da man sie entsprechend der internen Gegebenheiten, der Realität unserer wirtschaftlichen Situation und der Außenpolitik abwägen muß.

Aber es gibt eine Strategie der geplanten sozialistischen Ökonomie. Es gibt einen Prozeß der Neuorganisation des Staatsapparates, der Dezentralisierung, der Eigenverantwortlichkeit der Unternehmen hinsichtlich der Verwaltung ihrer Betriebsmittel, im Exportbereich und - im Rahmen vorgegebener Prinzipien - im Hinblick auf

Regierungen und ihre Gesetze sie nicht mehr blockieren, was ein Bestandteil der Blockade gegen Cuba ist).

Ohne weitere Ausführungen dazu zu machen, verwies Lage darauf, daß seiner Meinung nach, das steigende Interesse in Unternehmerkreisen der USA an Cuba und diese Umstände und die Hintergründe, durch die Unternehmen sich gezwungen sehen, so zu handeln, sich nicht vertragen und die cubanische Regierung ihre Politik der Discretion über diese Annäherung beibehalten lassen.

Obwohl schon einige Tage seit der Darlegungen Lages vergangen sind, glaube ich, daß es wichtig war, einige Aspekte davon wieder aufzugreifen, um schwarz auf weiß jene festzuhalten, die meines Erachtens nach untrennbar sind vom revolutionären Werk und dem Wesen des sozialistischen Systems das wir verteidigen und

nicht aufgeben werden. Deshalb ist es gut diese Aufzeichnungen mit einer Antwort des Sekretärs des Ministerates auf eine Frage zu schließen: „Alles was wir in Cuba in unserem Sozialsystem unternehmen, wie zum Beispiel unsere Anregung zur Öffnung oder die Förderung der Investition ausländischen Kapitals, ist auf das Wohle der Bevölkerung gerichtet. Mit diesen Maßnahmen verfolgen wir weder die Stärkung bestimmter Sektoren, noch die Bereicherung von Unternehmen oder Unternehmern. Das Ziel dieser ganzen Öffnung des Landes ist in erster Linie der Nutzen des Volkes. Eine Nebenerscheinung ist die Bereicherung einiger Sektoren des Landes, eine Konsequenz, die uns nicht unbekannt ist, die wir als Tatsache akzeptieren. Ein Beispiel sind die Agromärkte. Aber dies ist nicht unsere Zielsetzung. Unsere Absicht ist es, den Gewinn der Bevölkerung zuzuführen.“

Der hauptsächlichste Unterschied der Öffnung für ausländische Investitionen in einem sozialistischen System liegt darin, daß sie den Binnenmarkt begünstigt. All das was wir unternehmen, ist schließlich darauf gerichtet diesen Markt zu fördern, unsere gesamte Bevölkerung damit zu begünstigen. Das geht in geordneter Form vonstatten, ausgehend vom Wesentlichsten hin zum Zweitrangigen.

So ist die Regierung in der Lage, die Mittel - die Ergebnisse dieser Investitionen sind - zentralisiert oder dezentralisiert kontrolliert zu erhalten. Mit ihnen kann sie den wichtigsten Bedarf decken, den heute zum Beispiel die Nahrungsmittelversorgung, die medizinische Betreuung, die Stromversorgung und anderes darstellen. Und wir müssen dafür sorgen, daß der Staat mit dem, was er durch die Öffnung erhält, in erster Linie den wesentlichen Bedarf und danach den weniger wesentlichen deckt“.

## edition CUBA LIBRE

Die **edition CUBA LIBRE** wird von der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V. herausgegeben. In ihr erscheinen wichtige Reden, Interviews und Dokumente aus Cuba.

Eine Ausgabe kostet 6 DM + 1 DM Spende für die Granma Internacional (zzgl. Porto).

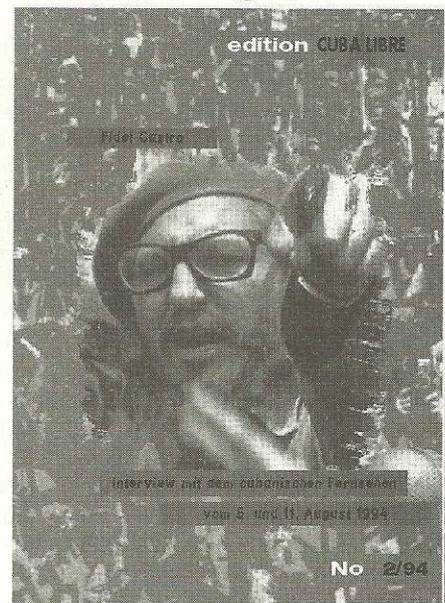
Zu bestellen bei der

Freundschaftsgesellschaft  
BRD-KUBA e.V.  
Theodor-Heuss-Ring 26,  
50668 Köln



**No 1/94, Raúl Castro:**  
Interview mit »El Sol de Mexico«,  
Frühjahr 1994

**No 2/94, Fidel Castro:**  
Interviews mit dem  
cubanischen Fernsehen  
vom 5. und 11. August 1994



Bert Hoffmann, c/o

## INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

im Verbund der Stiftung Deutsches Übersetzer-Institut

INSTITUTO DE ESTUDIOS IBEROAMERICANOS

Alsterglacié 8 · D-20354 Hamburg · Telefon (040) 41 47 82 - 01 · Telefax (040) 41 47 82 - 41  
Durchwahl 41 47 82 - 31

Hamburg, den 11. November 1994

An die Redaktion der

CUBA LIBRE

betr.: Cuba Libre-Ausgabe 3/94, S.34: "Der Fall Jesus Diaz"

Ich bitte nachdrücklich, in der folgenden Ausgabe folgende Richtigstellung abzudrucken:

### Richtigstellung

In der Cuba Libre 3/94 heißt es auf S.34 ("Der Fall Jesus Diaz") u.a.:

*"Die Brüder Hoffmann (beide LN-Redakteure) waren die ständigen Übersetzer von Diaz-Texten (...)"*

Dies ist falsch. Sippenhaf ist abgeschafft. Dirk Hoffmann hat keinen einzigen Artikel von Jesús Díaz übersetzt, und andere Brüder habe ich nicht.

Des Weiteren:

*"Zum Beweis einige Zeilen Originalton Jesus Diaz aus der taz vom 7.8.94: Bert Hoffmann interviewte ihn (...)"*

Dies ist ebenfalls falsch. Das Interview habe nicht ich, sondern - wie dies auch unter dem besagten Interview in der taz stand - Bernd Pickert geführt. Obgleich es die Hälfte des Artikels lang um dieses Interview geht, entstammt folglich auch das weitere "Hoffmann offensichtlich selbst erschrocken (...) wirft zaghaft ein" etc. allein der Phantasie des Cuba-Libre-Autors.

Der Autor wirft den "Brüdern Hoffmann" (sic) vor: "Anders als durch Diaz Brille nahmen die die kubanischen Probleme nicht mehr wahr." Unfreiwilligerweise zeigt jedoch er selbst mit seinem Beitrag erschreckend deutlich, wer nun überhaupt aber auch gar nichts mehr wahrnimmt, sobald der Name Jesús Díaz auftaucht.



Bert Hoffmann

## Betr.: Jesus Diaz und die Lateinamerika Nachrichten



In der Cuba-Libre Nr. 3/94 habe ich mich auf Seite 34 an einer Kurzbeschreibung der Metamorphose des von der FAZ bis zu den Lateinamerika Nachrichten hofierten kubanischen Dissidenten Jesus Diaz vom kritischen Linken zum Sprachrohr der Hardliner in Miami versucht. Anlaß war ein Interview das Diaz in der TAZ vom 7.8.94 gab.

Ich schloß diese Skizze mit der Befürchtung ab, daß Diaz linksalternative FreundInnen ihre Unterstützung für ihn nicht aufgeben werden, vielmehr eher seine Hardliner-Positionen zur kubanischen Revolution übernehmen könnten.

Die Retourkutsche aus den Kreuzberger Hinterhöfen hat diese Prognose leider trefflich bestätigt. In den Lateinamerika Nachrichten (LN) 245 vom November 1994 beantwortete TAZ- und LN-Redakteur Bernd Pickert meinen Artikel unter der Überschrift „Saubere Recherche - Was sich die 'Cuba Libre' so zusammenlügt“ mit einer Aneinanderreihung von Lügen und Diffamierungen der 'Cuba Libre' und mir als Autor des Artikels gegenüber.

Die Lüge, ich würde unter dem Namen „Revolutionäre Kommunisten“ auftreten, soll eine besondere politische Stigmatisierung einleiten, denn die RKs sind eine in weiten Kreisen der Linken diffamierte und isolierte maotistische Gruppierung. Über die Ursachen für deren Isolierung soll hier nicht eingegangen werden. Nur habe ich mit dieser Gruppe weder organisatorische noch inhaltliche Verbindungen. Die Redaktion der LN ist aufgefordert worden, in ihrer nächsten Ausgabe diese Falschbehauptungen richtig zu stellen. Ebenso falsch ist Pickerts Behauptung, daß ich mich als „Unterstützer des peruanischen Sendero Luminoso“ hervorgetan hätte. Vielmehr habe ich in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften Artikel publiziert, die sich gegen eine kritiklose Stigmatisierung von Sendero Luminoso wandte. Außerdem habe ich mich geweigert, meine Haltung zu Sendero an den Polen kritiklose Unterstützung oder pauschale Ablehnung zu

orientieren. Ich habe mir die Freiheit genommen, Stimmen aus der peruanischen, lateinamerikanischen aber auch der europäischen Linken zu zitieren, die ungeachtet deren Haltung zu Sendero anerkennen, daß es sich um eine originäre kommunistische Guerilla handelt, deren Wurzeln in der sozialen Lage der Mehrzahl der peruanischen Bevölkerung liegen. Zu diesen Quellen zählen sowohl Texte feministischer Gruppen aus der Schweiz, der US-amerikanischen Feministin Carol Andreas, als auch Diskussionen innerhalb der Volksbewegung Puerto Ricos und Uruguays.

In den LN vom November 1992 wurde hingegen unkritisch gegen Sendero und für dessen Ausschaltung Partei ergriffen. Ich habe danach in einen in der LN 12/92 veröffentlichten Beitrag

an die Redaktion die Frage gestellt, wieso sie den in der Solidaritätsbewegung geltenden Minimalkonsens aufkündigen, die Freilassung von politischen revolutionären Gefangenen, die in den Klauen staatlicher Repressionsorgane sind, zu fordern. Und das unabhängig davon, wie mensch zu den politischen Inhalten dieser Gefangenen steht.-

Ich hätte die Frage noch zugespitzter formulieren können. Wieso sorgen sich jene, die sich so um die Unversehrtheit von Jesus Diaz sorgen, die sie durch einen Brief bedroht sehen, nicht um die vielen revolutionären Gefangenen aus unterschiedlicher Gruppen in Peru? Schließlich ist bekannt, daß dort gefoltert wird und mehrmals machten Massaker an politischen Gefangenen in Peru weltweit Schlagzeilen.

Aber es geht der LN-Redaktion nicht um die Verteidigung von RevolutionärInnen, nicht in Peru oder in Kuba, und natürlich auch nicht in der BRD. Pickerts Lügen über mich sind gleichzeitig Staatsschutzarbeit und ich unterstelle ihm keine Naivität.

An die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

In Ihrer Zeitschrift CUBA LIBRE habe ich gelesen, dass ich diese für drei Peso 4 x im Jahr bestellen kann.

Peso habe ich doch, deshalb abonniere ich die CUBA LIBRE für 3 kubanische Peso, die ich anbei übersende.

Vielen Dank

Name: Jürgen [redacted]  
 Adresse: Schlossfreiheit [redacted]  
 Datum: 25.11.94  
 Unterschrift: [redacted]

Nun kurz zu den weiteren Ausführungen Pickerts: Ich schrieb, daß der kubanische Kultusminister „einen sehr persönlichen Brief“ an Diaz schrieb. Pickert nennt das eine Lüge, mit der Behauptung, daß der Brief nie erhalten habe. Damit macht er sich die Diaz-Version zu eigen. Ich mag nicht darüber entscheiden, ob Diaz aus Propagandagründen den Erhalt abstreitet, der Brief aus technischen Gründen seinen Adressaten nicht erreichte oder wirklich nie an ihn abgeschickt wurde. Der Brief wurde jedenfalls in den LN 11/92 dokumentiert. Er beginnt so: „Herrn Jesus Diaz, Europa....Eine Gewissenspflicht verlangt von mir, anlässlich Deiner jüngsten Erklärungen, diese Zeilen an Dich zu richten.....“ (Hervorhebungen vom Autor, P.N.) Die LeserInnen mögen entscheiden, ob daß ein persönlicher Brief ist.

Ich schrieb, daß Diaz diesen Brief „zum Todesurteil umlog“, was Pickert besonders in Rage brachte. Als Gegenbeleg zitiert er eine Textstelle aus dem Brief, die meine Aussage bestätigen. „...Die Gesetze sehen für Deine Niedertracht keine Todesstrafe vor; aber die Moral und die Ethik der kubanischen Kultur werden dich noch härter bestrafen.“ Nun kann mensch die Vorstellungen über Moral und Ehre, die in

diesen Zeilen zum Ausdruck kommen, verurteilen. Ich kann nur Eduardo Galeano zustimmend zitieren, der zu dieser Frage in einem Interview in den LN 11/92 sagte : „...Aber von einem Todesurteil steht in diesen Zeilen kein Wort. Ich sagte bereits, daß ich diesen Brief für sehr bedauerlich halte. Ich glaube aber auch, daß die Aufregung, die er hervorrief, von durchaus interessierter Seite kam...“

Weiterhin behauptet Pickert, ich nehme die Brüder Hoffmann in Sippenhaft, weil Dirk Hoffmann noch nie einen Diaz-Text übersetzt habe. Nun habe ich nicht die Zeit und das Interesse alle Zeitungen darauf durchzusehen, welcher der Hoffmann-Brüder welchen Text zu Kuba publiziert hat. Dirk Hoffmann zeichnet für einen als Polemik deklarierten Beitrag in den LN vom Februar 1992 verantwortlich, wo er unter der Überschrift „Kein Öl für Kuba“ die Kampagne „Schaffen wir ein, zwei, drei ... viele Barrel Öl nach Cuba“ bekämpft. Der Artikel endet mit den Zeilen: „...Angesichts der evidenten politischen und gesellschaftlichen Mißstände in Kuba selbst müssen wir schon etwas genauer definieren, mit wem wir uns solidarisch erklären, und welche Entwicklungen wir unterstützen wollen. Deshalb von uns kein Öl nach Kuba.“ (Hervorhebungen im Ori-

ginal). Als daraufhin das Cuba-Solidaritätskomitee des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin Dirk Hoffmann zu einer Diskussion über die Kuba-Solidarität einlud, sagte dieser ab. Dafür nahm Bert Hoffmann an der Diskussion teil und betonte, daß beide zu Kuba arbeiten und in ihren Positionen übereinstimmen. ★

Nun kommt Pickert auf den eigentlich Punkt meiner Kritik zu sprechen, das Diaz-Interview in der TAZ. Irrtümlich gab ich hierfür Bert Hoffmann als Interviewpartner an, weil einige Tabellen zur Nahrungsmittelproduktion, die in das Interview eingearbeitet sind, von diesen stammen. In Wirklichkeit befragte Bernd Pickert Jesus Diaz. Diese Verwechslung ist der einzige Punkt, wo Pickert einen Fehler in meinen Artikel nachweisen konnte. Nun könnte mensch denken, daß er dann ja Gelegenheit hätte, sich von Diaz Tiraden zu distanzieren. Doch nichts dergleichen lesen wir: „... Es scheint für die Freundschaftsgesellschaft von essentieller Bedeutung zu sein, Jesus Diaz ins Lager der Miami-Hardliner einzuordnen- linke Dissidenz darf es nicht geben, darum gibt es sie auch nicht. Über Jesus Diaz Positionen kann man trefflich streiten...“

Nun sollte mensch einfach das Interview lesen und mir darin Spuren von linker Dissidenz nachweisen. Das macht Pickert nicht. Aber er fordert, daß wir, die Solidaritätsbewegung, über Positionen von Diaz diskutieren sollen. Z.B. über die, daß die Forderung nach Aufhebung des US-Embargo die elende Haltung der internationalen Linken sei, die ihn nicht interessiert und daß die kubanische Regierung unter Fidel Castro eine kriminelle Regierung sei, mit der es keinen Dialog geben könne.

Jene, die darüber streiten wollen, sind mit ihren Meister auf der Fahrt nach Miami. Tatsächlich hat Jesus Diaz von seiner Reise zu den ExilkubanerInnen in Miami eine mehrteilige Serie im Kulturteil der Frankfurter Rundschau veröffentlicht.

Die Solidaritätsbewegung aber sollte dem Beispiel Eduardo Galeanos folgen, der sich weigerte, den Dialog mit Diaz fortzusetzen. Nach dem internationalen Solidaritätskongreß von Havanna gibt es wichtigeres zu tun, als mit den Feinden der kubanischen Revolution, heißen sie nun Jesus Diaz oder Bernd Pickert, zu diskutieren

Peter Nowak

**Solidarität ist die Zukunft der Völker!**

»Ich verurteile auf das Schärfste die Blockade der USA gegenüber Kuba. Es ist ein Verbrechen, ein großes Verbrechen zu betreiben, nur weil der US-Regierung das kubanische System nicht paßt. Ich glaube, es ist eine brutale Verletzung der Menschenrechte, z.B. die Inhaftierung von Müttern für ihre kühnsten Kinder zu unterstützen.«

Prof. Peter Ludwig, Unterrichtsleiter und bedauernder Kursturnleiter der BR Deutschland im Sommersemester 1992

## Milch für Kubas Kinder

Wie oft es, unsere Solidaritätsaktionen mit Spenden - auch durch Dauerabgabe - zu unterstützen (sonst ist unmöglich).

Spendenkonto-Nr. 13 2221 10, BIC: BFSW33HAN, BLZ: 100 510 00, VVZ: Milch für Kubas Kinder, Spendenkontingent bis März 2001: 994 174,20,- DM (davon 445 1 Milchpulver abgefordert) und 125 171,- DM für Pilotprojekt bezogen. Adresse: Kurfürstendamm 151 110,- DM. Wir danken allen SpenderInnen!

Info:  
 Arbeitsgemeinschaft der FDJ  
 Klaus Alexander, 11  
 10178 Berlin  
 Telefon: (030) 26 009 251, 136  
 Fax: (030) 26 109 078



## repression

**A**nlässlich eines Staatsschutzüberfalls auf Michael Opperskalski, Mitglied der Freundschaftsgesellschaft, veröffentlichen wir hier ein Interview mit ihm und rufen zur Solidarität auf.

Die Redaktion



Interview der belgischen Zeitung Solidaire mit Michael Opperskalski, Redaktionsmitglied vom GEHEIM-Magazin und Herausgeber von TOP SECRET

Frage:

Wir haben erfahren, daß am Dienstag, den 08. November 1994 Ihre Wohn- und Arbeitsräume von einem Polizeikommando des Bundeskriminalamtes durchsucht wurden. Was genau ist geschehen?

Antwort:

Gegen 7 Uhr morgens stand ein Kommando des Bundeskriminalamtes (BKA) vor meiner Tür und eröffnete mir, daß sie einen richterlichen Durchsuchungsbefehl für meine Wohn- und Arbeitsräume hätten. Gegen mich bestünde der „dringende Tatverdacht der geheimdienstlichen Agententätigkeit“. Noch während die Durchsuchungsaktion begann, wurde ich zu intensiven Verhören in die Außenstelle des BKA nach Bonn-Meckenheim gebracht. Dort wurden mir dann - scheinbarweise - im Verlauf des Verhörs Einzelheiten über den Tatvorwurf eröffnet. So sagte man mir, daß ein mir niemals namentlich genannter ehemaliger Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) hätte ausgesagt, daß ich als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) für das MfS gearbeitet hätte und zwar aufgrund meiner hervorragenden Kontakte in Afrika und Lateinamerika als Perspektivagent. Zudem sei ich im Auftrag des MfS verantwortlich für „Desinformation“ gewesen, um westlichen Geheimdiensten und Interessen zu schaden. Diese „Desinformation“ hätte ich über die Magazine GEHEIM und Top Secret sowie andere Medien lanciert. Für all diese Tätigkeit hätte ich vom MfS dann die stolze Summe von DM 2000 alle drei Monate bekommen. Ich hätte mich regelmäßig in der Hauptstadt der DDR, Berlin, mit „meinem Führungsoffizier“ getroffen und sei im MfS unter dem Code-Namen „ABRAHAM“ gelaufen. Allerdings, so gab es selbst der Denunziant des BKA in seinem offiziellen Verhör zu, hätte

ich niemals irgendetwas unterschrieben, was meine angebliche Agententätigkeit „beweisen“ könnte. Mir wurden auch keinerlei Dokumente oder andere „Beweise“ für die aus der Luft gegriffenen Anschuldigungen vorgelegt, die einzig und allein auf den denunziatorischen und konstruierten Aussagen eines angeblich existierenden ehemaligen Offiziers des MfS basieren! Falls dieser Mann wirklich existiert, es wäre nicht das erste Mal, daß die bundesdeutsche Justiz gekaufte Kronzeugen gegen kritische Journalisten und engagierte Linke einsetzt...

Sie sehen, dieser sogenannte „dringende Tatverdacht“ steht von Anfang an auf sehr tönernen Füßen. Damit wird es auch klar, daß es bei der ganzen Aktion um eigentlich etwas anderes geht: um die Kriminalisierung eines kritischen Journalisten und engagierten Antiimperialisten und Kommunisten. Diese Stoßrichtung wurde bereits während meines Verhörs deutlich. Natürlich hatte und habe ich im Rahmen meines langjährigen politischen Engagements zahllose Kontakte auf nationaler wie internationaler Ebene mit gesellschaftlichen Organisationen sozialistischer Länder, Befreiungsbewegungen wie revolutionären Organisationen, kommunistischen Parteien und fortschrittlichen Menschen. Dazu gehörten natürlich auch zahlreiche Kontakte in der DDR, von der FDJ bis hin zum Solidaritätskomitee der DDR. Da habe ich nichts zu bereuen, dazu stehe ich und darauf bin ich stolz! Abgesehen davon war und ist für mich die DDR bis heute der „bessere deutsche Staat“, von dem ich mich nicht distanzieren werde. Ich habe meinen Verhörern von BKA mehr als deutlich gesagt, daß sie einer Illusion aufsitzen, wenn sie meinen, ich würde in ihren Händen zum Wendehals oder Kronzeugen gegen meine Überzeugung, Freunde und Genossen!

Frage:

Gibt es noch andere Anhaltspunkte, die diese Strategie der Bundesanwaltschaft und des BKA belegen?

Antwort:

Natürlich. Zum einen sind da Aussagen meiner Verhörer sowie des zeitweise anwesenden Staatsanwaltes, bei denen ziemlich klar zum Vorschein kam, daß in deren Augen wohl jeder Kontakt zu sozialistischen Ländern praktisch eine kriminelle Angelegenheit ist. Zum anderen ist da die Methode zu nennen, mit der man mich unter psychischen Druck setzen wollte. Zunächst sagte man mir, man hätte nur einige Fragen und ich könne nach deren Beantwortung wieder nach Hause gehen. Am Abend wurde ich jedoch vorläufig festgenommen und in das Polizeigefängnis in Bonn gesperrt, da ich nicht die Aussagen gemacht hatte, die der Staatsanwalt und die verhörenden Beamten des BKA wohl hören wollten. Da war dann sicherlich auf deren Seite auch eine ungeheure Wut auf mich und meine Position 'drin. Vor allem ist da aber auch der Ablauf der fast zwei Tage dauernden Durchsuchung meiner Wohn- und Arbeitsräume zu nennen. Die haben ziemlich viel Material mitgenommen, bezeichnenderweise kaum Material, das man in Beziehung mit den Tatvorwurf bringen könnte, hauptsächlich jedoch Material, das mit meiner journalistischen und politischen Arbeit in Verbindung steht: Adressenkarteien, Kopien von auf meinem Computer abgespeicherten Dateien, alle möglichen Notizzettel, Photographien von internationalen Konferenzen, Computerdisketten, Zeitungsausschnitte und Flugblätter, Informationen über Korea, Südafrika, Kuba, Angola und auch die von der PTB organisierten internationalen Konferenz kommunistischer und Arbeiterparteien in Brüssel. Ganz stolz waren die durchsuchenden BKA-Beamten zum Beispiel, als sie die „Erklärung von Pjôngjang“ fanden und wohl auch über die Mitnahme meiner Radios...

Frage:

Das heißt, sie sehen den eigentlichen Vorwurf, Ihre angebliche Tätigkeit für das MfS der DDR, nur als einen Vorwurf, um ganz etwas anderes zu organisieren...

Antwort:

Ja, das ist vollkommen richtig, wobei ich in diesem Zusammenhang erneut betonen muß, daß selbst der Vorwurf, der als Vorwand dienen soll, aus der Luft gegriffen und fabriziert wurde. Es geht bei der ganzen Aktion in Wahrheit

um meine journalistische und politische Tätigkeit.

Meine journalistische Tätigkeit ist nicht nur den Geheimdiensten der BRD, sondern des gesamten imperialistischen Lagers ein Dorn im Auge. Beide Magazine, GEHEIM und Top Secret, für die ich tätig bin bzw. die ich herausgebe, beschäftigen sich mit imperialistischen Destabilisierungen und Strategien, bei denen die Geheimdienste eine nicht zu unterschätzende Schlüsselrolle spielen. So enthüllen wir zum Beispiel die Namen von CIA-Agenten oder Agenten der südafrikanischen Apartheid-Geheimdienstgemeinschaft, Personen also, die bei den schmutzigen Tricks der imperialistischen Geheimdienste eine wichtige Aufgabe zu spielen haben. Wir haben aber auch in diesem Zusammenhang aktiv Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf unterstützt; so enthüllten wir die Destabilisierungsstrategien des Apartheid-Regimes im Wahlkampf 1989 gegen die Befreiungsbewegung SWAPO, wir veröffentlichten Komplote und Hintergründe von Mordanschlägen gegen den ANC oder das CIA-Netz auf den Philippinen, das als Rückgrat im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung dieses Landes zu sehen ist. All dies sind nur einige Beispiele für unsere journalistischen Aktivitäten, die uns viele Freunde, aber auch viele Feinde gemacht haben.

Nur wenige Tage vor meiner Verhaftung wurde mir von einem Informanten in Südafrika eine Warnung zugespielt. Die südafrikanischen Geheimdienststrukturen, die trotz des Regierungswechsels im Kern unverändert geblieben sind, haben in Zusammenarbeit mit der nordamerikanischen CIA einen Plan ausgearbeitet, um Leute wie mich zu diskreditieren, zu neutralisieren und auch zu liquidieren. Dieser Plan trägt laut meinem Informanten die Code-Bezeichnung „Operation Skorpion“. Meine Magazine und ihre Rolle ist diesen Herren ein Dorn im Auge. Man muß also davon ausgehen, daß sowohl die CIA als auch die südafrikanischen Geheimdienststrukturen möglicherweise bei der Aktion gegen mich ihre Finger im Spiel hatten!

Zudem ist dieser Angriff nicht die erste Attacke gegen das Magazin GEHEIM. Bereits nach der Veröffentlichung der 0-Nummer im Jahre 1985 drohte der damalige Staatssekretär im Innenministerium, Spranger, damit, das Magazin zu verbieten oder aber ein gesetzliches Instrumentarium zu verabschieden, das die Arbeit des Magazins

behindern oder unmöglich machen könnte. Autoren und Redakteure unseres Magazins wurden von den Geheimdiensten der BRD bespitzelt, denunziert und drangsaliert. In einem Fall wurde die Autorenschaft für GEHEIM als ein Grund in einem Berufsverbotsverfahren angeführt. Ich sehe die Aktion gegen mich in diesem Zusammenhang also nur als einen vorläufigen Höhepunkt einer Strategie, die zum Ziel hat, die Magazine und ihre Arbeit zu verleumden und zu zerschlagen! Diese Aktionen sind damit zugleich ein direkter Angriff auf die Pressefreiheit in der Bundesrepublik Deutschland. Sollte es der demokratischen Öffentlichkeit nicht gelingen, diese Angriffe abzuwehren, so wird in der Bundesrepublik künftig jeder Journalist direkt bedroht sein, der sich kritisch mit den Herrschaftsmethoden und Strukturen dieses Staates beschäftigt, es gar wagt, die immer mächtiger werdenden Geheimdienste zu kritisieren!

Frage:

Wo sehen Sie die Gefahren für die Demokraten und Kommunisten in der BRD, die aus „Ihrem Fall“ erwachsen könnten?

Antwort:

Die liegen auf der Hand. Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß ich nicht nur ein aktiver Journalist bin, sondern auch eine Rolle in der antiimperialistischen und kommunistischen Bewegung nicht nur in der Bundesrepublik spiele. Ich bin ein Aktivist der Solidaritätsbewegung mit dem sozialistischen Kuba, bin Vorsitzender des „Vereins zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung/KÖLN“, der u.a. an den von der PTB organisierten internationalen Seminaren der kommunistischen und Arbeiterparteien in Brüssel teilgenommen hat, und ich pflege solidarische Kontakte mit zahlreichen revolutionären Kräften und kommunistischen Parteien. Bei der Durchsungsaktion wurden Materialien gerade auch aus diesen Zusammenhängen mitgenommen. Gelingt es den Herrschenden also, mich mit konstruierten Vorwürfen zu kriminalisieren, so werden sie damit eine Handhabe bekommen, nach Gutdünken auch gegen andere fortschrittliche Kräfte in der BRD und meine persönlichen Freunde und Genossen vorzugehen. Ich habe die Information bekommen, daß es in den vergangenen zwei Wochen noch weitere Verhaftungen gegeben hat und das noch mehrere in Vorbereitung sind. Es besteht also die konkrete

Gefahr, daß die Aktion gegen mich als eine Art Pilotverfahren gegen andere Journalisten und Linke dienen soll...

Frage:

Gibt es bereits Reaktionen auf die Durchsuchungs- und Verhaftungsaktion gegen Sie?

Antwort:

Ja, zahlreiche. Mich erreichen ununterbrochen Solidaritätsbekundungen aus der Bundesrepublik und auch aus dem Ausland. Diese Bewegung muß jedoch noch viel breiter und intensiver werden. Wie gesagt, es geht ja dabei nicht nur um mich! Es geht um die Verteidigung kritischer Journalisten und demokratischer Kräfte in der BRD!

Ich appelliere daher an alle demokratischen, sozialistischen, revolutionären und kommunistischen Kräfte, ihre Stimme gegen diesen Angriff zu erheben und konkrete Solidaritätsaktionen - in welcher Form auch immer - zu organisieren. Freunde von mir planen auch die Einrichtung eines Solidaritätsfonds, denn all dies und die Verteidigung in meinem Fall wie in anderen noch kommenden, wird auch Geld kosten. Je stärker die nationalen und internationalen Stimmen des Protestes werden, je umfassender sich die politische und materielle Solidarität entwickelt, desto größer wird die Chance, diesen Angriff abzuwehren und damit auch die demokratischen Rechte in der Bundesrepublik aktiv zu verteidigen. Gelingt es den Herrschenden der BRD, die Demokraten in diesem Land zum Schweigen zu bringen, dann wird sich die Aggressivität des deutschen Imperialismus um so zügelloser nach innen wie nach außen richten. Planungsspiele der Bundeswehr für internationale Einsätze gibt es ja bereits... Lassen wir dieses Horrorszenario nicht Wirklichkeit werden!

Kontaktanschrift:

Michael Opperskalski  
Redaktion GEHEIM  
Redaktion Top Secret  
Postfach 270324 - 50509 Köln - Bundesrepublik Deutschland  
Telefon und Fax: 49-221-175755

## Notwendige Geschichtsaufarbeitung

★ Es sind kaum 25 Jahre vergangen, seit eine gutorganisierte Bewegung der Schwarzen in den USA die dortigen Verhältnisse durcheinanderwirbelte. Und doch ist heute Vielen nur das Bild Schwarzer Fanatiker präsent, daß die Medien von den Black Panthers vermittelt haben.

Jetzt ist im Unrast-Verlag aus Münster ein historischer Abriss der Black Panther und des autonomen Schwarzen Widerstands in den USA erschienen. Autor ist ein deutscher Soziologe, der einen guten Überblick gibt über die Wurzeln der Black Panther Party, ihren schnellen Aufstieg und ihren jähen Niedergang, hervorgerufen durch staatliche Einwirkungsversuche und eigene theoretische und praktische Schwächen.

Verschiedene weitere Gruppen des US-Widerstands werden kurz vorgestellt. Der Großteil von ihnen wurde vom FBI infiltriert und zerschlagen. Die wenigen überlebenden Aktivisten sitzen teilweise seit Jahrzehnten in US-Zuchthäusern. Einige ihrer Kurzbiographien schließen das Kapitel ab. Leider fehlt Mumia Abu-Jamal, der in der Zeitung der Black-Panthers erste journalistische Erfahrungen sammelte, als

bekannter Radiojournalist den Haß des US-Etablissements auf sich zog, in einen fingierten Indizienprozeß wegen Mord zum Tode verurteilt wurde und nun seit über 10 Jahren im Todestrakt ständig mit seiner Hinrichtung rechnen muß.

Manche politische Einschätzungen des Autors sind recht fragwürdig, so wenn er den Black-Muslim-Führer Louis Farrakhan vorgestellt, ohne auf den Antisemitismus hinzuweisen, den dieser in seinen Reden verbreitet. Auch die unkritische Darstellung der Frauenpolitik der Black-Panthers, die sich zwar in ihren Programm für die Gleichberechtigung einsetzten in ihrer politischen Praxis nach Selbstzeugnissen von Aktivistinnen aber weit davon entfernt waren, steht im Widerspruch zum sonst durchaus kritischen Umgang des Autors mit der Thematik. Diese Einwände schmälern nicht den Nutzen des Buches, daß inn leicht verständlichen Stil einen Einstieg in die offiziell verschwiegene Thematik liefert. Aufgelockert wird das Buch durch Originaldokumente der Black Panther, z. B. ihr erstes Programm vom Oktober 1966 sowie historische Fotos, z.B. von der von der Partei organisierten 'Free-

Food-Programme' mit der sie sich der materiellen Not in den Gettos annahm.

Die umfangreiche Literaturliste, in der erfreulicherweise auch kleinere Publikationen aus der Solidaritätsbewegung aufgenommen sind, ermöglicht Interessierten sich tiefer in die Materie einzuarbeiten, was besonders bei einem von der offiziellen Geschichtsschreibung vernachlässigten Thema besonders wichtig ist.

Mag die Black Panther Party auch Geschichte sein, die Umstände, die zu ihrer Gründung geführt haben, das soziale Elend, die Repression, der Rassismus sind in der US-Gesellschaft auch heute noch zu finden.

So ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß die Wut der Panthers die Marginalisierten in den Gettos anstecken könnte, gegen die Ursachen ihrer Lage zu kämpfen und sich nicht in ethnischen Kämpfchen zum Wohlgefallen des US-Etablissements gegenseitig aufzureiben, wie es heute leider oft der Fall ist.

*Peter Nowak*

**Oliver Demny,  
Die Wut des Panthers,  
Die Geschichte der  
BLACK PANTHER PARTY,  
Unrast-Verlag,  
Münster 1994,  
203 S, br., 24,80 DM**

## Peru

Peru war in den letzten Jahren immer dann in den Schlagzeilen, wenn es spektakuläre Aktionen der maoistischen Guerillagruppe Sendero Luminoso, auf deutsch Leuchtender Pfad gab. Nach der Verhaftung des Sendero-Vorsitzenden Guzman begann der Niedergang dieser Organisation. Bis heute nicht verifizierte Gerüchte über Geheimverhandlungen zwischen dem peruanischen Staat und der verhafteten Sendero-Spitze führten zur Spaltung.

Was selten in den Medien thematisiert wurde, ist die soziale Lage in der Millionen Menschen in den Elendsvierteln um Lima oder im öden Andenhochland leben. Viele deren BewohnerInnen haben ihr Schicksal längst in die eigene Hand genommen. Vorallem die Frauen organisieren sich im all-

täglichen Kampf ums Überleben. Der französische Journalist und Filmemacher Jean-Michel Rodrigo, der seit Jahren viele Staaten Lateinamerikas bereist, schildert im jetzt ins Deutsche übersetzte Buch diese Basisaktivitäten, vorallem in Barrios bei Lima.

Er beschreibt die Landbesetzungen am Rande der Hauptstadt und die harten Reaktionen der Staatsorgane, die Versuche der BewohnerInnen sich mit Kleinhandel etc. über Wasser zu lassen.

Ein langes Kapitel widmet der Autor den Kampf der peruanischen Frauen, ihren Organisationsversuchen, ihrer Bewußtwerdung und wie sie mit der alltäglichen Misere so umgehen, daß sie überleben und sich doch nicht aufgeben.

Wie schon der Titel anklingen läßt, befaßt sich das Buch auch mit der Stellung der BasisaktivistInnen einerseits zum Staat, andererseits zu den bis 1992

stetig an Einfluß gewinnenden MaoistInnen von Sendero Luminoso. Tatsächlich war das Verhältnis zwischen den auf Autonomie bedachten Volksbewegungen und Sendero, dessen AktivistInnen alle existierenden Bewegungen ihren Revolutionsvorstellungen unterordnen wollten, seit Jahren gespannt. Es gab auch auf beiden Seiten bewaffnete Auseinandersetzungen. Allerdings gab es auch Punkte, wo eine Zusammenarbeit zwischen der unabhängigen Volksbewegungen und Sendero möglich war, was im Buch völlig ausgeblendet werden. Die im Titel beschriebene gleiche Distanz zu Sendero und dem Staat wird nicht aufrechterhalten, wenn die Verhaftung Guzmans als ein einziges Freudenfest beschrieben wird. Als ob Limas Superreiche aus dem Nobelstadtteil Miraflores und die BarriobewohnerInnen den gleichen Grund zur Freude hätten. Die schrillen Töne im

fg

## BDK 94 -

### Was war kennzeichnend für diese Bundesdelegiertenkonferenz?

Vorwort, daß der Kampf gegen Sendero ein Kampf gegen die Barbarei ist, korrespondiert mit dem Nachwort, wo der Fujimori-Regierung vor allem vorgeworfen wird, daß diese mit ihren Sparmaßnahmen auf IWF-Geheiß, zur Verbreiterung von Senderobasis beitragen würde.

Dabei verwickelt sich der Autor in Widersprüche, wenn er eine Seite vorher schreibt: „In Vitarte (einem Stadtteil von Lima, P.N.) kann der Sendero Luminoso nicht nur die jungen, von der Arbeitslosigkeit frustrierten Leute mit Diplomen verführen. Er rekrutiert seine Anhänger auch unter den Ärmsten der Armen, diesen kräftigen Bauernsöhnen, gerade erst vom Land in die Stadt gezogen, für die der soziale Aufstieg automatisch mit dem Eintritt in die Marineinfanterie verbunden ist“.

Damit schreibt er doch, daß die Sendero-AktivistInnen keine Barbaren sind, die über die peruanische Bevölkerung herfallen, wie stellenweise suggeriert wird, sondern daß die Wurzeln dieser Guerilla in den sozialen Bedingungen des Landes liegen und daß in die Freudentänze längst nicht alle BarriobewohnerInnen eingestimmt haben werden.

Aber es ist bei der feindlichen Beziehungen zwischen Sendero und vielen Basisbewegungen vom Autor nicht zu verlangen, zu differenzieren. Hier gilt, was er in der Einleitung schreibt: „In der peruanischen Geschichte gibt es Sieger und Besiegte. Jeder hat seine eigene Sicht der Dinge, die nichts ändern kann.“

Mensch sollte das Buch mit dem Wissen im Hinterkopf lesen, daß für die Verwerfungen in der peruanischen Linken nicht so einfach Schuldige und Nichtschuldige benannt werden können. Ansonsten ist das Buch für alle, die sich über die Lage großer Teile der Bevölkerung Perus informieren wollen, empfehlenswert.

*Peter Nowak*

**Jean-Michel Rodrigo,  
Der dritte Sendero -  
Weder Leuchtender Pfad  
noch Fujimori,  
die Alternative der  
peruanischen  
Volksbewegungen,  
Rotpunktverlag, Zürich  
1993, 224 S., br., 25DM**

Nicht hochgespannte Erwartungen oder gar Euphorismen - nein damit war wohl keineR der Delegierten nach Essen gekommen - eher schon Besonnenheit und Abwägung des Machbaren. - Aber auch, von der Basis des erreichten Zusammenhaltes innerhalb der FG ausgehend, Überlegungen hinsichtlich künftiger Schwerpunkte unserer Solidaritätsarbeit und struktureller Veränderungen.

Ziemlich schade, daß sich an den umfassenden Rechenschaftsberichten zu allen Bereichen der Vorstandsarbeit so wenig Diskussion entzündete. Gerade der politische Bericht, den Gabi Ströhlein, die alte und neue Vorsitzende, vortrug hätte sich gut als Basis für inhaltliche Auseinandersetzungen geeignet. Er drückte immerhin sehr anschaulich den inhaltlichen Konsens einer großen Mehrheit in der Freundschaftsgesellschaft aus. Was aber am Samstag immer wieder von Horst-Eckart Groß und einem weiteren Bielefelder Cubafreund an streitbaren Beiträgen kam, bewegte sich mehr auf der Ebene sattsam bekannter Unterstellungen nach dem Muster „Cuba Libre und FG gleichgeschaltet“, bzw. erschöpfte sich im Formalen, etwa: „Wer hat wann welchen Brief geschrieben, der von wem, warum nicht oder doch geöffnet und/oder gelesen oder nicht wurde.“ Schade um die Zeit, die hätte besser genutzt werden können im Streit um inhaltliche Positionen. Positionen, wie sie in den letzten Monaten in verschiedenen Presseorganen nachzulesen waren, z.B. „in Cuba herrschen restaurative Tendenzen“ oder „die Cubanischen Revolutionäre sollen endlich abdanken und über ihre Fehler nachdenken“. Offensichtlich hatten deren BefürworterInnen kein Interesse, sich innerhalb der FG der Diskussion zu stellen.

Anregender verlief schon die Debatte, als es um konkrete Projektarbeit ging. Hannes Richert, Leiter der Redaktion der deutschsprachigen Granma in Havanna, konnte am Samstag an der Konferenz teilnehmen. Er gab eine sehr anschauliche Darstellung über die schwierigen Bedingungen, unter denen die Granma derzeit

erstellt wird, aber auch über die weiteren Perspektiven: Übergabe an einen professionellen Vertrieb, breite Werbemaßnahmen, etc. Einstimmig wurde dazu ein Antrag verabschiedet, demzufolge die Freundschaftsgesellschaft insgesamt 10.000 DM an Spenden für die Verbesserung der technischen Ausstattung der Granma-Redaktion zur Verfügung stellen wird. Die Kampagne ist innerhalb und außerhalb der FG bereits angelaufen und die Gesamtsumme ist hoffentlich in Kürze erreicht, damit die authentische Stimme der Cubanischen Revolution auf Dauer in deutscher Sprache verbreitet werden kann. (Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11; Kontonr. 1 202 999 900 - Stichwort: Granma)

Auch nachdem Heinz W. Hammer eine umfassende Darstellung über Verlauf und errungene Erfolge der Cuba-Solidaritätskarawane 94 in der BRD gegeben hatte, folgte eine lebhaftere Diskussion: Es wurden die großartigen Erfolge gewürdigt, die z.B. mit mehr als 30 Fahrzeugen, die kühnsten Erwartungen der InitiatorInnen übertroffen hatten, und ein enormes Engagement vieler FG-Gruppen festgestellt. Es gab Reflektionen darüber, welche politischen Aussagen ein entsprechender Aufruf enthalten sollte, wie wichtig die „politische Breite“ bei den UnterstützerInnen einzuschätzen sei, bzw. wie diese aktiver einzubeziehen wären und es gab Pro und Contra zu der Anregung, doch eine 95er Karawane ins Auge zu fassen.

Am Sonntag mußten erstmal die vorgeschlagenen Satzungsänderungen debattiert werden, eine manchmal etwas trockene Angelegenheit. Wesentlichste Änderungen (meiner

Meinung nach): Es wurde das Konstrukt von den zwei Ebenen „Vorstand“ und „geschäftsführender Vorstand“ abgeschafft - künftig gibt es nur den „Bundesvorstand“. Außerdem wurde die Festschreibung einer/s GeschäftsführerIn/s in der Satzung gestrichen. Neu aufgenommen wurde die Möglichkeit, künftig vor den Wahlen auf der BDK zu entscheiden, ob der zu wählende Vorstand von einer/em Vorsitzenden und deren/dessen StellvertreterInnen

oder von mehreren gleichberechtigten SprecherInnen geleitet werden soll. Obwohl mit großer Mehrheit als mögliche Vorstandsform in der Satzung beschlossen, unterlag das „SprecherInnenmodell“ in der konkreten Entscheidung für die nächsten beiden Jahre allerdings ganz knapp. Immerhin, der Einstieg in die Diskussion ist erfolgt, und in die aktuell zu führenden Debatten über Aufgaben und Schwerpunkte der FG-Arbeit sollte auch die Auseinandersetzung über die

zweckmäßigsten Strukturen eingebunden werden.

Daß die Freundschaftsgesellschaft jedenfalls auch weiterhin mit großem Elan ein wichtiger Faktor in der Cuba-Solidarität sein wird, wurde auf dieser BDK deutlich. Ein großes Interesse auch an internationalen Kontakten und weiterer Vernetzung zeigte sich am Sonntag nicht zuletzt an den zahlreichen Anmeldungen, die für die diesjährige Weltkonferenz der Cuba-Solidarität in Havanna bereits vorlagen.

*Marianne Schweinesbein*

## Botschaft der Republik Cuba

# Grußworte an die Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba

Liebe Kubafreundinnen und -freunde,

zunächst möchten wir Euch im Namen unserer Botschaft, unserer Regierung und unseres Volkes für die wertvolle, solidarische Unterstützung danken, die Ihr in diesen für Kuba so schwierigen Zeiten geleistet habt.

In widrigen Situationen zeigen sich die wahren Freunde. Für uns Kubanerinnen und Kubaner ist es eine große Ehre zu wissen, daß wir in Deutschland auf viele gute Freunde zählen können, und dies nicht etwa deshalb weil sie sich selbst einfach so nennen, sondern weil sie ihre Freundschaft unter Beweis gestellt haben.

Unser besonderer Dank gilt den Mitgliedern des amtierenden Vorstands der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und ihrer Vorsitzenden Gabi Ströhlein. Sie haben gezeigt, daß sie in der Lage sind, entschlossen und unter großen Anstrengungen wichtige Solidaritätsaktionen für Kuba zu organisieren, die wir sehr hoch einschätzen. Dazu gehören

- die Unterstützungskampagne für das Asthmazentrum,
- die endgültige Realisierung der deutschsprachigen Ausgabe der Granma internacional,
- die Entsendung einer umfangreichen Delegation im Rahmen der Brigade José Martí,
- die erfolgreiche Solidaritätskarawane, die am 1. Oktober 1994 im Bremen ihren Abschluß fand.

Die beispielhafte Durchführung einer derart komplexen Aufgabe wie der Karawane, die zwischen einer Viel-

zahl verschiedener Solidaritätsgruppen Koordination und Verständigung erforderlich machte, hat uns eines gezeigt, nämlich daß die Einheit der Kuba-Solidaritätsbewegung nicht nur möglich sondern unerläßlich ist.

Für Kuba besteht heute mehr denn je die Notwendigkeit, daß diese Solidaritätsbewegung in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt weiter an Stärke gewinnt und zu einer treibenden Kraft wird, die die US-Regierung immer energischer unter Druck setzt, damit sie ihre aggressive Politik gegen unser Volk aufgibt.

Gerade im Zuge der Ereignisse, die sich im August in Havanna zugetragen haben, und der späteren Unterzeichnung eines neuen Einwanderungsabkommens ist innerhalb der USA eine interessante Bewegung entstanden, die sich immer stärker gegen die Blockade wendet. Sie sollte bei unseren Freunden in der ganzen Welt unbedingt Beachtung finden.

In den nächsten Tagen wird Kuba in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum dritten Mal in drei aufeinanderfolgenden Jahren einen Resolutionsentwurf zur Notwendigkeit einer Beendigung der US-Blockade gegen Kuba vorlegen. In diesem entscheidenden Moment werden wir abschätzen können, inwieweit sich die Ablehnung dieser Politik der Vereinigten Staaten weltweit verstärkt hat.

Es ist sehr wichtig, daß sich die Kuba-Solidaritätsbewegungen diese Resolution zu eigen machen und dazu eine größtmögliche Zahl von Initiativen ergreifen, um die erneute, bedeut-

same Durchsetzung der Resolution in der Generalversammlung zu unterstützen.

Danach kommt dann das Welttreffen der Kuba-Solidarität in Havanna. Es wird ein großes internationales Fest der Freunde Kubas werden, die mit ihrer Anwesenheit ihre Unterstützung öffentlich zum Ausdruck bringen werden. Auch hier ist es von großer Bedeutung, weiter daran zu arbeiten, daß eine größtmögliche und weitgehend repräsentative Beteiligung an diesem Welttreffen erreicht wird.

Liebe Freunde, was Kuba heute braucht, sind praktische Solidarität und konkrete Unterstützungsaktionen wie die oben erwähnten. Unabhängig von allen Interpretationen, die es in dieser Frage geben mag, sind wir Kubaner davon überzeugt daß dies die wahre Form der Hilfe für unser Volk ist, damit es Widerstand leisten und den Sieg davontragen kann.

„Die Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“, hat Che gesagt. Kein Schild kann diese ZÄRTLICHKEIT aufhalten.

Danke für alles, liebe Freunde.  
Es lebe die Solidarität der Völker!  
Es lebe die Kubanische Revolution!

Vielen Dank  
Bonn, den 14. Oktober 1994

gehalten in Essen, 15. 10. 94 von

Marcelino Medina

# Pressemitteilung

Freundschaftsgesellschaft  
BRD - Kuba e.V.  
Gruppe Esslingen  
c/o F. Hafenrichter  
Eugen-Bolz-Str. 15  
73732 Esslingen  
Tel. 0711/373466  
Fax 0711/3702993

Für verstärkte Solidarität mit Kuba  
gegen die US-Blockade

Esslingen/Neckar, 10.11.1994 - Für verstärkte politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba, das um sein Recht kämpft, seinen eigenen Weg zu gehen, und deshalb seit über 30 Jahren und jetzt noch verstärkt der USA-Blockadepolitik ausgesetzt ist, warb am Mittwoch, dem 9.11.1994, bei einer öffentlichen Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba in Esslingen in der „Burgschänke“, Déborah Azcuy Carrillo, die Verantwortliche im „Cubanischen Institut für Völkerfreundschaft“ in Havanna (ICAP) für die Beziehungen zu Deutschland, Österreich und die Schweiz.

Sie verwies u.a. auf die erfreuliche Tatsache, daß die Vollversammlung der Vereinten Nationen jüngst zum dritten Mal die USA-Blockade als Völkerrechtsbruch mit noch größerer Mehrheit als bisher verurteilten und nunmehr Israel die USA unterstützte. Zugleich wachse das Interesse ausländischer Investoren an Kuba, wobei jetzt Mexiko, Spanien, Frankreich und Kanada vom Investitionsvolumen her bei den Joint Ventures an der Spitze stünden.

Besonders bedeutsam sei aber die innenpolitische Entwicklung aufgrund der zahlreichen Reformmaßnahmen vor allem seit den diesjährigen Mai-Beschlüssen der Nationalversammlung. Nach der in dieser Art einmaligen Volksausssprache in rund 80.000 Versammlungen in Betrieben und Wohngebieten wurden Sparmaßnahmen und Preiserhöhungen vorgenommen, allerdings ohne die kleinen Einkommen zu belasten und ohne die Errungenschaften eines kostenlosen Bildungs- und Gesundheitswesens aufzugeben. Die seit dem 1. Oktober eingeführten freien landwirtschaftlichen Märkte, auf denen jeder seine

überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse für Pesos verkaufen könne, hätten schon in den wenigen Wochen den Wert des Pesos und damit der Einkommen so erhöht, daß für einen US-Dollar nicht mehr 100 bis 120 sondern zur Zeit nur noch 30 bis 35 Pesos gezahlt werden. ★

Auch deshalb sei der Optimismus berechtigt, daß diese Innen- und Außenpolitik der flexiblen und verjüngten Leitung von Partei und Regierung unter Fidel Castro, getragen vom Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung, Kuba schrittweise aus der Wirtschaftskrise führen wird. Dabei sei natürlich auch die politische und materielle Solidarität unerlässlich. Einleitend hatte Frieda Hafenrichter, die Sprecherin der Esslinger Gruppe der FG BRD-Kuba, denen gedankt, die dazu beigetragen haben, daß allein diese Gruppe u.a. zur „Solidaritätskarawane“ vom 30. September nach Kuba 41 Pakete Medikamente, Kleidung und Schulsachen sowie Fahrräder beisteuern konnte. HF

Spendenkonto: F. Hafenrichter - Kuba-Solidarität -  
Kontonr. 44 867 000; Volksbank Esslingen (BLZ 611 901 10)

## o-ton

### IST DIE TALSOHLE ERREICHT?

Die kubanische Ökonomie im Jahre 1993 und ihre Perspektiven für 1994

Dr. Alfonso Casanova Montero

Professor Casanova wird im März 95 zu verschiedenen Diskussionsveranstaltungen in der BRD sein. Aus diesem Grunde drucken wir hier Auszüge aus seinem im Juni 94 in der Zeitschrift „Aredito“ veröffentlichten Artikel. Der vollständige Artikel ist über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba erhältlich.

...

#### Sektoranalyse

1992-93 brachte die Zuckerernte den niedrigsten Ertrag seit 30 Jahren. Allerdings wurden dabei auch nur 20% der gewohnten Ressourcen eingesetzt. Darüber hinaus hatte es in den ersten fünf Monaten des Jahres zuviel geregnet, und die im Juni einsetzende langanhaltende Dürre wirkte sich ebenso negativ auf die folgende Ernte aus.

Die Nahrungsmittelproduktion wies 1993 ein Defizit von ca. 3 Millionen Zentnern in bezug auf das Planziel für Knollenfrüchte und Gemüse von 37 Millionen Zentnern auf. In diesem Bereich sind die Erträge seit 1989 um 50% zurückgegangen. Die Verluste nach der Ernte belaufen sich auf etwa 40%. Dieser Entwicklung wurde mit einem umfassenden Frühjahrsplan zur Produktion von Nahrungsmitteln mit kurzem Anbauzyklus begegnet.

In der Viehzucht betrug der Gewichtsverlust pro Rind durch die

Verschlechterung der Weideflächen und die mangelnde Wasserversorgung zwischen 14% und 20%. Durch technologische und organisatorische Veränderungen ist es gelungen, die Verminderung des Viehbestandes zu stoppen und Perspektiven auf eine Besserung zu eröffnen.

1992 lag die Kapazitätsauslastung in der Industrie bei 20%, 1993 nur noch zwischen 10 und 20%. Die Bruttoinvestitionen gingen im staatlichen Sektor von ca. 4,5114 Mrd. Pesos (1989) auf 2,090 Mrd. (1991) bzw. 1,998 Mrd. (1992) zurück. Die Aktivitäten im Baubereich sind auf 20% gesunken und konzentrieren sich auf vorrangige Investitionen sowie den kostengünstigen Wohnungsbau.

Der Transportsektor ist ebenfalls auf etwa 25% des Niveaus von 1989 zusammengeschrumpft.

Im Energiesektor belief sich die Inlandsproduktion 1993 auf 1,1 Mio. Tonnen Erdöl. Hinzu kamen Importe von 5,7 Mio. Tonnen. Für 1997/98 besteht die Hoffnung, daß Kuba in die-

sem Bereich seinen Eigenbedarf decken kann. Die Tauschgeschäfte mit Rußland (Erdöl gegen Zucker) haben sich günstig entwickelt: 1992 erhielt Kuba 1,8 Mio. Tonnen Erdöl für 1 Mio. Tonnen Zucker. 1993 betrug das Verhältnis 2,2:1. Darüber hinaus haben 1993 die Bohrungen auf dem kubanischen Inselsockel begonnen. Mittelfristig bestehen hier konkrete Erfolgsaussichten.

## Außenhandel

### Exporte

Unter Berücksichtigung der hier dargestellten Rahmenbedingungen werden die Einnahmen aus den Exporten von Gütern und Dienstleistungen zur wichtigsten strategischen Größe, um den Produktionsbereich zu finanzieren und funktionsfähig zu halten und damit wiederum den Verfall des Lebensstandards aufhalten und vorrangige Investitionen tätigen zu können.

Die Exporteinnahmen beliefen sich 1993 auf etwa 2 Mrd. Pesos und erreichten damit in etwa den Stand von vor 20 Jahren. Damals lebten allerdings noch 2 Mio. Kubaner weniger auf der Insel.

### Importe

85% der im Inland verbrauchten Güter haben gegenwärtig einen direkten oder indirekten Importanteil. Die Struktur der Einfuhren hat sich mittlerweile radikal verändert: Die Importe von Kapitalgütern sind massiv zurückgegangen, die Einfuhren von Erdöl auf einen Gesamtanteil von 44,2% gestiegen, gefolgt von Grundnahrungsmitteln (25,9%), Medikamenten, notwendigen Betriebsmitteln für die Landwirtschaft und die Zucker- und Nahrungsmittelindustrie sowie grundlegenden Gütern zur Sicherung der exportorientierten Wirtschaftszweige.

### Geographische Struktur des Außenhandels

Kuba wickelt seinen Außenhandel im wesentlichen mit drei Ländergruppen ab: mit den Ländern der Europäischen Union, den früheren sozialistischen Staaten sowie Lateinamerika und der Karibik. Auf jeden dieser drei Blöcke entfallen zwischen 20% und 22% des gesamten Austauschs.

Die Europäische Union ist mit einem Handelsvolumen von 900 Mio.

Dollar (1992) und einem Anteil von insgesamt 21,4% zu einem bedeutenden Handelspartner für Kuba geworden. Zu 86% konzentriert sich der Handel dabei auf fünf Länder: Spanien, Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland.

Unter den früheren sozialistischen Ländern kommt Rußland mit 84% das größte Gewicht im Handel mit Kuba zu. Zucker und Erdöl spielen dabei die wichtigste Rolle.

.....

Der Austausch mit den lateinamerikanischen Ländern hat sich in den letzten Jahren konsolidiert. Dabei ist die relative Bedeutung dieser Region größer geworden. Die wichtigsten Länder sind Mexiko, Brasilien, Venezuela und Chile. Darüber hinaus bestehen nach der Gründung der gemischten Kommission Kuba-CARICOM günstige Perspektiven für den Handel mit den Karibikstaaten. Das Handelsvolumen mit Kanada beläuft sich zur Zeit auf über 300 Mio. Dollar. Im asiatischen Raum liegt China mit 425 Mio. Dollar an der Spitze, gefolgt von Japan mit ca. 100 Mio. Der Anteil Afrikas und des Mittleren Ostens am Gesamthandel ist bisher noch gering, doch könnte die Region möglicherweise zu einem bedeutenden Lieferanten und Absatzmarkt werden.

.....

### Auslandsverschuldung

Ende 1992 lag die kubanische Auslandsverschuldung bei 7 Mrd. Dollar, 55% davon bei privaten Gläubigern. Hinzu kämen die umstrittenen Schulden in Transferrubeln bei den ehemaligen sozialistischen Ländern, die sich 1990 auf schätzungsweise 19,733 Mrd. Pesos beliefen, sowie ausstehende Zuckerlieferungen von mehreren Millionen Tonnen.

### Interne Finanzen

Das Ende 1993 bestehende Ungleichgewicht in den internen Finanzen zeigte sich vornehmlich in einem Geldmengenüberhang in Höhe von etwa 10 Mrd. Pesos. Dies entsprach einer landesweiten Summe von 14 Monatslöhnen. Der Überschuß bestand zu 51% aus Spareinlagen und war sehr ungleich verteilt: Auf 1% der Sparer (etwa 5.000 Personen) entfielen 25% der Geldmenge (über 1 Mrd. Pesos).

1987 befand sich der Staatshaushalt noch annähernd im Gleichgewicht. 1990 wies er bereits ein Defizit von 2

Mrd. Pesos, 1992 von 4,8 Mrd. Pesos auf. Dies entspricht mehr als 25% des BIP.

Mit dieser Entwicklung wurde zweifellos die kritische Schwelle überschritten. Sie ist der Ursprung der Schattenwirtschaft und wirkt sich verheerend auf Lohnanreize und Arbeitsmotivation aus.

Angeichts der Tatsache, daß die traditionellen Finanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung stehen (Gewinnspanne im staatlichen Außenhandel, Beitrag der Betriebsgewinne und Zirkulationssteuer), wurde der Weg der Monetisierung des Defizits eingeschlagen, wobei der Staat die Hauptlast der Anpassungsmaßnahmen zu tragen hatte. Dadurch wurde jedoch der Geldmengenzuwachs ohne einen entsprechenden Gegenwert an Gütern angeheizt.

## Wirtschaftspolitik im Umbruch und allgemeine Umstrukturierung der Wirtschaft

Unbestreitbar ist jedenfalls, daß die kubanische Wirtschaftskonjunktur äußerst kritisch aussieht, und wenn die Politik eine konzentrierte Ausprägung der Ökonomie ist, so kann behauptet werden, daß es im heutigen Kuba keine politischere Angelegenheit gibt, denn eine Krise von diesem Ausmaß und dieser Dauer beeinträchtigt eine normale gesellschaftliche Entwicklung, und nicht ohne Grund sehen die Feinde des kubanischen Prozesses darin das schwächste Glied in der Kette.

Aufgrund dessen müssen die wirtschaftspolitischen Instrumente unter den bestehenden Bedingungen vornehmlich bei zwei Hauptproblemen ansetzen, die dazuhin noch miteinander in Zusammenhang stehen und sich in ihren negativen Auswirkungen wechselseitig verstärken. Diese beiden Probleme sind der Devisenmangel und die aus den Fugen geratene interne Finanzlage. Es liegt nahe, daß beide Faktoren als die dringendsten angesehen werden und daß dabei gerade die am wenigsten zu kontrollierenden Variablen eine Rolle spielen.

.....

Die Übersetzung des Artikels wurde uns dankenswerterweise von der Botschaft der Republik Cuba zur Verfügung gestellt.

## Cubanische Wirtschaftswissen- schaftlerInnen zu Gast bei der Freundschafts- gesellschaft BRD - Cuba

Vom 11. bis zum 19. März werden Professor Dr. Alfonso Casanova, Leiter des Instituts für Cubanische Ökonomie an der Universität Havanna, und Professorin Ileana Díaz, die sich ebenfalls auf Cubanische Ökonomie spezialisiert hat, auf Diskussionsveranstaltungen in verschiedenen Städten fundierte Informationen über die jüngsten Entwicklungen in Cuba berichten. Sie werden darstellen, ob und welche Erfolge beispielsweise durch die Dollarfreigabe erreicht werden konnten. Thema wird aber auch sein, welche Erwartungen in Cuba mit einer angestrebten stärkeren Einbindung in den Weltmarkt verknüpft sind. Wie sieht man die Gefahren, die durch die Abhängigkeit von IWF und Weltbank drohen? Welche Strategien entwickelt man zur langfristigen Absicherung der sozialen Errungenschaften?

Im Rahmen eine Reihe von Veranstaltungen verschiedener FG-Gruppen werden reichhaltige Informationen aus erster Hand zu vielen hierzulande sehr kontrovers diskutierten Fragen geboten. Veranstaltungen werden voraussichtlich stattfinden in: Aachen, Frankfurt, Nürnberg, Regensburg und München. Die Möglichkeit eines zentralen FG-Seminars mit den beiden ReferentInnen werden derzeit geprüft. Es sind auch noch vereinzelte Termine möglich. Nachfragen dazu sind zu richten an die Geschäftsstelle der FG in Köln, Tel. und Fax: 0221/151836 oder an Marianne Schweinesbein, Nürnberg, Tel. und Fax: 0911/270047.

Ein Artikel von Prof. Dr. Alfonso Casanova Montero, im Juni 94 in Havanna veröffentlicht, ist über die FG ebenfalls erhältlich.

## Rückkehr über Minenfelder zurück

LEONARDO ANOCETO - Granma Internacional

<195> SCHON über hundert balseros sind aus dem US-Stützpunkt in Guantánamo im äußersten Osten Kubas geflohen, wo sie seit dem vergangenen Sommer zusammengedrückt worden waren. Sie haben nicht die Gefahr gescheut, den größten Minengürtel Lateinamerikas zu durchqueren und dabei sowohl ihr Leben als auch das der kubanischen Grenzsoldaten, die ihnen zur Hilfe kamen, aufs Spiel zu setzen.

Weitere fünfundsechzig sind nach den Vereinbarungen, die am 9. September 1994 zwischen den Regierungen Kubas und der USA unterzeichnet worden waren, auf legalem Weg zurückgekehrt. Havanna hat sich verpflichtetversprochen, die freiwilligen Rückkehrer wieder aufzunehmen, die entweder für immer nach Hause kommen oder aber ihre Ausreise über die Interessenvertretung Washingtons in Kuba beantragen wollen.

Man schätzt, daß rund tausend Personen auf dem Stützpunkt entsprechende Absichten haben.

Warum?

Die Antwort auf diese einfache Frage gebenscheint in den diversen Zeugenaussagen zu liegen, die der Internationale Pressedienst (IPS) bei den Betroffenen gesammelt aufgenommen hat:

„Sie werfen lieber das Essen weg, als daß sie es uns geben.“ „Auch Schwangere und Kinder werden schlecht behandelt.“ „Wir müssen für Zigaretten arbeiten, wir werden geschlagen und zu einem menschenwürdigen Drill Disziplin unterworfen gezwungen.“

Auf die Spitze trieb es zweifellos General Raymond Ayres, als er das Lager von 728 Kubanern, die freiwillig um ihre Rückkehr gebeten hatten, an den östlichen Rand des Stützpunktes, nahe der Küste verlegte, damit sie „den kürzesten Fluchtweg fänden“. Der aber führt immer durch die Minenfelder.

Nach mehr als hundert Tagen Aufenthalt dort auf dem Teil des kubanischen Territoriums, das seit 1902 von US-Truppen illegal besetzt ist, werden die balseros unruhig. Immer häufiger

kommt es zu Zusammenstößen zwischen ihnen und den marines.

Sport- und Tanzveranstaltungen, Filmvorführungen und von reaktionären Exilkubanern organisierte Besuche kubanischer Sportler und Künstler, die in den Vereinigten Staaten berühmt geworden sind, scheinen ihren Zweck, die Kubaner zu zerstreuen, nicht erfüllen zu können.

Kürzliche Pressemeldungen aus Panama berichten von Zusammenstößen aus dem dortigen Lager zwischen 32 balseros und Lageraufsehern, wobei fünf der Wächter verletzt wurden. Anlaß dazu sei der Versuch gewesen, die wöchentliche Ration von Zigarettenration (von vier auf drei Schachteln) sowie von Artikeln zur persönlichen Körperpflegeartikel zu reduzieren.

Tage zuvor waren 21 Kubaner der Aufmerksamkeit der nordamerikanischen Soldaten entronnen und auf panamesisches Territorium geflüchtet. Vierundzwanzig Stunden später wurden sie von der 300 Mann starken Suchmannschaft wieder zurückgebracht und 14 von ihnen zu jeweils 120 Tagen Gefängnis verurteilt.

Miguel Alfonso, Sprecher des kubanischen Außenministeriums, erklärte dazu Tage danach auf einer Pressekonferenz in Havanna: „Diese Menschen sind nicht dort, weil sie zur Auswanderung gezwungen worden sind. Die kubanischen Behörden haben sie nicht auf den Marinestützpunkt oder nach Panama geschickt. Für die Menschenrechtslage die möglicherweise in diesen Konzentrationslagern existiert, sind einzig und allein die US-Behörden verantwortlich.“

Die Rückkehr wird immer schwerer durch einseitige Entscheidungen wie die des „freundlichen“ Generals Raymond oder der eines Richters aus Miami. Dieser dehnte auf Wunsch reaktionärster Exilkubaner die Grenzen seiner Rechtssprechung bis auf die US-Enklave in Kuba aus und untersagte den Abflug der dritten Maschine nach Havanna mit 23 balseros an Bord, die freiwillig zurückkehren wollten. Glücklicherweise wurde diese Entscheidung von der US-Regierung rückgängig gemacht.

Der ausdrückliche Wunsch von mehr als tausend Personen, freiwillig zurückzukehren, ist bezeichnend für

die Lebensbedingungen, die auf dem Stützpunkt herrschen.

Die balseros, die jahrelang von den USA zur illegalen Auswanderung ermutigt wurden und über die in den Vereinigten Staaten, insbesondere in Klein-Havanna

in von Miami, unzählige Geschichten kursieren, sind dem Spiel einer Handvoll Fanatiker zum Opfer gefallen. Sie werden als Manövriermasse leichte Formel zum Politikmachen und, - noch wichtiger - zum Geldverdienen benutzt.

### SONDERPROGRAMM FÜR KUBANISCHE EIN- WANDERER

Die US-Regierung gab über ihre Interessenvertretung in Havanna ein besonderes Auslosungsprogramm für die Einwanderung von Kubanern bekannt, an dem sich alle Kubaner beteiligen können, auch diejenigen, die keine direkten familiären Bindungen in den Vereinigten Staaten haben.

Die Voraussetzungen dafür sind: die kubanische Staatsbürgerschaft zu haben, in Kuba gemeldet wohnhaft und mindestens achtzehn Jahre alt zu sein sowie die Beantwortung von mindestens zwei der fünf nachfolgenden Fragen mit Ja: Haben Sie die Sekundarschule/Mittelschule oder irgendeine höhere Schulausbildung abgeschlossen? Haben Sie mindestens drei Jahre Berufspraxis? Haben Sie besondere/welche beruflichen Fähigkeiten haben Sie? Haben Sie Verwandte in den USA? Waren Sie bereits vor dem 1. Oktober 1994 an einer Reise in die Vereinigten Staaten interessiert?

Interessenten geben in einem Brief Name, Anschrift, Personalausweisnummer, Familienstand und die Anzahl ihrer unverheirateten Kinder unter 21 Jahren an. Die Ausgewählten werden zu einem Gespräch in die Interessenvertretung in Havanna vorgeladen, bei der festgestellt wird, ob die Bedingungen zur Auswanderung ausreichen oder nicht. Kubaner in Guantánamo oder Panama können nach der Rückkehr zu ihrem Wohnsitz in Kuba an diesem Programm teilnehmen. Letzter Einsendetermin ist der 31. Dezember 1994. Für balseros, die bis zu diesem Termin noch nicht freiwillig zurückkehren konnten, wird eine Verlängerung in Betracht gezogen.

# Panama

## Angespannte Ruhe nach der Aufruhr der balseros in den US-Militärstützpunkten der USA

Panama-Stadt. - Angespannte Ruhe herrscht laut den Nachrichtenagenturen in den Konzentrationslagern, die auf den nordamerikanischen Militärstützpunkten in der Zone des Panamakanals eingerichtet wurden, seitdem es zu Unruhen zwischen balseros und US-Militärs kam und deren Chef General Barry Mc Caffrey daraufhin erklärte, daß er keine neuen Aufstände zulassen würde.

Trotz der harten Maßnahmen, die ergriffen wurden, einschließlich der Verhaftung von mehr als 500 balseros, die wegen Anstiftung zu Unruhen verurteilt werden sollen, befürchtete man neue Ausschreitungen, weil die ins Stocken geratene Migrationsfrage im Moment unlösbar scheint.

Die Regierung Panamas lehnte es nochmals ab, den Aufenthalt für die illegalen kubanischen Immigranten zu verlängern, die in Lagern der US-Militäreinrichtungen festsitzen. Sie legte fest, daß die balseros das Land bis spätestens 6. März 1995 verlassen müssen. In einem Kommuniqué des Nationalen Sicherheitsrates (CSNP) wurde Washington darauf aufmerksam gemacht, daß es die alleinige Verantwortung für die allgemeine Sicherheit und Disziplin dieser Kubaner trage und bat gleichzeitig darum, die Menschenrechte dieser Gruppe zu respektieren.

Nachdem es zu Unruhen durch kubanische Immigranten gekommen war, die in den Lagern zusammengedrängt sind, wurde ein militärischer Aufmarsch wie auf einem Kriegsschauplatz durchgeführt, der wohl viele Einwohner von Panama an die nordamerikanische Invasion von 1989 erinnerte. Laut den Meldungen der Nachrichtenagenturen hinterließen die Ausschreitungen mehr als 220 verletzte US-Soldaten, etwa 20 zerstörte Militärfahrzeuge, ein demoliertes ziviles Fahrzeug sowie einige geplünderte und zerstörte Gebäude. Wie die Agentur ANSA - basierend auf inoffiziellen Quellen - informierte, erlag ein nordamerikanischer Soldat seinen Verletzungen.

Die Berichte des Comando Sur meldeten zwei ertrunkene kubanische Immigranten und etwa 50 Verletzte sowie außerdem etwas 50 geflohene

Kubaner, wegen denen die militärische Operation durchgeführt wurde.

Hubschrauber, Patrouillenboote, 1500 US-Soldaten und Polizei aus Panama (unter ihnen 20 Einheiten der Rangers des II. Infanteriebataillons von Fort Louis, Washington, die zur Ausbildung in Panama waren), bildeten einen Teil der Militärs, die die Spur der 50 geflohenen balseros aufnahmen. Soweit der Informationsstand bei Redaktionsschluß.

Laut Comando Sur kam es zu den Vorfällen, weil die balseros darauf bestehen, daß die Formalitäten zur Verbesserung ihrer Migrationslage beschleunigt werden.

Eine Nachricht von AP ergänzt, daß sie völlig frustriert in einer gewalttätigen Aktion/ihre Frustrationen in gewalttätige Aktionen entluden, indem sie /die Stacheldrahtzäune um das Lager herum niederrissen und die Einrichtungen in drei der vier Lager zerstörten, in denen mehr als 8.000 Personen, einschließlich Frauen und Kinder, konzentriert sind.

Nach der Aufruhr der balseros riegelten örtliche Sicherheitskräfte und nordamerikanische Soldaten mit Ersatztruppen verschiedene Zonen der Hauptstadt ab, die deren Zu- und Ausgänge/fahrtstraßen kontrollierten, um die Flüchtlinge aufzugreifen. Es werden auch strenge Maßnahmen/Reglementierungen aus den Lagern gemeldet, vor denen jetzt tausend Wachposten postieren. Sie sind entsprechend ausgerüstet, um weitere Ausschreitungen zu verhindern.

Dazu befragt, antwortete Miguel Alfonso, Sprecher des kubanischen Außenministeriums: „?Als Reaktion ist hier nur angebracht, daß Verletzte und Schäden zu beklagen waren“. Er fügte hinzu, daß die Unruhen nicht überraschend kamen.

„Offen gestanden, diejenigen, die entschieden haben, Konzentrationslager einzurichten, zuerst in Guantánamo und danach weitere, hätten auch diese Situation voraussehen müssen“, unterstrich Alfonso.

## solidarität

Kurdistan Informationszentrum (KIB)

# NEWROZ 1995“

## Aufruf zur Beteiligung an den internationalen Menschenrechtdelegationen nach Kurdistan NEWROZ 1995“

Der rassistische und kolonialistische türkische Staat weiß sehr genau, daß das kurdische Volk ein schutzloses Volk ist. Daß es ohne jede internationale Unterstützung dasteht. Er weiß, daß es viele Feinde und kaum Freunde hat. In diesem Sinne findet sich auch kein Staat, der sich der Intensivierung der rassistischen und kolonialistischen Unterdrückung in Kurdistan widersetzt...“(türkischer Soziologe und Schriftsteller I. Besikci, der wegen seiner Schriften seit 1981 im türkischen Kerker sitzt) Das kurdische Volk, eines der ältesten Völker im Mittleren Osten, ist seit Jahrhunderten einer Deportations-, Assimilations- und Vernichtungspolitik seiner Besatzerstaaten ausgesetzt. Hiervon ist vor allem die kurdische Bevölkerung im türkisch besetzten Teil Kurdistans (Nordwest-Kurdistan), in dem mit 20 Millionen Menschen der Großteil der Kurden lebt, betroffen. Heute wird die gesamte kurdische Bevölkerung unter dem Vorwand „Terrorismusbekämpfung“, vom türkischen Staat bedroht. Seit Mitte 1994 hat der türkische Staat mit den sog. Dorfschützern und Angehörigen von Spezialeinheiten den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk noch einmal verschärft. Die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller spricht offen von der „Endlösung der Kurdenfrage“, und redet wörtlich von „Ausrottung“. Kein Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Absichten ist gestattet, die täglich bereits vollzogen wird: 2.000 Dörfer planmäßig zerstört. Das Ergebnis bedeutet mehr als 2 Millionen „Inlandsflüchtlinge“, Verfolgte, Vertriebene, Bedrohte, Gefolterte, Inhaftierte, überfüllte Gefängnisse, unzählige Konterguerillamorde, Arbeitslosigkeit und Hunger. Die eigentliche Ausrichtung dieser Angriffe zielt auf die Zivilbevölkerung. Die türkische Armee, die in den Bergregionen ihren Einfluß verloren hat, versucht diese Gebiete jetzt zu entvölkern. Als Folge davon werden systematisch Dörfer und andere Siedlungen bombardiert, niedergebrannt und vernich-

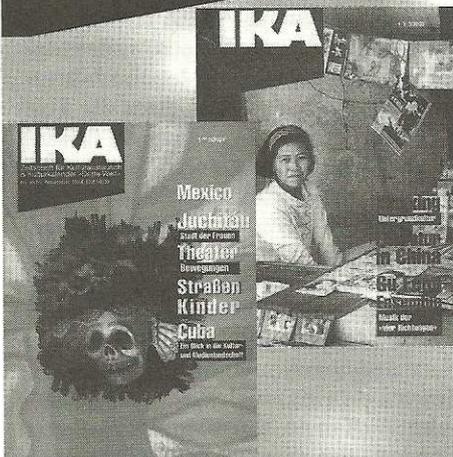
tet. Der türkische Staat setzt seine Angriffe in Kurdistan verstärkt fort. Der Kampf des kurdischen Volkes für die nationale Identität und Freiheit soll vernichtet werden und deshalb wird der Staatsterror zum Genozid ausgeweitet. Seit 1984 wurden mehr als 20.000 Menschen getötet. Der türkische Staat, der auf die Aufrufe der kurdischen Seite zu einer politischen Lösung und zu einem Waffenstillstand nicht reagiert, sucht die Lösung ausschließlich im militärischen Gewalt. Das türkische Militär und seine zivile Marionettregierung wissen sich dabei einer Zustimmung internationaler Regierungen sicher, die Beihilfe zum tendenziellen Völkermord leisten. Wenn vor allem die Bundesrepublik Deutschland und die USA der Türkei keine Waffenhilfe leisten würden, wäre sie auf keinen Fall in der Lage, diesen verbrecherischen Krieg noch länger zu führen. Die Bundesrepublik Deutschland ist direkt an dem Krieg gegen das kurdische Volk beteiligt. Die Opfer der türkischen Vernichtungspolitik werden hier in der BRD „Terroristen“, genannt. Die Bundesregierung bezeichnet den kurdischen Befreiungskampf so, um von der eigenen Schuld abzulenken. Kurdische Menschen bluten weiter unter deutschen Waffen. Immerhin ist Deutschland der wichtigste Waffenlieferant der Türkei. Unterdessen sitzt der Europavertreter der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), Kani Yilmaz, seit zwei Monaten in London in Abschiebehaft. Ungestört läuft militärische und ökonomische Zusammenarbeit mit der Türkei weiter. Imperialistische Machtpolitik schert sich nicht um Menschenrechte. Angesichts der bedrohlichen Lage und der dringenden Hilferufe der Menschen und der Institutionen wie Menschenrechtsvereinen, Gewerkschaften, Flüchtlingen, Rechtsanwälten, Journalisten, möchten wir Mitte März 1995 eine NEWROZ-Menschenrechts-Delegation nach Nordwest-Kurdistan entsenden. Der 21. März (NEWROZ) ist ein Feiertag

des kurdischen Volkes. Das kurdische Neujahrsfest Newroz begrüßt nicht nur den beginnenden Frühling und das Ende des Winter, sondern es ist eine stete Ermahnung und Besinnung auf die Jahrhunderte währende Tradition des kurdischen Widerstandes gegen fremdenstaatliche Unterdrückung und Gängelung. Am 21. März 612 vor unserer Zeitrechnung erhob der Schmied Kawa die Fahne des Widerstandes gegen Dehak, den Herrscher des assyrischen Imperiums, und setzte damit der Sklaverei, Unterdrückung und Grausamkeit ein Ende. Seitdem wird dieser Tag vom kurdischen Volk, aber auch von den anderen Völkern des Mittleren Ostens, als Tag der Befreiung, des Widerstandes und der unabhängigkeit begangen. Es ist ein Tag der Freude. Es werden Newroz-Feuer als Zeichen der Freiheit entzündet. Auch im März 1995 werden die Kurden ihr NEWROZ feiern, wie jedes Jahr unter der Besatzung des türkischen Militärs. In den letzten Jahren versuchte der türkische Staat die Feiern zu verbieten, zu unterdrücken und in einigen Städten und Dörfern wurden die Feiern in ein Blutbad verwandelt. Auch an NEWROZ 1995 muß deshalb mit harter Repression des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung gerechnet werden. Die internationalen Newrozdelegationen konnten 1995 den Beweis erbringen, daß und wie deutsche Waffen in Kurdistan eingesetzt werden, um die kurdische Bevölkerung zu unterdrücken. Jede Stimme, die gegen den Krieg sich erhebt, wird gnadenlos unterdrückt. Sei es der Bombenterror in Ankara und Istanbul vor einem Monat gegen die Tageszeitung „Özgür Ülke“ oder auch die Verurteilung der acht kurdischen Abgeordneten der DEP (Partei der Demokratie) zu hohen Haftstrafen (15 Jahre). Wir rufen die internationalen Medien, die Parteien, Abgeordnete und humanitäre Institutionen und alle Freunde des kurdischen Volkes dringend nach Kurdistan, um diesem Massaker an der Menschheit nicht tatenlos zuzusehen und als Augenzeugen der Weltöffentlichkeit davon zu berichten. Auf diesem Grund rufen wir dazu auf, in der zweiten und dritten Märzwoche nach Kurdistan zu reisen. Eine Betreuung und Begleitung ist an Ort und Stelle - unter den allerdings schwierigen Bedingungen - möglich durch die Hilfe der Menschenrechtsvereine, der

Vertreterinnen und Vertreter der bedrängten kurdischen Publikationen- und nicht zuletzt der kurdischen Bevölkerung. In diesem Rahmen arbeiten wir mit dem Koordinationsbüro Newroz 1995 in Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt (Tel.: 069/436612, Fax: 069/436002) zusammen.  Deutsch-Kurdischer Solidaritätsverein e.V. Essen F. Arslan (Für den Vorstand) in Kurdistan Wir bitten herzlich um Ihre Beteiligung.

# IKA

Zeitschrift für Kulturaustausch & Kulturkalender »Dritte Welt«



## IKA 49

### China

u.a.

- Xingxing - Untergrundkultur
- Literatur in China
- Gu Feng Ensemble

DM 7,-

## IKA 50/51

### Doppelheft zu Mexiko

u.a.

- Straßenkinder
- Juchitan-Stadt der Frauen
- Theater
- Cuba

DM 10,-

### Bestellungen an:

Kulturaustausch International  
Nernstweg 32-34  
22765 Hamburg  
Tel.: 04185-43 43  
05823-79 67

## Vortrag über Kuba beim DGB

RN v.  
3. 11.

Lenner: Insel wurde über Jahrzehnte schamlos ausgeplündert

**Nördlingen (pm).** Das DGB-Ortskartell Nördlingen veranstaltete kürzlich, veranlaßt durch die „bundesweite Solidaritäts-Karawane“, einen Vortragsabend über Kuba. Günther Lenner, ein Mitglied der Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland - Kuba und Kenner der Karibikinsel referierte vor zahlreichen interessierten Zuhörern und Zuhörerinnen.

Im 15. Jahrhundert, zur Zeit der Entdeckung der Insel durch Kolumbus, sei Kuba von etwa 300 000 Indianern bewohnt gewesen. Nach kaum einem Jahrhundert Kolonisierung und Christianisierung seien nur noch wenige tausend übrig geblieben. Bereits 1522 hätten die spanischen Eroberer die ersten Afrikaner als Sklaven vor allem für den Tabak- und Zuckerrohranbau eingeführt.

### Vom Regen in die Traufe

Wegen nordamerikanischer Einmischung geriet die Insel später vom Regen in die Traufe, wie Lenner meinte. Kuba habe eine Verfassung nach USA-Muster aufgedrückt bekommen, deren Negative den halbkolonialen Status des Landes bis in die 50er-Jahre festschrieben. Korrupte Präsidenten von US-Gnaden und deren Klientel (Zuckerbarone, Großgrundbesitzer) hätten die Insel und die Masse der Bevölkerung über Jahrzehnte schamlos ausgeplündert und diktatorisch beherrscht.

Nach langem, teils vergeblichem, opferreichem Bemühen sei es, weithin mit Unterstützung durch die verelendete Landbevölkerung den Aufständischen um den Rechts-

anwalt Fidel Castro und den Arzt Ernesto Che Guevara von der Sierra Maestra aus gelungen, im Januar 1959 die Armee Präsident Batistas zu schlagen und den Diktator zu verjagen. Die Maßnahmen der Revolutionsregierung zugunsten der großen Bevölkerungsmehrheit, wie Landreform und Enteignung von Großgrundbesitzern, darunter zahlreicher US-Companies, seien den nordamerikanischen Interessen völlig zuwider gelaufen und hätten zum Boykott Kubas geführt.

### Errungenschaften

Aus dieser Lage heraus habe sich Kuba damals der Sowjetunion zugewandt, die das Revolutionsmodell gewiß nicht selbstlos, aber über langfristige Wirtschaftsverträge und gerechte Preisgestaltung gefördert - nicht, wie vielfach behauptet werde, subventioniert - habe. Die Errungenschaften des Modells Kuba seien besonders angesichts der Verhältnisse in den allermeisten Drittwelt-Ländern seit fast 35 Jahren bedeutend. Die Bewohner anderer Staaten der Region könnten davon nur träumen, trotz bester Beziehungen ihrer Regierenden zu den führenden Industrienationen, so der Referent.

### „Selbst gewählter Weg“

„Hoffentlich finden“, so Lenner zum Schluß, „die USA und ihre Verbündeten, nicht zuletzt die BRD, recht bald zur Vernunft und lassen Kuba seinen eigenständigen, selbst gewählten Weg unbehindert durch Embargo und Blockadeterrorisierung gehen.“

### Kurze Tagesnachrichten aus Cuba

Havanna 14.11.94

Große Schäden wurden durch den Zyklon Gordon verursacht. Das Zentrum des Sturmes zog über Guantanamo. Er erreichte eine Geschwindigkeit von 92 km/h. Die Hauptstrecke der Eisenbahn wurde zwischen Guantanamo und San Luis schwer beschädigt. In tiefer gelegenen Regionen gab es zahlreiche Überschwemmungen. Allein in Guantanamo wurden mehr als 2.500 Wohnungen beschädigt, etwa 70 davon völlig zerstört. 52.000 t Salz wurden vernichtet, Gemüse und Getreidefelder zerstört, auch Zuckerrohr-Anbauflächen waren betroffen. Weitere Schäden wurden aus den anderen Provinzen gemeldet, in Villa Clara z.B. entwurzelte der Sturm 70.000 Bananenpalmen. Auch Telefonnetze, Elektrizitäts- und Wasserver-

sorgung waren regional in Mitleidenschaft gezogen.

In der Hauptstadt Havanna war die Uferstraße Malecon einige Tage nicht befahrbar, es gab stellenweise Fahrbahnschäden durch Unterspülung. Es wurde überall sofort damit begonnen, die Schäden zu beheben.

### Holguin

Bis Mitte November wurden in Holguin 49 Erntemaschinen für Reis vom Typ Cubar-90 fertiggestellt, trotz der schwierigen Umstände der periodo especial. Bis Dezember wird die Zahl von 60 Maschinen erreicht sein. Die Cubar-90 werden zur Ernte in den Reisfeldern von Sancti Spiritu, Pinar del Rio, Camagüey und Granma eingesetzt.

### Havanna

Vom 2. bis 11. Dezember 94 findet das Festival des Neuen Lateinameri-

kanischen Films in Havanna statt. Als Gäste sind u.a. eingeladen: Der argentinische Rockmusiker Fito Páez und Hanna Schygulla.

Hanna Schygulla wird mit einer Show zum Jahrhundert des Films aufzutreten und u.a. Lieder von Marlene Dietrich vortragen, die sie auch in dem gleichnamigen Film darstellt.

## Öl-Abkommen ND Kuba-Mexiko 22.9.94

Havanna (dpa/ND). Kuba und Mexiko haben am Dienstag in Havanna ein Abkommen unterzeichnet, das die Verarbeitung von täglich rund 65 000 Barrel mexikanischen Öls in der Raffinerie von Cienfuegos an der Südküste der Karibikinsel vorsieht. Die Ölgesellschaften Cupet (Kuba) und Mexpetrol (Mexiko) vereinbarten dazu die Bildung eines Joint-Venture. Kuba wertet das Abkommen als eines der wichtigsten, die Havanna seit der Öffnung für Auslandsinvestitionen geschlossen habe.

## Havanna, 22. November

General Raul Castro empfing auf dem internationalen Flughafen José Martí den Oberkommandierenden der Sandinistischen Volksarmee, General Humberto Ortega Saavedra, der Cuba an der Spitze einer Nicaraguanischen Delegation zu einem mehrtätigen Arbeitsaufenthalt besuchte. Bei einem Besuch des Mausoleums von Cacahual, legten die beiden Militärführer zu Ehren von General Antonio

Maceo Grajales und dessen Adjutant Panchito Gómez Toro ein Blumengebilde nieder.

## Havanna, 23. November

Die zweite Sitzungsperiode der Nationalversammlung in diesem Jahr wurde einberufen. Ab dem 20. Dezember 94 werden sich die obersten VolksvertreterInnen zu ihrer bisher vierten ordentlichen Sitzung innerhalb dieser Legislaturperiode zusammensetzen.

## Los Angeles, USA, 23. November

Das erste Kind ist dem Gesetz 187 zum Opfer gefallen, das in Californien, USA, seit 8. November in Kraft getre-

ten ist und alle staatlichen Behörden (auch des Gesundheitswesens) zur Denunziation illegaler EinwanderInnen verpflichtet. Der elfjährige Julio Cano wurde nicht rechtzeitig in ärztliche Behandlung gebracht, weil seine Eltern Angst haben mußten, daß sie angezeigt und deportiert werden würden.

## Literaturkonferenz zu Nicolás Guilléns Werk in Havanna

Der cubanische Schriftsteller Nicolás Guillén sagte über seinen Landsmann Manuel Navarro Luna, daß die Künstler, wenn sie ihren eigenen Stil haben, das Privileg der Unsterblichkeit besitzen. Dieser denk-

Eine Aktion der Jugend in der IG Medien

# Adelante Cuba

In Zusammenarbeit mit 'Taller de la Solidaridad' Darmstadt

**Spendenkonto:**  
**IG Medien Hauptvorstand**  
**Konto: 107 200 2900**  
**BFG Stuttgart - BLZ: 600 101 11**  
**Stichwort: Adelante Cuba**



würdige Satz kann auch gut auf den Autor von Sóngoro Cosongo selbst angewendet werden.

Zu der internationalen Konferenz über das Werk des cubanischen Dichters waren 4 Tage lang - vom 11. bis 14. Juli 94 - etwa 40 LiteraturwissenschaftlerInnen aus amerikanischen, europäischen und asiatischen Ländern in Havanna versammelt. Sie stellten aufs neue seine eigenwillig-ästheti-

sche Virtuosität fest durch die er bekannt wurde als eine der literarischen Größen Iberoamerikas im 20. Jahrhundert.

Indem er wie kein anderer das Afropanische einbezog in Verse von mulatistischem Ursprung, die das gesellschaftliche Sehnen des Menschen wieder spiegeln, und seine Ablehnung von Rassismus und Diskriminierung, schuf er eine neue Ausdrucksform: ursprünglich und unnachahmlich,

bodenständig und vielseitig, verankert im rhythmischen Takt des Son und des Lebens.

Unter Schirmherrschaft der Stiftung Nicolás Guillén und des Cubanischen SchriftstellerInnenverbandes wurde das Treffen anlässlich des fünften Todestages des Dichters, dessen am 16. Juli gedacht wird; einberufen.

Auf der Tagung, die im Theater des Nationaluseums der Schönen Künste stattfand, hoben die TeilnehmerInnen die Vielgestaltigkeit eines lyrischen Werkes hervor, das überaus populär und ikonoklastisch ist und - übersetzt in mehr als 40 Sprachen - zum wiederholten Lesen einlädt.

Um den mit dieser Konferenz aufgenommenen Dialog fortzusetzen, wird 1997 eine zweite Tagung in Camagüey - einer Stadt 600 Kilometer von Havanna entfernt - einberufen werden, dort wurde der Schriftsteller im Jahre 1902 geboren.

gramma int.sp., 17.8.94

# Adelante Cuba

Eine Aktion der  
Jugend  
in der  
IG Medien

in Zusammenarbeit mit "Taller de los Escritores" Camagüey

## Ersatzteile für Bücher

In der Buchbinderei "José Maceo" in Havanna werden Schulbücher, medizinische Fachliteratur, oder, wie im Moment, die Gesamtausgabe der Werke José Martí für ganz Cuba gebunden. Die Produktion ist auf 20-30% gesunken, denn wie überall in Cuba kämpft auch hier die Belegschaft mit der absoluten Mangelsituation. In den schlimmsten Zeiten gab es bis zu 16 Stunden am Tag Stromsperrungen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter waren gezwungen, alle nur möglichen Arbeitsgänge per Hand durchzuführen, wie zum Beispiel das Sortieren und Zusammenlegen der Buchseiten. In den wenigen Stunden außerhalb der Stromsperrungen wurde mit Maschinen geleiht und gebunden. So wird weiterhin 8 Stunden am Tag gearbeitet und fast die gesamte Belegschaft weiterbeschäftigt. Oft kommt es überhaupt nicht zum Binden, da Bücher wegen Papiermangel nicht gedruckt werden können. Dazu treten laufend Probleme mit den Maschinen auf, die aus der DDR, BRD, Italien und der Schweiz stammen. Sie behindern den Arbeitsprozess, oder bringen ihn zum Erliegen. Natürlich sind hier die Ersatzteile ein Problem, denn auch hierfür fehlen Devisen. Nadeln für die Heftmaschinen sind ebenso rar, wie auch Messer für die Schneidemaschinen oder Ersatzmotoren für spezielle Schleifmaschinen. Einige Maschinen mußten auseinandergebaut werden, damit andere mit den ausgeschlachten Teilen weiterlaufen konnten. Im Betrieb fehlt es an allen Ecken und Enden. Die Ersatzteilliste von der Buchbinderei "José Maceo" ist logischerweise sehr lang und manche Elektronikteile sehr teuer.

Spendenkonto:

IG Medien Hauptvorstand - Konto: 107 200 2900 - BFG Stuttgart BLZ: 600 101 11  
Stichwort: Adelante Cuba

# Cuba braucht Solidarität!

*Gaceta de Cuba*  
DE CUBA  
Revista de Escritores y Artistas de Cuba  
N.º 10 - Noviembre de 1994 - 100 páginas

*La Gaceta de Cuba*  
Revista de Escritores y Artistas de Cuba

*La Ga*  
Maneja, pensador, polémico

*Alrededor y la música cubana*

*Cuba defendida*  
Sensibiliza y promueve el debate

*En el cincuentenario de Orquídeas*

Especial. Literatura cubana en Estados Unidos...

Suscríbese a

# La Gaceta de Cuba

Abora con 64 páginas

Para la suscripción nacional, dirijase a la Delegación provincial de la UNEAC o a:

Ediciones Unión  
17 # 354, esquina a H,  
El Vedado, Ciudad de La Habana

Suscripción anual en Cuba: \$20,00.  
Para suscripciones en el extranjero, dirijase a:

Ediciones Cubanas  
Obispo # 527, altos,  
Aptdo. Postal # 605,  
Habana, Cuba  
Fax: (537)631011

Precios de suscripción anual:

América del Norte: USD 30,00  
América Latina: USD 25,00  
Para el resto del mundo: USD 35,00

Los precios indicados cubren el envío de seis ediciones por correo certificado aéreo, directamente al domicilio del suscriptor. El pago puede realizarse en cualquier moneda libremente convertible, mediante cheque o giro postal internacional.

# V. Bundestreffen der Cuba-Solidarität in Darmstadt

*An alle Cuba-Solidaritätsgruppen, Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer:*

*Leipzig - Darmstadt - Nürnberg - Berlin - Darmstadt*

*Eine Einladung zum Fünfjährigen*

Liebe Cubafreundinnen und -freunde, es soll keine Nostalgie aufkommen, dennoch ist ein kurzer Rückblick angezeigt. Nach bzw. während der Auflösung der sozialistischen Länder Ost- und Südosteuropas, die massivste Konsequenzen für das revolutionäre Cuba hatten (und haben) erfolgte -entgegen allen sonstigen Resignations- und Wendehalsreaktion der westlichen Linken - eine verantwortungsvolle Zuwendung, eine für diese Zeiten Aufschwung zu nennende Bewegung für Cuba.

Manifestiert in der Intensivierung des Engagements der bis dato einzigen und traditionsreichsten Cuba-Solidaritätsorganisation Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. sowie der Gründung neuer Organisationen wie Cuba Sí oder der Neuorientierungen bereits vorhandener Gruppen wie Taller de la Solidaridad. Neben diesen und vielen weiteren neuen Basisgruppen orientierten sich auch einige politische Organisationen, die bisher das Projekt Cuba eher unter dem Begriff "Revisionismus/Satellit des Sowjetimperialismus" etc. subsumierten, neu.

Bei den bundesweiten Treffen wurden Grundlagen gelegt, miteinander überhaupt reden zu können. In den daraus folgenden gemeinsamen Projekten wie dem Cuba-Kongreß im Mai 1992, der Cuba-Solidaritätsdemonstration im Oktober 1993, der im Juni '93 erfolgten Gründung des NETZWERK CUBA - Informationsbüro - e.V. und nicht zuletzt der Solidaritätskarawane im September 1994, konnten alle beteiligten Kräfte lernen, miteinander für ein gemeinsames Ziel zu arbeiten, ohne ihre eigene Identität aufgeben zu müssen. - Ein nicht zu unterschätzender Prozeß!

Die Bandbreite der beteiligten Gruppen widerspiegelt sich sowohl in allen NETZWERK-Mitgliederversammlungen als auch in der Besetzung des NETZWERK-Vorstands.

Festzustellen ist aber auch, daß wir als NETZWERK (Vorstand, Redaktion, MV) in der Vergangenheit auch Fehler begangen haben. Wir haben uns manchmal von anticubanischer Propaganda provozieren lassen, haben uns mehr mit der Widerlegung dieser Positionen leiten lassen als von unserem originären Auftrag - NÄMLICH: Der Vernetzung der konkreten Solidarität mit dem kämpfenden, revolutionären Cuba. Aber: Gemeinsam sind wir lernfähig.

Als weiterer Schritt auf diesem Weg liegt nun das nächste Bundestreffen vor uns.

Wir laden Euch, die Freundinnen und Freunde Cubas, alle Solidaritätsgruppen, Einzelkämpferinnen und -kämpfer, alle Interessierten sehr herzlich ein zur Teilnahme am V. Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen vom 26. bis 28. Mai 1995 in Darmstadt. *(der Termin kann sich möglicherweise noch ändern!)*

Bei Redaktionsschluß standen noch keine weiteren Einzelheiten (z.B. über die Arbeitsgruppen etc.) fest. Diese wurden erst bei der NETZWERK-Mitgliederversammlung am 7.1. diskutiert. Sämtliche diesbezüglichen Informationen werden den Solidaritätsgruppen und allen anderen Interessierten (so diese sich beim NETZWERK melden) umgehend mitgeteilt.

Wir hoffen auf jeden Fall auf eine rege Beteiligung und bitten bereits jetzt darum, Euch auf diesen Termin einzustellen und in Euren Gruppen Delegierte zu bestimmen. Ein Anmeldeformular ist auf der nächsten Seite abgedruckt. Die Anmeldungen werden jedoch nochmals separat verschickt. Unsere Planungen erfolgen dann auf der Basis der bis zum 10. April eingegangenen Anmeldungen.

Mit dem nebenstehend abgedruckten Formular könnt Ihr gleichzeitig mit der Anmeldung eine Selbstdarstellung und/oder Beschreibung Eurer Projekte einsenden an Rainer Groß, Seilerstraße 24, 64319 Pfungstadt *(siehe Rückseite des Anmeldefomulars)* Die bis zum 10. April eingegangenen Materialien werden vervielfältigt und den Besucher/inne/n auf dem Welttreffen gegen einen !kostenbeitrag zur Verfügung gestellt.

Auf ein gutbesuchtes, phantasie- und ergebnisreiches V. Bundestreffen mit internationalistischem Gruß

i.A. Heinz-W.Hammer

Vorsitzender NETZWERK CUBA

# Anmeldung zum Bundestreffen der Cuba-Solidaritäts- gruppen vom 25. - 28. Mai in Darmstadt

Wir kommen mit \_\_\_\_\_ Personen

Wir brauchen \_\_\_\_\_ Schlafplätze

Gruppe, Organisation: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ Fax: \_\_\_\_\_

Wir beabsichtigen, für unsere Gruppe/unser Projekt aufzubauen:

Infostand: ca. \_\_\_\_\_ qm                      Infotafeln: \_\_\_\_\_ Stück

Essensverkauf: Nein       Ja , und zwar: \_\_\_\_\_

Getränkeverkauf: Nein       Ja , und zwar \_\_\_\_\_

Wir brauchen für den Verkaufsstand ca. \_\_\_\_\_ qm

geplante Anreise: Freitag  \_\_\_\_\_ Samstag , ca. \_\_\_\_\_ Uhr

## **Vorschläge für Themen in Seminaren/Arbeitsgruppen:**

Ich/Wir interessieren uns für folgende Themen zur Diskussion:

1. \_\_\_\_\_

2. \_\_\_\_\_

3. \_\_\_\_\_

## **Ich/Wir haben folgenden Vorschlag für Referenten**

**zu den o. g. Themen:**

1. \_\_\_\_\_

2. \_\_\_\_\_

3. \_\_\_\_\_

## **Ich/Wir schlagen folgende Materialien**

**zu den o. g. Themen vor:**

1. \_\_\_\_\_

2. \_\_\_\_\_

3. \_\_\_\_\_

**Bitte an Rainer Groß, Seilerstraße 24, 64319 Pfungstadt senden**



Foto: M. Meyborg/Signum

G 7911F

Postvertriebsstück

Gebühr bezahlt

Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.

Theodor-Heuss-Ring 26

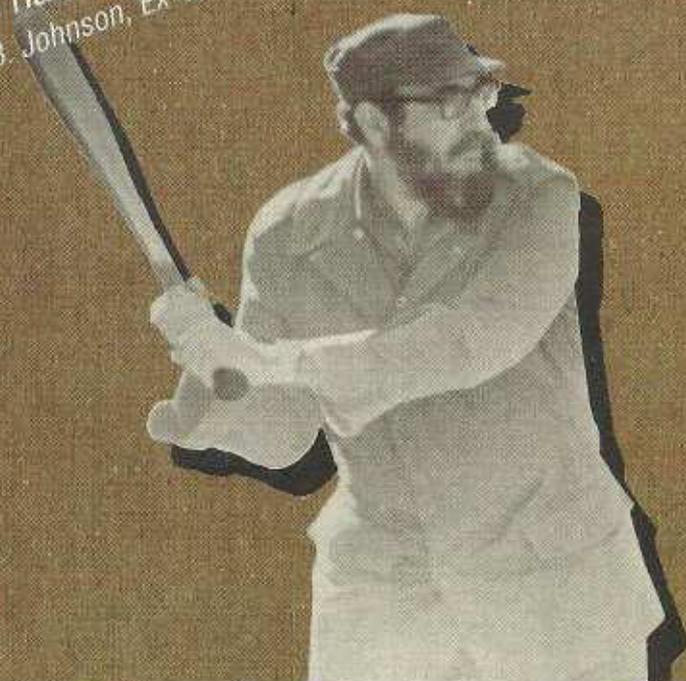
50668 Köln

Ron Ridenour

# BACK FIRE

## Der größte Flop der CIA

»Wir leiten eine Scheißfirma ...  
die die Aufgabe hat, zu morden.«  
Lyndon B. Johnson, Ex-US-Präsident



Havanna, Juli 1987  
Cuba beordert 27 KundschafterInnen  
zurück. Sie haben seit über 10 Jahren  
in der CIA verdeckt für Cuba gearbei-  
tet. In den cubanischen Medien enthüllen  
sie die Versuche der CIA Cuba zu  
destabilisieren. Durch ihre Arbeit ver-  
hinderten sie Attentate auf Fidel, das

Einschleusen von Krankheiten und  
Seuchen und Sabotageversuche.  
Ron Ridenour berichtet in Backfire erst-  
mals von diesen Genossinnen.  
Backfire gibt Einblick in eine Etappe  
des immer noch anhaltenden »unerklär-  
ten Krieges« der USA gegen Cuba.

Zu beziehen nur über:  
Drucktechnik, Zeilstraße 68a, 22765 Hamburg,  
Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e.V.,  
Theodor-Heuss-Ring 26, 50668 Köln

240 Seiten,  
DM 18,-